

LANDES INFO

Mitgliedermagazin
Nr. 2 Dezember 2023

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Schwerpunkt:

Kommunalpolitik

**Listenaufstellungen
und kommunale Erfolge**

S. 14-18



Inhaltsverzeichnis

Aus dem Inhalt:

Aus der Partei
Seiten 2-13

Unser neuer Landesvostand
Seite 5-7

Kriterien für Kandidaturen
Seite 8

Thesen zur Zukunft der Partei DIE LINKE
Seiten 10-11

Schwerpunkt: Kommunalpolitik
Seiten 14-18

Karlsruhe: Veränderung beginnt vor Ort
Seite 14

Sozialticket bleibt in Heidelberg günstig
Seite 17

Bildungspolitik
Seite 19

Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg
Seite 19

Internationales
Seite 20-23

Für ein Ende der Gewalt in Israel und Palästina
Seite 20

Antidiskriminierung
Seiten 24-25

Ausländerbehörde Stuttgart: unmenschliche Zustände sofort beenden!
Seite 24-25

Haushaltspolitik
Seite 26

Von der Fortschrittskoalition zum Kürzungsbündnis
Seite 26

Wohnungspolitik
Seite 26-28

Umsteuern für bezahlbares Wohnen! Miethai-Tour im Juli
Seite 26

Klima
Seite 28-29

Über 120 Menschen beim SIEDEKESSEL
Seite 29

DOKUMENTIERT: Kommunalpolitische Eckpunkte
Seite 30-38

Editorial

Liebe Genoss:innen,

unser neues Landesinfo erreicht euch in turbulenten Zeiten. Die Abspaltung Sahra Wagenknechts wirft natürlich Fragen und neue Aufgaben auf. Gleichzeitig stehen wir nicht nur als Landesverband stabil da, sondern erleben dadurch gerade bundesweit Parteieintritte in einer lange nicht mehr gekannten Dimension. Dies ist auch der Grund warum das Landesinfo diesmal so spät erscheint. Wir wollten die aktuellsten Entwicklungen abwarten und die dazugehörigen Analysen und Beschlüsse mit einbeziehen. Ihr findet entsprechend in diesem Landesinfo, Anfangs alle Informationen zu dieser neuen Situation inkl. der wichtigsten Wahlen und Beschlüsse unseres vorhergehenden Parteitages. Den Schwerpunkt dieser Ausgabe, aber auch unserer Landesaktivität, bildet auch diesmal wieder die Kommunalpolitik

Eure Redaktionsgruppe

Landesweiter Austausch mit Blick nach vorne

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Wirren und Unbillen der letzten Monate und Jahre haben nun ein Ende. Der Teil der Bundestagsfraktion, der schon seit geraumer Zeit gegen die Partei und ihre Beschlüsse schießt, hat nun die Partei verlassen. Mit dabei war auch Jessica Tatti, die ihr Bundestagsmandat über die Liste unseres Landesverbands erhalten hat. Zurück geben wird niemand der nun Ausgetretenen ihr Mandat, obwohl sie es nicht selbst erkämpft haben, das waren unsere Mitglieder.

Es gab viele Gesprächsversuche und gereichte Hände in den letzten Jahren gegenüber den Ausgetretenen, auch in Baden-Württemberg, leider vergeblich. Stattdessen wurde uns als Partei von ihnen wiederholt abgesprochen, dass wir die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen würden. Absurd. Wer kämpft denn tagein tagaus an der Seite der Streikenden für einen fairen Lohn, an der Seite der Mieterinnen und Mieter dafür, dass die Mieten endlich wieder sinken? Wer steht an der Seite der Erzieher:innen und Lehrkräfte für gute Bildung und Arbeitsbedingungen?

Doch diese ständigen Auseinandersetzungen haben Spuren hinterlassen. Es haben uns viele gute Genossinnen und Genossen verlassen und auch unsere derzeitigen Wahlergebnisse spiegeln diese permanenten Angriffe wider.

Als wir das hier schreiben, ist der Bruch ungefähr zwei Wochen her. Er markiert das Ende eines langen und schmerzhaften Prozesses, in dem wir fortwährend zerrissen wurden. Doch das hat nun ein Ende. Die inhaltliche Klärung ist nun vollzogen und es ist wieder klar, wofür DIE LINKE steht: Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit, ohne wenn und aber. Wir sind die einzige Partei, die die soziale Frage mit der ökologischen zusammen denkt und wir sind die einzige Partei, die sich gegen den massiv ausbreitenden Rechtsruck in dieser Gesellschaft stellt. Wir stehen kompromislos an der Seite aller Menschen in Not, denn wir sind das Bollwerk der Solidarität in einer Zeit, in der alle nach rechts gehen!

Daher schreiben wir euch nicht mit Bedauern, sondern mit Zuversicht. Wir wollen mit euch zusammen diesen Bruch zu einem Aufbruch machen. Wir wollen nun nach vorne gehen, uns für die Kommunal- und Europawahlen aufstellen und mit unseren neuen Mitgliedern gestärkt in die sozialen Auseinandersetzungen gehen.

Denn seit dieser Klärung haben wir wieder deutliche Mitgliederzuwächse, das ist erfreulich! Aber wir bedauern auch jedes Mitglied, das uns verlassen hat und möchten gemeinsam mit euch um jedes Mitglied kämpfen, das vielleicht noch schwankt. Lasst uns die Hände ausstrecken und gemeinsam nach Lösungen suchen, denn es gibt nach wie vor innerparteiliche Aufgaben, die sich uns stellen. Doch wir wollen diese wertschätzend, zusammen und auf das Verbindende hin ausgerichtet angehen. Dafür wollen wir den Austausch mit euch und den Kreisverbänden noch weiter verstärken, denn für eine eine Mitgliederpartei stehen die Mitglieder immer im Zentrum. Jemehr sich beteiligen von euch, desto stärker werden wir.

Wir freuen uns daher über eure Rückmeldungen, besonders auch über die Kritischen.

In dem Mitgliederzoom, zu dem wir wenige Tage nach dem Austritt der zehn Abgeordneten eingeladen haben, sind viele von euch erschienen. Die Stimmung war gut und nach vorne gerichtet. Das hat uns sehr gefreut, da wollen wir mit euch

Impressum:

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einem Teil der Ausgabe liegt die Zeitschrift „links“ bei.

Herausgeber, Redaktion und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach, David Schecher,

Bernhard Strasdeit, Claudia Haydt (verantwortlich), Lisa Neher., Sahra Mirow, Elvis Capece, Frederico Elwing, Dagmar Uhlig
Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser:innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Druck: VisitYou.de, Stuttgart

weitermachen. Gleiches galt auch für die Strategieberatung in Berlin, bei der wir beide waren. Die Landesvorsitzenden haben die Partei- und Fraktionsspitze zu einem Austausch eingeladen, wie es weitergeht. Auch hier war die Stimmung richtig gut. Strömungs- und Landesverbandsübergreifend war für uns klar: wir stehen zusammen!

In Zeiten, in denen die Armut zunimmt und auch die Menschenfeindlichkeit, da braucht es eine starke LINKE. Lasst uns daher verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, bei den Wählerinnen und Wählern wie auch bei all jenen, die ausgetreten sind.

Wir wollen das Jahr 2024 mit einer Mitgliederoffensive starten und auf zahlreichen Neujahrsempfängen mit all diesen Menschen ins Gespräch kommen. Ladet dazu gerne uns und unsere Abgeordneten Bernd Riexinger und Gökay Akbulut ein, die sich immer sehr für unseren Landesverband eingesetzt haben. Mit unserer Kampagne Mieten Runter wollen wir den Kommunalwahlkampf nutzen und Unterschriften für einen Volksantrag sammeln. Damit zeigen wir: mit der LINKE ist zu rechnen, denn auch außerparlamentarisch können wir Druck machen. Es wird eine kämpferische Zeit und wir freuen uns auf die kommenden Monate mit euch!

Nun wünschen wir euch eine schöne, besinnliche Weih-



nachtszeit. Genießt die Zeit mit euren Lieben und euren Freunden, findet Halt im Beisammensein und im Austausch mit euren Liebsten. Im nächsten Jahr starten wir dann gemeinsam durch.

Solidarische Grüße Sahra und Elwis

Gökay und Bernd spenden 5000 Euro!

Als Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE Baden-Württemberg wollen wir unseren Landesverband in dieser Situation der Erneuerung unterstützen. Mit dem Weggang von mehreren Bundestagsabgeordneten stehen wir mit unserer Personal- und Bürostruktur in Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen. Leider stehen auch die meisten Beschäftigten dieser Abgeordneten und der Bundestagsfraktion im Regen. Wir haben uns daher gemeinsam entschieden zusammen 5.000 Euro zu spenden und wollen damit ein deutliches Zeichen für DIE LINKE setzen. Wir wollen unseren Landesverband zusammen mit euch stark aufstellen, eine Spende hilft da gerade sehr. Egal ob 5 oder 50 Euro - jede Spende hilft, damit wir unsere Strukturen im Land aufrecht erhalten können und uns stark für die anstehenden Kommunal- und Europawahlen aufstellen können. Wir möchten euch bitten: helft auch ihr mit!

Solidarische Grüße, eure Abgeordneten Bernd Riexinger und Gökay Akbulut

Jede Spende hilft!

Wir wollen die Strukturen im Land erhalten und weiter ausbauen, um gestärkt in einen aktiven Europa- und Kommunalwahlkampf zu gehen.

Mit dem Austritt der Reutlinger Bundestagsabgeordneten Jessica Tatti aus der Partei haben wir ein Bundestagsmandat und das Reutlinger Regionalbüro verloren. Das ist für uns als Landesverband auch ein finanzieller Einschnitt. Doch davon wollen wir uns nicht aufhalten lassen. Wir sind über jede Unterstützung dankbar, denn wir nehmen keine Spenden von Konzernen, Banken und Lobbyisten entgegen und das wird auch so bleiben. Wir sind nicht käuflich!

Deshalb freuen wir uns über Deine Spende oder über die Erhöhung deines Monatsbeitrages. Jeder Euro hilft!

Spendenkonto:

DIE LINKE. Baden-Württemberg

IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00

Postbank Stuttgart

BIC: PBNKDEFF

Zahlungsgrund: Spende, Vorname, Name, Adresse

Bitte gebt unbedingt euren Namen und Adresse an, da das Parteiengesetz die Annahme anonymer Spenden verbietet. Bis zu 50% deiner Spende kannst du über die Steuererklärung zurückbekommen.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert Jessica Tatti dazu auf, ihr Bundestagsmandat zurückzugeben

Heute wurde die Vereinsgründung „Bündnis Sahra Wagenknecht“ als Vorbereitung zur Gründung einer neuen Partei bekannt gegeben. Die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti ist in diesem Zusammenhang heute Morgen aus der Partei DIE LINKE ausgetreten. Der Landesverband DIE LINKE Baden-Württemberg fordert Jessica Tatti dazu auf, ihr Bundestagsmandat zurückzugeben. Er kämpft wurde es von den Mitgliedern der Partei DIE LINKE.

Landessprecherin Sahra Mirow sagt dazu: „Heute beginnt

ein Neuanfang. Der Austritt der zehn Abgeordneten rund um Sahra Wagenknecht aus der LINKEN schafft endlich Klarheit. Mit Jessica Tatti ist auch eine Abgeordnete aus Baden-Württemberg dabei. Aus der Partei auszutreten und gleichzeitig das Bundestagsmandat behalten zu wollen – das ist politisch unlauter und den Beschäftigten in der Bundestagsfraktion gegenüber zutiefst verantwortungslos. Jessica Tatti hat ihr Bundestagsmandat mit dem Programm der LINKEN und der tatkräftigen Unterstützung der Mitglieder in Baden-Württemberg erhalten. Wir fordern sie

daher dazu auf, nun auch die Konsequenzen aus ihrem Partei Austritt zu ziehen und ihr Mandat niederzulegen. Das ist eine Frage des politischen Anstands und der Fairness.

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens, der Klimagerechtigkeit und der internationalen Solidarität. Mit unserer klaren Kritik am Kahlschlag der Ampel und dem bundesweiten Rechtsruck werben wir für neue Mitglieder. Der heutige Bruch ist für uns daher auch ein Aufbruch. Wir wollen nun neue Mitglieder von uns überzeugen und ausgetretene Mitglieder wieder für uns gewinnen. Gemeinsam bauen wir DIE LINKE wieder auf.“

Landessprecher Elwis Capece erklärt: „Wir sind die Partei im Bundestag, die sich an der Seite der Gewerkschaften für die Interessen der Beschäftigten und von Bürgergeldbezieher:innen einsetzt. DIE LINKE hat seit ihrer Gründung Hartz IV bekämpft und wir kämpfen weiter für eine sanktionsfreie Mindestsiche-

Umsteuern. Für starke Kommunen und ein solidarisches Europa

Neuer Landesvorstand gewählt und Eckpunkte zur Kommunalwahl verabschiedet

Der Landesparteitag der LINKEN. Baden-Württemberg tagte vom 14.-15. Oktober 2023 in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen unter dem Motto „Umsteuern. Für starke Kommunen und ein solidarisches Europa“. Die Delegierten wählten an diesem Wochenende einen neuen Landesvorstand und verabschiedeten Eckpunkte für die Kommunalwahlen im Juni 2024. Die Landessprecher:innen Sahra Mirow und Elwis Capece wurden mit großer Zustimmung in ihrem Amt bestätigt.

Die beiden Landessprecher:innen betonten in ihrer Eröffnungsrede die Notwendigkeit einer starken, geeinten LINKEN angesichts der gesellschaftlichen und politischen Krisen und dem Aufschwung rechter Positionen.

Entsprechend erklärte Sahra Mirow auf dem Parteitag: „Die Krisen und der Rechtsruck sind das Produkt politischer Entscheidungen, also können wir sie auch verändern!“ Und weiter betonte Mirow: „Wir sind das Bollwerk der Solidarität gegen die zunehmende Migrationsfeindlichkeit, gegen die zunehmende Menschenfeindlichkeit und gegen Armut und Krieg. Es braucht uns im Land, als starke Stimme für soziale Gerechtigkeit. Nur wir stellen die Eigentumsfrage, nur wir schweigen nicht über die zunehmenden Zerstörungen des Kapitalismus an Mensch, Umwelt und Gesellschaft. Dafür müssen wir in den kommenden Jahren gemeinsam kämpfen. Wir haben die Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Die Verwertungslogik des Kapitalismus zeigt sich in zunehmender Deutlichkeit: am Sozialen zu sparen aber die Superreichen und Krisengewinner nicht zu besteuern, diese Ungerechtigkeit leuchtet jedem ein. Im Zentrum muss die Umverteilungsfrage stehen.“

Elwis Capece betonte die zentrale Rolle der LINKEN im Kampf gegen die AfD und für ein solidarisches Europa: „Wir haben einen Rechtsruck, wenn die bürgerlichen Parteien die Positionen der AfD übernehmen! Diese Situation haben wir jetzt, wenn nur noch über Migration als Problem, aber nicht über das sozialpolitische Versagen der Regierungsparteien gesprochen wird. Der Abbau von sozialen Rechten, das Scheitern der Kindergrundsicherung, die Wohnungsnot – all das hat nichts mit Migrant*innen zu tun, das hat was mit dem Versagen der Regierungsparteien in den letzten Jahrzehnten zu tun! Wir wehren uns gegen die Abschaffung des Rechts auf Asyl. Es braucht ein Konzept für eine solidarische Einwanderungspolitik. Deren Eckpfeiler müssen ein Recht auf Arbeit und die Wahrung des Rechts auf Asyl sein. Statt Arbeitszwang braucht es einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Kasernierung von Geflüchteten wie Strafgefangene darf es nicht geben!“

Aufbruch im Landesvorstand

Knapp die Hälfte der Landesvorstandsmitglieder wurde neu gewählt. Damit stellt dieser Vorstand eine gute Verbindung zwischen Erfahrung und Erneuerung. Erstmals sind auch mehr Frauen als Männer im Vorstand vertreten, der mit kommunalen Mandatsträger:innen, Gewerkschafter:innen, Aktiven aus

rung. Ohne DIE LINKE gäbe es keinen Mindestlohn. Wir setzen uns unermüdllich für eine Erhöhung des Mindestlohns ein. Wir kämpfen an der Seite der Mieterinnen und Mieter, an der Seite der Alleinerziehenden, der Rentnerinnen und Rentner und all derjenigen, die von der Politik vergessen werden.

Wir spielen Menschen mit deutschem Pass und Geflüchtete und Migrant:innen nicht gegeneinander aus. Während alle Parteien im Bundestag nach rechts rücken, Bundeskanzler Scholz mit der Forderung nach konsequenter Abschiebung Schlagzeilen macht, sind wir die einzige Partei, die sich gegen den Rechtsruck stellt und das Recht auf Asyl verteidigt. Es ist gut, dass wir mit diesen Positionen nun durchdringen können und nicht mehr als Partei des Streits wahrgenommen werden. Die heutige Pressekonferenz hat gezeigt, dass das neue Parteiprojekt rund um Sahra Wagenknecht eine sozial-konservative Handschrift trägt und auf der Klaviatur des Rechtspopulismus spielt.“

Mietenbündnissen und Klimagruppen breit und vielfältig aufgestellt ist.

Die Landessprecher:innen Sahra Mirow (39) und Elwis Capece (58) wurden mit großer Mehrheit in ihrem Amt bestätigt. Sahra Mirow ist Stadträtin und Fraktionsvorsitzende in Heidelberg und seit 2018 DIE LINKE Landessprecherin. Sie erhielt 88,3 Prozent. Der Karlsruher Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG Elwis Capece wurde 2021 erstmals zum Landessprecher gewählt und mit 82,5 Prozent wiedergewählt. Kathleen Kamprath aus Stuttgart bleibt mit 97,1 Prozent der Stimmen Landesschatzmeisterin. Ebenfalls in den geschäftsführenden Landesvorstand wiedergewählt wurden der Stuttgarter Stadtrat Luigi Pantisano (44) und die Industriekauffrau Aynur Karlikli (58). Der ehemalige Karlsruher Bundestagsabgeordnete Michel Brandt (33) wird erstmals Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand.

In den erweiterten Landesvorstand wurden sieben Frauen und sechs Männer gewählt, damit ist ein Platz vakant. Mitglieder im erweiterten Landesvorstand sind: Gökay Akbulut (40), Kim Sophie Bohnen (24), Tanja Hilton (50), Julia Nagy (25), Helena Pantelidis (32), Ellena Schumacher Koelsch (37), Amelie Vollmer (20), Utz Mörbe (39), Marcel Bauer (31), Alexander Kauz (65), David Rizotto (36), Patrick Schorer (33), René van der Winkel (40)

Kommunalwahl: Politik für Menschen statt für Profite

Unter dem Titel „Politik für Menschen statt für Profite. Für eine starke LINKE“ hat der Landesvorstand Eckpunkte zur Kommunalwahl 2024 verabschiedet. In zehn kurzen Kapiteln setzt der Leitantrag Schwerpunkte für linke Kommunalpolitik. An erster Stelle steht die Forderung Mieten runter! Darin fordert DIE LINKE eine kommunale Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mietern. Mit den Mieten dürfen keine Profite gemacht werden. Kommunale Wohnungspolitik in öffentlicher Hand ist daher eine zentrale Forderung des Programms. Der Weg dorthin soll über die Stärkung kommunaler Vorkaufsrechte, die Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und die Rekommunalisierung privatisierter Wohnungsbestände gehen. Die Sozialquote bei neuen Wohnbauprojekten soll mindestens 50 Prozent betragen.

Mit dem Konzept der sorgenden Städte will der Landesverband einen feministischen Schwerpunkt bei der Kommunalwahl 2024 setzen. Entlohnte und nicht entlohnte Sorge- und Pflegearbeit ist die Grundlage für ein gutes Leben. Gute Bedingungen für diese Arbeit soll daher in das Zentrum der Kommunalpolitik. Dazu gehören gute Pflege, Bildung ab der Kita und Gesundheit in kommunaler und sozialer Trägerschaft. Katastrophe und Pflegegenotstand müssen in den Kommunen beendet werden.

Auf den kommenden Seiten findet ihr die Vorstellung des neuen Landesvorstandes. Auch das beschlossene Konzept der sorgenden Städte findet sich dort. Am Ende des Landesinfos findet ihr die auf dem LPT beschlossenen kommunalpolitischen Eckpunkte

Unser neuer Landesvorstand

Die Redaktion des Landesinfos hat allen neu gewählten Landesvorständen die folgenden beiden Fragen gestellt, um sie den Mitgliedern vorzustellen:

- 1) Drei politische Themen, die dir besonders wichtig sind und für die du dich aktuell besonders einsetzt:
- 2) Was macht für dich DIE LINKE aus? Warum engagierst du dich in der LINKEN?



Sahra Mirow, KV Heidelberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin

- 1) Mieten runter: mehr sozialer und barrierefreier Wohnraum
 - 2) Umsteuern für eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen
 - 3) Sozial-ökologischer Umbau und Klimagerechtigkeit
- DIE LINKE steht als einzige Partei konsequent an der Seite von Menschen mit geringen Einkommen und Menschen auf der Flucht. Die soziale Schere geht immer weiter auseinander und einige wenige werden immer reicher. Bund und Land sind weder willens noch fähig hier dagegen zusteuern. Deswegen braucht es eine starke LINKE.



Elwis Capece, KV Karlsruhe, Gewerkschaftssekretär

- 1) Vernetzung mit gewerkschaftlichen Strukturen
 - 2) ökologische und soziale Frage verbinden
 - 3) klare Abgrenzung nach Rechts zu AfD und Co.
- Politik besteht aus Aktion und Bündnisarbeit, also mehr als nur Parlamentarismus. Eine gerechte Welt wird es erst mit der Überwindung des Kapitalismus geben. DIE LINKE ist die einzige Partei, die dies klar und deutlich formuliert.



Kathleen Kamprath, KV Stuttgart, Betriebswirtin

- 1) Zukunft der Kinder und Jugendlichen, mit Bildung, Umwelt und Klimapolitik sowie wirtschaftlicher Entwicklung unseres Landes
 - 2) Gesundheitspolitik
 - 3) Feminismus, die Frau in der gesellschaftlichen Weiterentwicklung
- Unsere Rolle und unser Alleinstellungsmerkmal als Friedenspartei. Unser gemeinsamer Einsatz für ein solidarisches Miteinander und das wir streiten für eine feministische, soziale, solidarische, inklusive und selbstbestimmte Gesellschaft mit Chancengleichheit, egal welcher Herkunft man ist.



Aynur Karlikli, KV Stuttgart, Industriekauffrau

- 1) Kommunalpolitik
 - 2) soziale Gerechtigkeit
 - 3) Migration
- Zu hohe Kita-Gebühren, Kinderarmut, Wohnungsnot, Bildungschancen und natürlich auch Klimagerechtigkeit betreffen uns alle. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Konzepte für die Mehrheit unserer Gesellschaft entwickelt. Wir setzen uns für eine gerechte Umverteilung des Vermögens ein. Wir kämpfen gegen den Rechtsruck und Rassismus, gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder. Hand in Hand kämpfen wir, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, gegen die Missstände, die uns alle betreffen.



Luigi Pantisano, KV Stuttgart, Stadtplaner

- 1) Kommunalpolitik
 - 2) Klimaschutz/ Klimagerechtigkeit
 - 3) Antirassismus
- DIE LINKE ist bei den Menschen vor Ort, im Stadtteil, an der Haustüre, verbindend und unterstützend. DIE LINKE kämpft mit den Menschen um ihre Interessen. Wir verbinden die Arbeitskämpfe in der Pflege und Automobilindustrie mit der Rettung des Klimas und einer vielfältigen Gesellschaft. Dafür engagiere ich mich in der LINKEN.



Michel Brandt, KV Karlsruhe, Schauspieler

- 1) Armut bekämpfen auf allen Ebenen!
 - 2) Umverteilen - Investition in Klimagerechtigkeit, Infrastruktur, Wohnen und Bildung!
 - 3) Festung Europa einreißen - für eine staatlich organisierte zivile Seenotrettung.
- Wenn ich an DIE LINKE denke, denke ich an die Krankenpflerin, die Oma gegen Rechts, den Klimaktivisten und den Paketboten, die alle gemeinsam in der Linken kämpfen gegen Kapitalismus und für eine soziale und solidarische Gesellschaft.



Erweiterter Landesvorstand René van der Winkel, KV Mannheim, Informatiker

- 1) Digitalpolitik/ Netzpolitik
- 2) Kulturpolitik
- 3) Soziale Gerechtigkeit

Eine niedrige Lebensqualität und deprimierende Zukunftsaussichten sind keine unabänderliche Gegebenheit. DIE LINKE ist die Chance darüber zu sprechen. DIE LINKE ist die Chance etwas zu ändern. DIE LINKE ist der Funke Hoffnung in der Dunkelheit des Kapitalismus der den Menschen das Leben aussaugt.



Amelie Vollmer, KV Ortenau, Schülerin

- 1) Soziale Gerechtigkeit
- 2) Klimagerechtigkeit, ÖPNV
- 3) Feminismus

Wenn wir gesellschaftliche und politische Kraft entfalten wollen, müssen wir uns organisieren. In Zeiten von Krieg und multipler Krisen ist DIE LINKE die einzige Partei, die es schafft, Kämpfe für soziale Gerechtigkeit wie Klimagerechtigkeit, Feminismus, Frieden und Antifaschismus in ihrem Programm zu vereinen. Damit hat DIE LINKE das Potential gemeinsam mit den sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle beim Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu spielen und deswegen engagiere ich mich in der LINKEN.



Kim Sophie Bohnen, KV Heidelberg/ Bad. Bergstraße, Studierende Politik/Soziologie, Bankkauffrau

- 1) Klimagerechtigkeit & sozial-ökologische Transformation
- 2) Gerechte Verkehrswende: #Wirfahrenzusammen (TV-N)
- 3) Kampf gegen „Neue Rechte“ und Antifeminismus

In der LINKEN engagiere ich mich, da es eine linke Kraft braucht, die konsequent und klar an der Seite der Menschen steht, immer kritisch hinterfragt und auch den „Finger in die Wunde“ legt, um für eine gerechtere Lebensrealität vor Ort und international einzustehen. Solidarität, verbindender Klassenkampf und konsequente Positionen. Das Zusammenspiel aus der Arbeit in den Parlamenten und auf der Straße, immer mit dem Blick auf den herrschenden Machtverhältnissen und auf einen Systemwechsel, macht für mich die LINKE aus.



Tanja Hilton, KV Mannheim, Kauffrau im Groß- und Außenhandel

- 1) Antifaschismus
- 2) Verbindende Klassenpolitik
- 3) Feminismus

Politik für Menschen, nicht für Konzerne! Der Wert eines Menschen darf nie nach seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit bemessen werden! Ich engagiere mich in der LINKEN, weil sie die einzige Partei mit antikapitalistischer, feministischer und antifaschistischer Haltung ist und immer wieder die Systemfrage stellt.



Patrick Schorer, KV Calw-Freudenstadt, arbeitet im Außendienst

- 1) Antifaschismus
- 2) Politik für Arbeiter*innen
- 3) Stärkung der Fläche/ ländlicher Raum

Klar sozialistische, antifaschistische und internationalistische Politik, die für mich selbstverständlich feministisch und unter der Berücksichtigung ökologischer Grundsätze betrieben wird. Echte linke Politik ist notwendiger denn je. Bürgerliche Parteien sind KEINE Alternative für Arbeiter*innen. Deshalb braucht es wieder eine starke LINKE als Opposition, die den Finger in die Wunden der sozial-demokratischen Parteien legt und den Menschen zeigt, dass es eine echte Alternative links der Sozen gibt.



Alexander Kauz, KV Emmendingen, Maschinenbauingenieur in Altersteilzeit

- 1) Kommunalfinanzen
- 2) Gute Arbeit, Löhne und mehr Demokratie in der Arbeitswelt (BetrVG)
- 3) Außenpolitik, Abrüstung, Entmilitarisierung

2005 bin ich in die PDS eingetreten, um eine sozialistische, zukunftsweisende Partei mit- und weiterzuentwickeln. Weltweite Ungerechtigkeit, Hunger und Kriege, das kollabierende Weltklima zeigen, dass es aller höchste Zeit ist, den Kapitalismus zu überwinden. Es gilt Demokratie und Sozialismus zu verbinden. Dann wird die Menschheit eine Zukunft besitzen.



David Rizzotto, KV Ulm Alb Donau, Zimmermann

- 1) Jugend und Soziales
- 2) Wohnungs- und Mietpolitik
- 3) Gesundheit und Arbeit -> also für soziale Gerechtigkeit

Ich bin seit 2019 Mitglied im KV Ulm Alb Donau. Politisiert wurde ich durch die wachsende Armut in der ich selbst aufwuchs. Die Menschen haben Angst ihre Wohnungen zu verlieren durch steigende Preise. Dagegen stelle ich mich energisch. Wohnen ist ein Recht für alle und der Grundstein für ein gutes Leben.



Julia Nagy, KV Biberach, Biologielaborantin

- 1) Arbeitsbedingungen verbessern, Gewerkschaften stärken, Lohnerhöhungen -> gute Arbeit
- 2) Ländlicher Raum stärken: ÖPNV-Ausbau, Belebung der Innenstädte
- 3) Jugend und Bildungsgerechtigkeit: gebührenfreie Kitas

Für mich ist eine starke LINKE wichtig, da wir die eigentliche Protestpartei darstellen und wirklich die Interessen der Arbeiterschicht vertreten. Ich bin 2018 eingetreten mit dem Ziel, eine Veränderung zu bewirken. Ich setze mich ein für Frieden, gute Bildung, bezahlbaren Wohnraum, gebührenfreie Kitas und die Stärkung des ländlichen Raums. Ich freue mich, das ländliche Südwürttemberg im Landesvorstand zu vertreten.



Marcel Bauer, KV Karlsruhe, Feldhüter

- 1) Propaganda
- 2) Mitgliedermobilisierung
- 3) Inklusion

Nur in der LINKEN können alle Menschen, unabhängig von jeglichen identitätsbezogenen Merkmalen ein revolutionäres Element werden. Nur die Linkspartei hat das Ziel allen Menschen die Mittel zu geben, gemeinsam darüber zu entscheiden, ob die Menschheit fortbestehen soll, oder ob nur das Kapital übrig bleibt. Weil wir die Generation sind, die die letzte Schlacht schlagen muss. Jetzt! Wie nur DIE LINKE den Kapitalismus im Kern vernichten will.



Utz Mörbe, KV Stuttgart, Betreuungsassistent

- 1) Inklusion
- 2) Antirassismus
- 3) Flüchtlingsarbeit

Ich engagiere mich in der LINKEN, weil sie eine sozialistische Partei ist. Eine klare Haltung zu Frieden, gegen Rassismus und gute Inklusionspolitik – das macht für mich DIE LINKE aus.



Gökay Akbulut, KV Mannheim, Bundestagsabgeordnete

- 1) Gleichstellungspolitik
- 2) Antirassismus
- 3) Migration und Kurdistan Solidarität

Die Linke ist für mich die einzige Partei die konsequent ANTIKAPITALISMUS und Friedenspolitik vertritt. Ich bin als Studentin 2007 in die Linke Baden-Württemberg eingetreten und setze mich seit Jahren gemeinsam mit vielen engagierten Genossinnen und Genossen für eine verbindende Klassenpolitik ein. Für mich ist es besonders wichtig, feministische und antirassistische Kämpfe miteinander zu verbinden und in Bündnissen für Frieden, Soziale Gerechtigkeit und eine gute Klimapolitik zu streiten.



Helena Pantelidis, KV Freiburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin

- 1) Frieden
- 2) Klimagerechtigkeit
- 3) Antirassismus

DIE LINKE ist so wichtig, weil wir hier Kämpfe verbinden, die sonst oft vereinzelt stattfinden. Wir sitzen nicht nur in Parlamenten, sondern sind auf der Straße und Teil der Bewegungen und sind nah vielen verschiedenen Menschen und deren Bedürfnissen dran. Wir machen Politik von unten.



Ellena Schumacher Koelsch, Kreis- und Stadträtin Schwäbisch Hall, Erzieherin und Sozialarbeiterin

- 1) Stärkung des ländlichen Raums
- 2) Ausbau von Kindertagesbetreuung durch gezielte Angebote der Kommunen
- 3) Anti-rassistische kommunalpolitische Arbeit gegen das Erstarken des Rechtspopulismus im ländlichen Raum

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für soziale Gerechtigkeit in unseren Kommunen stark macht. Wir haben Antworten auf die gesellschaftlichen Entwicklung in den Dörfern und Städten. Wir arbeiten aktiv in Bündnissen und Vereinen mit, um die Ungleichheit in unserer Gesellschaft aufzuzeigen. Wir sind die einzige Partei, die anti-rassistisch, feministisch und anti-militaristisch arbeitet.

Den Umbau gerecht gestalten

Eine LINKE mit Zukunft - für eine sichere Zukunft für alle

Erklärung der Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden von Fraktion und Partei

Aktuell scheinen die Krisen überall zu sein. Unsere Demokratie ist zunehmend in Gefahr. Wirtschaftliche Macht und Reichtum ballt sich in der Hand einer Minderheit von Superreichen und Konzernen, während die allgemeine Armut zunimmt und nötigen Investitionen ausbleiben. Statt in soziale Sicherheit zu investieren drohen Kürzungen historischen Ausmaßes - mit fatalen Auswirkungen für die Kommunen und den sozialen Zusammenhalt. Dabei leidet die Mehrheit der Gesellschaft akut darunter, dass die Preise deutlich schneller steigen als Löhne und Einkommen. Die daraus folgenden Unsicherheiten werden von der extremen Rechten immer erfolgreicher instrumentalisiert. Dazu kommt: Die internationale Ordnung ist massiv im Umbruch, die Dominanz des Westens und der NATO bröckelt. Damit verbunden sind eine wachsende Blockkonfrontation, massive Aufrüstung und Fluchtbewegungen. Geflüchtete werden bekämpft, Fluchtursachen nicht. Das Europäische Asylrecht wird verschärft. Länder und Kommunen werden bei der Ausgestaltung einer gelingenden Integration von Migrant*innen alleine gelassen. Mehr Geld gibt die Regierung nur für Rüstung aus. Und all das vollzieht sich vor dem Hintergrund einer eskalierenden Klimakrise, die einen schnellen Umbau von Industrie und Wirtschaft immer nötiger und das Leben vieler Menschen zugleich immer schwieriger macht. Mit anderen Worten: Es braucht jetzt entschlossenes politisches Handeln. Doch unsere Regierung, die als „Fort-schrittskoalition“ gestartet ist, versagt, weil sie den Konflikt mit dem großen Geld scheut. Sie schafft nicht den nötigen wirtschaftspolitischen Spurwechsel, um eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Wir sind uns sicher: Diese Zeiten erfordern eine demokratisch-sozialistische Partei, die den Reichtum gerecht verteilt, wirtschaftspolitische Richtungsentscheidungen durchsetzt und für Zukunftsinvestitionen sorgt. Eine Linke, die die Eigentumsfrage stellt und den Mut hat sich mit Reichen und Konzernen anzulegen, um den nötigen Umbau sozial zu gestalten. Eine moderne Gerechtigkeitspartei, die klare Kante für die Menschenrechte und gegen Hass und Hetze zeigt. Im Gegensatz zu allen anderen gehen wir keinen Schritt nach rechts. Eine Friedenspartei, die zivile Alternativen zu Aufrüstung, Militarisierung und der neuen Normalität des Krieges stark macht. Die jahrelangen Angriffe von innen und außen haben uns zu lange gelähmt. Es wurde Glauben gemacht, unsere Partei würde ihrer Verantwortung nicht gerecht. Doch wir wissen: Unsere Partei ist schon oft totgesagt worden, immer wieder hat sie ihre Krisen überwunden. Unsere Vielfalt in der praktischen Arbeit und der theoretischen Analyse ist oft anstrengend, aber immer eine Stärke. Wir machen als eine Partei in unterschiedlichen Rollen, in Regierung, Opposition oder außerhalb des Parlaments praktische Politik für die Vielen. Wir können die linke Partei sein, die jetzt gebraucht wird. Wir werden zu ihr werden. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir als Partei einige Aufgaben zu lösen haben. Wir laden alle ein, die aufgrund der schwierigen Situation und der oft widersprüchlichen Kommunikation der LINKEN der Partei ferngeblieben sind oder sich von ihr abgewandt haben:

Kommt zur LINKEN und macht mit uns die Partei im ganzen Land stärker. Kämpft mit uns für Frieden und soziale Gerechtigkeit für alle.

Dafür wollen wir die zentralen Herausforderungen fokussieren und ins strategische Zentrum unserer Politik stellen und sie auf allen Ebenen gemeinsam angehen. Wir sind die soziale Alternative zum Kürzungskurs von Ampel-Parteien und

Konservativen und das Bollwerk gegen den Rechtsruck. Dafür werden wir mit der #Umsteuern-Kampagne die Verteilungsfrage öffentlich sichtbar machen, sie ist die entscheidende Voraussetzung für eine fortschrittliche Lösung aller Krisen. Das gilt insbesondere mit Blick auf das nächste Jahr, die Europawahlen und die Kommunalwahlen - sowie die Landtagswahlen im Osten. Hier zeigen sich die sozialen Verheerungen der neoliberalen Schockpolitik der 1990er Jahre wie der aktuelle Rechtsruck deutlicher als anderswo. Löhne, Tarifbindung und Wirtschaftskraft sind im Osten immer noch durch die Deindustrialisierung nach der Wende geprägt. Fast jede und jeder Vierte arbeitet in Ostdeutschland für Niedriglohn. Zeitgleich machen die ostdeutschen Bundesländer einige infrastrukturelle und wirtschaftliche Fortschritte. Die gespaltene Entwicklung - einerseits wichtige Zukunftsinvestitionen, andererseits soziale Unsicherheit und Zukunftsangst - zeigt sich in den ostdeutschen Ländern und Metropolregionen besonders stark. Hier wollen wir gemeinsam unsere Landesregierung Thüringen verteidigen, mit ihr das Land gestalten,

und unsere Fraktionen stabil halten. Sie machen in der Krise einen echten Unterschied für alle Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Es ist DIE LINKE, die Härtefallfonds, beitragsfreie Kindergartenjahre, 29-Euro-Tickets, Unterstützung für soziale Einrichtungen, höhere Landesmindestlöhne und Kündigungsmoratorien durchgesetzt hat. Das bedeutet nicht einfach nur »mehr Geld« für soziale Belange, sondern ganz konkret: Für Millionen Menschen mit mehr Freiheit und weniger Existenzangst leben zu können. Dazu gehen wir nun wichtige Schritte, um die Partei mit dem „Plan 25“ organisatorisch neu aufzustellen. Neue Mitglieder und Wähler*innen zu gewinnen, ist für uns genauso wichtig, wie für unsere langjährigen Mitglieder und Wähler*innen ein zu Hause zu sein, unsere Verankerung auszubauen und uns zur Gesellschaft zu öffnen. Auch in dem wir neue und alte MultiplikatorInnen einbinden, um deutlich zu machen: Die Krisen der Gegenwart lösen wir nur mit links.

Ein nachhaltiger Weg raus aus internationaler Eskalation, sozialer Ungleichheit und Klimakrise setzt eine grundlegend andere Wirtschaftspolitik voraus. Kosmetische Korrekturen reichen nicht mehr. Unsere Gesellschaft braucht eine Investitionsoffensive für ein neues wirtschaftliches Fundament und starke Kommunen. Sie braucht Investitionen in Mobilität, Bildung und Gesundheit sowie die soziale Infrastruktur. Das bedeutet jetzt: Die Schuldenbremse überwinden - und mit dem größten Investitionsprogramm in der Geschichte der Republik Industrie, Energie und Verkehr klimagerecht umbauen und die Investitionsentscheidungen durch Vergesellschaftung und Stärkung des öffentlichen Eigentums demokratisieren. So eine Wirtschaftswende hat mächtige Gegner, aber sie verbindet die Interessen gesellschaftlicher Mehrheiten. Sie kann Klimagerechtigkeit und Beschäftigungssicherung, Wohlstand und Demokratie sichern. Sie ist Voraussetzung für den Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft, die verbindet, statt zu spalten.

In diesem Sinne fordern wir eine neue Industriepolitik. Der Plan der Ampel-Regierung funktioniert nicht, sondern vergrößert im Wandel hin zu Klimaneutralität und einer digitalisierten Gesellschaft die soziale Ungleichheit. Sie will mit massiven Subventionen für Großunternehmen ohne Auflagen und technologischer Innovation weiter in einen grünen Kapitalismus »hineinwachsen«, ohne Veränderung am deutschen Exportmodell, ohne massive Investitionen in soziale Absicherung und Stärkung des öffentlichen Eigentums. Ihre Investitionsprogramme sind zu klein und vor allem darauf ausgerichtet, die Gewinne der Konzerne zu maximieren. Die

„Kommt zur LINKEN und macht mit uns die Partei im ganzen Land stärker. Kämpft mit uns für Frieden und soziale Gerechtigkeit für alle.“

Industriehilfen der EU sind nicht an arbeitsrechtliche und soziale Kriterien geknüpft – das ist sogar in den USA anders. So wird die Binnennachfrage nicht gestärkt und die schleichende Deindustrialisierung nicht aufgehalten. Denn angesichts einer krisenhaften Weltwirtschaft braucht ein erfolgreicher Strukturwandel ein starkes öffentliches Rückgrat. Das hilft mehr gegen den Kulturkampf von rechts als alle Sonntagsreden der Ampel.

Daher fordern wir:

- Öffentliche Steuerung durch die Gründung von Industriestiftungen, Anstalten öffentlichen Rechts und andere öffentliche Beteiligungsformen! Finanziert durch den Bund sollen gezielt Anteile an Unternehmen erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Wandel einnehmen und den klimaneutralen Umbau steuern. So schützen wir auch kritische Infrastruktur, wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen, vor dem Ausverkauf an autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche Unternehmen müssen der Motor der industriellen Erneuerung werden, eine steuernde Rolle einnehmen und die Kompetenzen privater Unternehmen in Kooperationen einbinden. Vergabegesetze der öffentlichen Hand müssen Tariftreue, Arbeitsplatzsicherung und echte Chancen für regionale kleine und mittlere Unternehmen sicherstellen.
- Öffentliche Unterstützung für einen sozial-ökologischen Umbau! Energieintensive Unternehmen bei denen nachweislich Standortverlagerungen drohen, müssen öffentlich unterstützt werden. Das muss mit Anreizen für Energieeinsparungen und der Verpflichtung auf den nötigen Umbau, Tariftreue und Standortsicherung verbunden werden. Unternehmen, die eine sehr kostenintensive Umstellung von fossiler Energie auf klimaneutrale Produktion vornehmen (z.B. grüner Stahl) sollen die Differenz zwischen den CO₂-Vermeidungskosten und dem CO₂-Zertifikationspreis erstattet werden. So bleiben Industriebetriebe wettbewerbsfähig und Beschäftigung kann geschützt werden. Diese Maßnahmen sind ebenso zur Entlastung kleiner und

mittlerer Unternehmen anzupassen.

- Demokratische Mitbestimmung! Gelder für Forschung und Entwicklung für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen, auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben. Wir brauchen mehr Wirtschaftsdemokratie, denn die Beschäftigten sind es, die die entscheidende Expertise besitzen, sie sollten über die Zukunft ihrer Arbeit und Unternehmen mitentscheiden. Gute Arbeit fördern! Subventionen und Investitionshilfen für eine CO₂-freie Industrie müssen an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue, konkrete Beschäftigungszahlen, Ausbildungsquoten und Standortgarantien geknüpft werden. Wer Beschäftigungsabbau betreibt, muss Fördergelder zurückzahlen.
- Soziale Sicherheit schaffen! Um die steigenden Energiepreise auszugleichen brauchen Menschen mit einem Einkommen bis 4000 Euro brutto im Monat ab 2023 ein monatliches soziales Klimageld in Höhe von 200 Euro.
- Eine Bildungs- und Qualifizierungsinitiative mit Mitteln des Bundes auflegen! Damit die soziale Spaltung im Strukturwandel nicht zunimmt und weil Wohlstand sich nur erhalten lässt, wenn der verheerende Zustand unseres Bildungssystems überwunden wird, fordern wir ein Sondervermögen Bildung und Qualifizierung. Das bisherige Flickwerk von Einzelprogrammen reicht nicht aus und führt nicht zu einem verlässlichen Ausbau des Bildungssystems. Es braucht ein Recht auf bezahlte Weiterbildung für alle Beschäftigten, um sichere Perspektiven im sich wandelnden Arbeitsmarkt zu schaffen. Für Beschäftigte in Branchen, in denen Arbeitsplätze durch den Umbau für eine klimagerechte Zukunft bedroht sind, fordern wir öffentliche Beteiligungsstrategien, um Produktions- und Arbeitsweisen umzubauen, um Arbeitsplätze zu sichern. Sonst werden die Gewinne aus der Transformation privatisiert und die Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt.

Thesen zur Zukunft der Partei DIE LINKE

von *Bernd Riexinger*

Die Partei DIE LINKE steht vor großen Herausforderungen. Es ist erfreulich, dass sich viele innerhalb und außerhalb der Partei an einer Debatte über die richtige Strategie beteiligen. Auf der Zukunftskonferenz der Bewegungslinken habe ich meine Thesen zu einer Strategie für die Zukunft der Partei vorgetragen:

1. Wir leben in einer historischen Phase der multiplen Krisen des Kapitalismus. Das ist inzwischen schon Vokabular in bürgerlich-liberalen Medien. Konkret erleben wir schon seit Jahrzehnten eine massive Gerechtigkeitskrise, die sich u.a. in einer wachsenden Kluft zwischen Löhnen und Gewinnen und einer enormen Anhäufung von Vermögen in wenigen Händen ausdrückt, bei wachsender Armut auf der anderen Seite. Wir erleben zugleich eine Krise des Öffentlichen und der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur, die längst in die Erfahrungswelt eines großen Teils der Bevölkerung in Form fehlender Kindertagesplätze, Bildungsnotstand, Unpünktlichkeit und Ausfälle der Bahn, Pflegenotstand, fehlenden bezahlbaren Wohnungen, usw. ausdrückt. Aktuell erleben wir eine ökonomische Krisen- oder zumindest Staginationsphase. Die Illusion einer grünen Transformation mit neuem Wachstumsschub und Wettbewerbsfähigkeit platzt gerade. Wir sehen uns wachsender Kriegsgefahr gegenüber, u.a. Ausdruck einer hegemonialen Krise mit der Gefahr einer neuen Blockkonfrontation. Und als größte Krise rückt die Klimakatastrophe näher heran und kann nicht mehr in die Zukunft verschoben werden. Diese Krisen verschränken und verschärfen sich gegenseitig und wachsen sich zu systemischen Krisen aus, auch wenn es derzeit keine politische Klassenbewegung gibt, die für einen sozialistischen Ausweg steht.

2.



Die Linke muss und wird weiterhin einen starken Bezug zu den Lohabhängigen und der Interessensvertretung im politischen Raum herstellen. Jedoch nicht mit dem verkürzten Begriff Arbeiter, sondern auf dem heutigen Stand der Klassenzusammensetzung. Die ArbeiterInnenklasse ist weiblicher, migrantischer, gebildeter, überwiegend im Dienstleistungssektor beschäftigt und prekärer. Die Linke hat die Aufgabe

- der vorhandenen Spaltung, besonders in tarifgebundene, regulierte Vollzeitbeschäftigte und prekär Beschäftigte im Sinne verbindender Klassenpolitik gemeinsame Interessen, Forderungen und Kampfformen entgegenzusetzen. Ebenso im Sinne der Ausübung des politischen Mandats der Gewerkschaften politische Forderungen zu verankern und im Sinne einer Verbindenden Partei Bündnisse im gesellschaftlichen Bereich zu schaffen.
3. Klimagerechtigkeit, Löhne, Arbeitsbedingungen und Ausbau des Sozialstaates sind zwei Seiten der gleichen Medaille und gehören zusammen gedacht. Grüner als Grüne werden ist eine Quatschposition. Klima ist eine Klassen- und eine Generationenfrage, vor allem ist sie eine Systemfrage. Der Kapitalismus mit einem systemischen Wachstumszwang und Externalisierung der ökologischen Kosten kann die größte Bedrohung für die Menschheit, die Klimakrise, nicht lösen. Es ist Aufgabe der Linken die Klimabewegung zu stärken, Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Klimaakteure zu bestärken und zugleich politische Einstiege in eine systemische Transformation zu initiieren. Geeignet ist die dringend anstehende Mobilitätswende in Verbindung mit der Transformation der Automobilindustrie in eine klimafreundliche Mobilitätsindustrie. Verschiedene Akteure der Klimabewegung haben das zwischenzeitlich auch zum Schwerpunkt erklärt. Die Linke will sowohl ein anderes Wirtschaftssystem als auch ein anderes Lebensmodell, indem wir einen anderen Begriff von Wohlstand entwickeln.
 4. Es ist kein Zufall, dass für die radikale Rechte weltweit nicht nur die menschlich gemachte Erderwärmung leugnet, sondern die Klimabewegung und die grün/linken Kommunisten und Klimaideologen zum Hauptfeind erklärt und zugleich mit ihrer rassistischen und antifeministischen Ideologie verbindet. Am Agieren der Rechten wird übrigens überdeutlich, dass Klimafragen soziale Fragen sind, denn sie befördern einen radikalen Sozialdarwinismus – es muss ja nicht für alle, sondern für uns reichen. Deswegen Mauern und Stacheldraht, Bewaffnung bis an die Zähne um die Verteilungskämpfe der Zukunft um Ressourcen schon heute zu führen. Dieser Sozialdarwinismus greift durchaus bei vielen Industriearbeitern und den Teilen der Mittelschicht, die ihre materielle Stellung bedroht sehen. Der Kampf gegen die Rechten und gegen Rassismus ist für die Linke nicht nur zentral, sondern auch Bestandteil eines inklusiven Klassenbegriffes, der Geflüchtete und MigrantInnen ebenso einschließt, wie auch einen Begriff von internationaler Solidarität gegenüber den Menschen des globalen Südens. Ein exklusiver Klassenansatz befördert rechtes und sozialdarwinistisches Denken, inklusiv geführte Klassenauseinandersetzungen befördern Solidarität und stellt dem Nationalismus einen Begriff von internationaler Solidarität entgegen.
 5. Verteilungskämpfe sind dann Klassenkämpfe, wenn sie nicht die Verteilung innerhalb der Klasse in den Vordergrund stellen, sondern das Verhältnis zwischen den Lohnabhängigen und der Kapitalbesitzenden Klasse. Sie finden in direkten Lohnkämpfen statt. Hier unterstützt die Linke die Lohnabhängigen und wendet sich entschlossen gegen die Einschränkung des Streikrechtes, kämpft für das Recht auf politischen Streik. Die zweite Ebene der Verteilungskämpfe geht um die staatliche Verteilung, also Steuern und Sozialabgaben. Es gibt derzeit eine nachhaltige Erfahrung großer Teile der Bevölkerung mit der Verwüstung des Öffentlichen durch die neoliberale Politik der letzten 40 Jahre. Misere im Bildungssystem, Pflegenotstand, Wuchermieten, Verzweifelte Suche nach einem Kitaplatz, Schlange stehen beim Bürgeramt, die Bahn kommt kaum noch pünktlich oder gar nicht, und und und ... Der Politik des privaten Reichtums und wachsender öffentlicher Armut setzen wir den Begriff des Infrastruktursozialismus entgegen. Wir unterstützen deshalb die gesellschaftlichen Kämpfe gegen den Pflegenotstand, für bezahlbare Wohnungen und Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne, für mehr Lehrer und ErzieherInnen, für eine funktionierende Bahn und einen ausgebauten ÖPNV und verbinden diese Kämpfe mit klaren Umverteilungsforderungen, also Einführung einer Vermögenssteuer, Krisengewinne abschöpfen, Mehrheit entlasten durch ein gerechteres Lohn- und Einkommensteuersystem.
 6. Wir müssen den Kampf um soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz mit Demokratisierung verbinden. Sozialismus heißt immer, Aneignung der Gesellschaft durch die Akteur:innen, durch die Lohnabhängigen und einer Mehrheit der Bevölkerung.
 7. Den Krieg müssen wir als Klassenfrage begreifen. Es war immer Ausdruck sozialistischer Arbeiterbewegungen, dass „Arbeiter nicht auf andere Arbeiter schießen“. Deswegen keine Verbindung mit staatlichen Akteuren und Herrschenden, sondern die Zusammenführungen der Lohnabhängigen im Krieg gegen den Krieg.

Sorgende Städte in Baden-Württemberg

Sabine Skubsch, Sprecherinnenforum der LAG Frauen der LINKEN Baden-Württemberg

Im kommunalen Eckpunktoprogramm 2024 der LINKEN Baden-Württemberg steht: „Wir wollen Sorgende Städte und Gemeinden in Ba-Wü“. Das Frauenplenum sprach sich dafür aus, das Konzept „Sorgende Städte“ zum feministischen Schwerpunkt im Kommunalwahlkampf 2024 zu machen.

„Sorgende Städte“ bedeutet kurz zusammengefasst zweierlei:

- Erstens: Ist es die Anerkennung dessen, dass Sorgearbeit ein fundamentaler Bestandteil jeder Volkswirtschaft ist.
- Zweitens geht es darum, wichtige Teile der Daseinsvorsorge

in die öffentliche Hand zurück zu holen bzw. zu vergesellschaften.

Zum ersten Punkt: Sorgearbeit ist systemrelevant. Marx hat sich bei seinen Untersuchungen vor allem mit der Produktion der Lebensmittel bzw. der Konsumgüter beschäftigt, aber er hat schon erkannt, dass es noch eine andere Produktion, nämlich die Produktion des Lebens (MEW 3, 29 f.), gibt.

Es gehört zu den Erkenntnissen des marxistischen Feminismus, dass es diese zwei Produktionen gibt, die Produktion des Lebens sowie die Produktion der Lebens- und Gebrauchsgüter. U.a. hat die feministische Soziologin Frigga Haug (die auch Mitglied der LINKEN ist) intensiv dazu geforscht.

Die Produktion des Lebens ist: Schwangerschaft, Geburt, Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege etc., also kurz gesagt, die Sorge um andere Menschen, ohne die wir Menschen nicht leben und nicht überleben können.

Nach dem Konzept „Sorgende Städte“ wird schon in Lateinamerika und Spanien gearbeitet. 2017 legte die linke Stadtregierung von Barcelona als Bestandteil ihres »rebellischen Regierens« ein »Maßnahmenpaket für eine Demokratisierung der Sorge in der Stadt Barcelona« vor. Dieses Maßnahmenpaket zielt darauf, „Sorgearbeit ins Zentrum einer kommunalen Wirtschaftspolitik zu stellen,



statt sie entweder als Privatangelegenheit oder lediglich als Aspekt einer paternalistischen und tendenziell passivierenden Sozialpolitik zu behandeln. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten entsprechend über Fragen der Unternehmens- und Arbeitsmarktpolitik hinausgehen, auf den gesamten (auch unentlohnten) Care-Sektor ausgeweitet werden und Ansätze einer solidarischen Ökonomie, der Selbstorganisation und von Genossenschaften“ (1) fördern.

Sorge um die Menschen ist also kein „Gedöns“, das „von Natur aus“ den Frauen zuzuordnen ist. Sorge um die Menschen ist kein Nebenaspekt des Lebens, der um die Lohnarbeit herum erledigt wird und ein bisschen von einer paternalistischen Familienpolitik unterstützt werden muss. Auf die Sorge anderer angewiesen zu sein, ist kein Ausnahmefall des Lebens. Es gehört zum Leben. Wir alle, selbst der ignoranteste Macho, waren als Säuglinge auf andere angewiesen und viele von uns werden es im Alter wieder sein. Das Konzept „Sorgende Städte“ geht von der Arbeit aus, die Menschen - beruflich oder in privaten Haushalten - in der Carearbeit leisten. Und es geht von den Bedürfnissen aus, die wir als Menschen (Kinder, Kranke, Pflegebedürftige) haben.

Zweitens geht es bei dem Konzept „Sorgende Städte“ darum, wichtige Teile der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand zurück zu holen. Denn nach Jahren zerstörerischer Privatisierungspolitik ist offensichtlich geworden, dass wir diese nicht länger dem Markt überlassen werden können. Es fehlen Plätze in Kitas und in der Altenpflege, die Krankenhäuser sind überlastet.

Das Konzept „Sorgende Städte“ setzt einen anderen Akzent als das Konzept „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Es geht um mehr, als die Sorgelöcher zu stopfen, damit die Mütter bzw. Eltern kleiner Kinder zur Lohnarbeit gehen können. Bisher orientieren sich die Öffnungszeiten der Kitas daran, dass die Eltern zur Arbeit gehen können. Sie liegen aber nicht so, dass die Mütter abends tanzen gehen können oder Zeit für Stadtteilarbeit haben. In privaten Haushalten wird ein Teil der Sorgearbeiten an Sorgekräfte aus Lateinamerika oder Osteuropa weiterdelegiert,

die hier unter prekären Verhältnissen arbeiten und deren Kinder dann wieder von anderen in der Carekette versorgt werden.

„Sorgende Städte“ ist kein fertiges Konzept. Es ist eine übergreifende Erzählung, in deren Rahmen wir konkrete Vorstellungen entwickeln können, wie wir das Leben in der Mittelpunkt stellen und nicht mehr akzeptieren, dass wir das Leben rund um die Lohnarbeit herum organisieren müssen. Praktisch heißt das u.a.:

- Wir wollen, dass wir eine wohnortnahe Sozialstruktur geschaffen wird. Das bedeutet z.B. flächendeckende Geburtshilfestationen, auch auf dem Land. Das bedeutet ebenso Pflegeeinrichtungen, die fußläufig erreichbar sind, damit der Enkel häufig den Opa oder die Tochter häufig die Mama besuchen können.
- In Barcelona wurde eine „Sorgekarte“ eingeführt, durch die die Menschen mit großer häuslicher Sorgeverantwortung einen bevorzugten Zugang zu kommunalen Sorge-Infrastrukturen und sozialen Angeboten erhalten.
- Wir brauchen Mitbestimmung in der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Care-Räte, in denen Betroffene, deren Angehörige, Beschäftigte und soziale Träger vertreten sind.
- Schließlich muss die Gesundheit und Pflege in die Hand von Kommunen oder sozialen Trägern und sie muss an den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach ökonomischen Gesichtspunkten organisiert werden

Das Konzept „Sorgende Städte“ hat auf dem Frauenplenum des Landesparteitags eine lebhafte Debatte ausgelöst. Es gab zahlreiche Wortmeldungen, die zeigten, wie wichtig es ist, dass die tägliche Arbeit bei der Produktion des Lebens gesehen, beachtet und umverteilt wird.

(1) Barbara Fried, Alex Wischniewski: Sorgende Städte. Vergesellschaftet die Care-Arbeit! <https://www.rosalux.de/news/id/46043>
Sandra Ezquerra und Christel Keller: Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit. Erfahrungen mit feministischen Care-Politiken auf kommunaler Ebene in Barcelona https://www.rosalux.de/fileadmin/user_upload/pdf/Barcelona_Onl-Studie_Sorgearbeit_FINAL_dt.pdf

Kriterien für Kandidaturen

Mehr Linke Politik im Land und in den Kommunen

„Unser Ziel: LINKE-Präsenz in den Kreistagen und möglichst vielen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs“

DIE LINKE Baden-Württemberg nimmt an den Kommunalwahlen teil und stellt in möglichst vielen Kommunen und Landkreisen Kandidatinnen und Kandidaten auf. Der Landesverband unterstützt solche Wahlantritte der Partei DIE LINKE oder linker Bündniskandidaturen, die in den Kreismitgliederversammlungen der Partei beschlossen sind. Wer auf offenen Listen der Partei DIE LINKE oder auf linken Bündnislisten kandidiert, muss nicht zwingend Mitglied in unserer Partei sein. Wir werben gezielt auch parteilose Menschen, die in unseren Bündnispektrern aktiv sind.

Für die Werbung, Auswahl und Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten gelten folgende Kriterien:

- 1.) Wir setzen die Bereitschaft voraus, zentrale linke Programmaussagen kommunalpolitisch zu vertreten und in Kommunalparlamenten umzusetzen sowie sich an dem vor Ort beschlossenen Wahlprogramm und den kommunalpolitischen Eckpunkten zu orientieren.
- 2.) Wer auf einer Wahlliste der LINKEN ein Mandat erworben hat und aus der Partei austritt oder das Mandat nicht mehr für die gewählte Liste und deren Programm ausübt, verpflichtet sich zur Mandatsrückgabe.
- 3.) Erwartet wird die Bereitschaft, öffentlich aufzutreten und den Wahlantritt im Wahlkampf aktiv zu unterstützen.
- 4.) Erwartet wird ein beruflicher und privater Werdegang, der den Grundsätzen der Partei nicht widerspricht.
- 5.) Erwartet wird die Bereitschaft mit außerparlamentarischen Initiativen vor Ort und mit sozialen Verbänden zusammenzuarbeiten. Erfahrungen sind gut zum Beispiel in sozialen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen, feministischen, ökologischen, internationalistischen, antimilitaristischen oder kulturellen Zusammenhängen.
- 6.) Positive Haltung zum linkspluralen Charakter der Partei. Bereitschaft zur Kommunikation mit dem jeweiligen Kreisverband und im linken Umfeld. Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg.
- 7.) Befürwortung der Geschlechterdemokratie und der Quotierung auf den Wahllisten zur Kommunalwahl. Reisverschlussverfahren, soweit das möglich ist.
- 8.) Bereitschaft zur Zahlung einer monatlichen Mandatsträgerspende. Erwartet werden mindestens 20 Prozent der Bezüge. Auf soziale Problemlagen wird Rücksicht genommen. Die Kreisverbände schließen mit den Kandidierenden Vereinbarungen ab und weisen auf die steuerliche Absetzbarkeit dieser Spenden hin.
- 9.) Fraktionsbildungen oder Zählgemeinschaften mit anderen demokratischen Gruppierungen und Parteien in kommunalen Parlamenten, sind möglich. Der zuständige Kreisvorstand ist darüber zu konsultieren.
- 10.) Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit solchen Gruppierungen ab, die nationalistische, ausländischerfeindliche und rassistische Positionen vertreten.

Beschluss des Landesvorstandes November 2023

Unsere Zukunft beginnt jetzt:

Die LINKE als Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz stärken!

Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Oktober 2023

Die Demokratie rutscht in die Krise. Viele Menschen kommen immer schlechter über die Runden, die soziale Ungleichheit wächst, während die Unternehmensgewinne durch die Decke gehen. Die Klimakatastrophe spitzt sich zu, aber die Ampel-Regierung scheut den Konflikt mit Lobbyisten und Konzernen. Stattdessen gibt die Ampel dem rechten Kulturkampf immer weiter nach und legt einen Kürzungshaushalt vor. Nur für Krieg und Aufrüstung soll es mehr Geld geben.

In dieser kritischen Situation übernehmen wir die Verantwortung, die uns als demokratisch-sozialistischer Partei zukommt. Die LINKE verbindet viele unterschiedliche Traditionen und Erfahrungen. Wir stellen die Eigentumsfrage und kämpfen für soziale Gerechtigkeit. Wir stellen die Profitorientierung in Frage und stellen den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Wirtschaft. Wir wollen die Unternehmen der Daseinsversorgung in Gemeineigentum mit demokratischer Kontrolle überführen. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrem Kampf um gute Löhne und gute Arbeit. Wir wollen Armut abschaffen. Wir zeigen klare Kante gegen rechts und verteidigen Demokratie und Menschenrechte – für alle und überall. Wir setzen uns ein für Abrüstung und Frieden statt für Rüstungsexporte und eine neue Blockkonfrontation.

Die Zielsetzung unseres Erfurter Programms gilt weiter: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus. [...] Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus und Militarismus. Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.“

Wir sind politischen Angriffen ausgesetzt. Vom politischen Gegner: Die Ampel, die das Wahlrecht verändert, um uns zu schaden, und von den Rechten ohnehin. Das kennen wir aus unserer Geschichte und der langen Geschichte der sozialistischen Bewegung. Dagegen gilt es solidarisch zusammenzustehen.

In dieser Situation haben heute mehrere Bundestagsabgeordnete um Sahra Wagenknecht ihren Austritt aus der LINKEN erklärt und die Gründung einer eigenen Partei angekündigt. Ihr Vorgehen ist ein Angriff auf die einzige im Parlament vertretene linke Partei in diesem Land. Er zielt auch auf die gesellschaftliche Linke als Ganzes. Mit den auf der Grundlage des linken Programmes und durch den Wahlkampf unserer Mitglieder erworbenen Mandaten und Ressourcen darf keine konkurrierende Partei aufgebaut werden.

Gleichzeitig endet heute eine jahrelange Hängepartie, in der eine kleine Gruppe von Mandatsträgern systematisch demokratische Beschlüsse unserer Partei missachtet und versucht hat, ihr einen anderen Weg aufzuzwingen. Die Äußerungen auf der heutigen Pressekonferenz zeigen wohin die Reise politisch geht: An vielen Punkten hat sie den linken Grundkonsens verlassen. Die Betonung von konservativen Werten, die Orientierung an der ordoliberalen Wirtschaftspolitik, die Offenheit für Unternehmensspenden, die Verschiebung des jetzt

nötigen Klimaschutzes und Umbaus in eine ferne Zukunft, die Forderung, Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber komplett zu streichen, nach Grenzkontrollen und Abschottung – all das ist unvereinbar mit dem Erfurter Programm der LINKEN.

Wir halten es für gefährlich in Zeiten des Rechtsrucks in den Chor derer einzusteigen, die Geflüchtete und Migration zum Problem erklären, statt der ungerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Wir bedauern, dass sich Mitglieder – insbesondere jene aus der Gründungszeit der LINKEN – aus der Partei zurückgezogen haben. Wir müssen uns selbstkritisch hinterfragen, wie wir tief liegende Probleme der LINKEN angehen. Dazu haben wir jetzt eine echte Chance. In diesem Sinne appellieren wir an jene Mitglieder, die gerade mit sich ringen, ob sie in der Partei bleiben oder sich zurückziehen: bleibt in der LINKEN und lasst uns unsere Partei solidarisch weiterentwickeln.

Mit dem heute bekannt gewordenen Parteiaustritt einiger Abgeordneter und Mitglieder ist die Zeit der destruktiven Selbstbefassung unserer Partei, die uns von diesen aufgezwungen wurde, um uns und unsere Politik schlecht zu reden, beendet. Mit dem heutigen Tag steht unser Einsatz für ein Leben in Menschenwürde als wichtigste unserer Aufgaben im Vordergrund – denn DIE LINKE hat jetzt eine große Verantwortung.

Deswegen verteidigen wir sie, deswegen wollen wir sie stärken. Wir werden aus dieser Krise eine Chance machen, damit wir die starke linke Opposition sein können, die diese Regierung verdient. Das sind wir den abhängig Beschäftigten, den vielen Menschen ohne mächtige Lobby und viel Geld schuldig.

Wir halten fest:

1. Die Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE und die gleichzeitige Mitgliedschaft in einem Verein, der dem Aufbau einer anderen Partei dient, schließen sich politisch aus. Wir sind uns einig, dass sich die Mitarbeit in einer Fraktion und der gleichzeitige Aufbau eines Gegenprojektes verbieten. Mit dem heutigen Tag steht fest, dass wir politisch getrennte Wege gehen. Wir werden alle weiteren Schritte unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten der Linksfraktion im Bundestag in Absprache mit der Linksfraktion einleiten.
2. Wir fordern alle Abgeordneten, die sich an „BSW“ beteiligen auf, ihre durch DIE LINKE errungenen Mandate niederzulegen. Sie zu behalten wäre ein unmoralischer „Diebstahl“. Die Mandate verdanken sie der LINKEN und dem Wahlkampf ihrer Tausenden Mitglieder. Damit würden auch die Fraktion und die damit verbundenen Arbeitsplätze der Beschäftigten gesichert. Das ist ein Gebot des Anstandes. Ausstehende Mandatsträgerbeiträge werden wir einklagen.
3. Wir haben Wichtiges zu tun. Wir machen uns gemeinsam mit Bündnispartnern, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bewegungen stark gegen die rechte Symbolpolitik und den Kürzungs- und Aufrüstungskurs der Bundesregierung.
4. Unser Comeback beginnt heute. Mit aller Kraft kämpfen wir für eine erfolgreiche LINKE bei der Europawahl. Gemeinsam arbeiten wir für ein gutes Ergebnis unserer Partei bei den Kommunalwahlen in neun Bundesländern. Wir unterstützen DIE LINKE. Thüringen und unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow sowie DIE LINKE in Brandenburg und Sachsen bei den Landtagswahlen, die nicht nur für uns von überregionaler Bedeutung sein werden. Das ist der Grundstein für einen erfolgreichen Antritt der LINKEN bei der Bundestagswahl 2025.

„Gleichzeitig endet heute eine jahrelange Hängepartie, in der eine kleine Gruppe von Mandatsträgern systematisch demokratische Beschlüsse unserer Partei missachtet und versucht hat, ihr einen anderen Weg aufzuzwingen.“

5. Wir laden ein: Wir starten eine Mitgliederoffensive, erneuern uns und schärfen unser Profil. Wir laden alle Menschen, die eine soziale Alternative zum Rechtsruck und der verheerenden Politik der Ampel wollen, ein, jetzt bei uns mitzumachen. Mit unserem Plan 25 machen wir die Partei

attraktiv für neue Mitglieder und erfolgreich in den gesellschaftlichen Kämpfen.

Beschluss des Parteivorstandes, unterstützt vom Präsidium des Bundesausschusses und von allen Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE

Landesausschuss informiert:

vom Präsidium Landesausschuss

In Offenburg tagte der Landesausschuss zur Europawahlkampagne, zu Kandidaturen für die Europawahl, Kommunalwahl und Landesvorstand

Der Landesausschuss traf sich am 16. September 2023 im „Kasino“ in Offenburg. Anwesend waren 31 stimmberechtigte Delegierte, die 17 Kreisverbände vertreten haben. 7 Delegierte kamen von den LAG's, 4 vom Landesvorstand und 1 Linksjugend [‘solid].

Amelie Vollmer, Sprecherin des Kreisverbands Offenburg, begrüßte die Anwesenden. Der KV Offenburg kämpft in den letzten Jahren gegen Klinikschließungen, für einen besseren ÖPNV im Landkreis und eine sozial-ökologische Verkehrswende sowie für bezahlbare Mieten.

Landessprecher Elwis Capece berichtete aus der Arbeit des Landesvorstands und zog eine verheerende Bilanz der grün-schwarzen Landesregierung: Er kritisierte die schlechte Bildungspolitik und das Tausende Lehrkräfte und Erzieher:innen in den Kitas fehlten. Er rief zur Beteiligung an den Bildungsprotesten auf, die von einem breiten Bündnis rund um die GEW auch mit Unterstützung der LINKEN organisiert werden. Bei der sozial-ökologische Verkehrswende sind ebenfalls keine Fortschritte seitens der Landesregierung festzustellen. Vielmehr komme diese besonders beim Umbau der Automobilindustrie nicht voran und zig tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Und von einer stündlichen Erreichbarkeit jedes Ortes in Baden-Württemberg kann keine Rede sein. Elwis stellte weiter fest, dass die Landesregierung Stillschweigen bewahrt im Kampf gegen Rechts und dabei besonders gegen die AfD.

Gökay Akbulut berichtete aus der Landesgruppe im Bundestag: Die Linksfraktion hat sich im Bundestag gegen Lindners Kürzungsprogramm beim „Bundeshaushalt des Grauens“ stark gemacht: Beim Kampf gegen Kinderarmut wird massiv Geld gespart, dagegen kostet das Wachstumschancengesetz den Staat 7 Milliarden Euro. Die AfD erstickt und die Gelder für politische Bildung werden gekürzt. Es gibt keine Reform der Vermögenssteuer und keine Übergewinnsteuer – wie in anderen europäischen Staaten.. DIE LINKE unterstützt den Aufruf „Bildungswende jetzt!“ und fordert für ein gerechtes, inklusives und zukunftsfähiges Bildungssystem 100 Milliarden Sondervermögen. Das wäre eine Investition in die Zukunft, gegen Kinderarmut und für Chancengleichheit und steht im direkten Gegensatz zu den immer weiter steigenden Militärausgaben. Gökay erläuterte, dass die gerade beschlossenen asylrechtlichen Verschärfungen mehr Beratungsstellen und Unterstützung für die Betroffenen erfordern.

Erhalten wir gemeinsam „Die LINKE.“

sie wird als Partei des Friedens gebraucht, - in diesen Zeiten notwendiger denn je.

Von Reiner Hofmann, Kommunistische Plattform (KPF)

Die Grundlagen der KPF sind neben dem Parteiprogramm, die „Mitteilungen“ (<https://kpf.die-linke.de/mitteilungen>) und die auf der Website der Partei abrufbaren Erklärungen der KPF, der Friedensteil des Entwurfs des Europawahlprogramms vom 01.06.2023, sowie ein Artikel von Heinz Bierbaum & Michael Brie aus dem ND (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1173708.linksparterie-zukunft-der-linksparterie-die-klassenfrage-ist-das-modernste.html?action=print>) vom 01.06.2023 unter dem Titel: „Zukunft der Linkspartei - Die Klassenfrage ist das Modernste“.

Die Frage Krieg und Frieden erfordert eine gründliche Be-

Bernd Riexinger setzt sich im Verkehrsausschuss für die sozial-ökologische Verkehrswende ein und fordert den massiven Ausbau des ÖPNV. Bernd arbeitet sehr engagiert an der Gestaltung der Kampagne „Umsteuern – Holen wir uns den Reichtum zurück“ mit und treibt die Umsetzung voran.

Es folgte eine lebhafte Debatte, in der auf die vielen Möglichkeiten linker Politik verwiesen wurde: Kampagne Umsteuern, Bildungskampagne, Tarifkämpfe, Klimabewegung, Kampf gegen Rassismus und für gleichberechtigte Teilhabe, gegen Krieg und Waffenlieferungen.

Die Landesgeschäftsführerin Claudia Haydt berichtete über den Stand der Vorbereitungen für die Kommunalwahl. Die kommunalpolitischen Eckpunkte sind vom Landesvorstand unter großer Beteiligung der Mitglieder ausgearbeitet und liegen als Antrag beim Landesparteitag vor.

Es wird noch eine Handreichung für die Aufstellungsversammlungen für die Kreisverbände erarbeitet. In den Regionalbüros sind Unterstützungsteams für die Kreisverbände eingerichtet worden. In Karlsruhe wurde schon die neue Kommunalliste aufgestellt. Auf die vorderen 5 Plätzen sind Frauen gewählt wurden. Die Liste ist mit Gewerkschafter:innen, Menschen aus sozialen, antifaschistischen Bewegungen und aus der Klimabewegung breit aufgestellt.

Für die Europawahlen verwies Claudia auf die gesonderte Wahl der Vertreter:innen auf den Regionalkonferenzen hin. Der Entwurf des Europawahlprogramms liegt vor, er wird auf dem Europaparteitag in Augsburg beraten. Der Parteivorstand hat einen spannenden Vorschlag für die ersten vier Plätze gemacht, womit DIE LINKE hervorragend in den Europawahlkampf ziehen kann. Für die Europaliste kandidieren aus dem Landesverband Baden-Württemberg: Isabel Belser, Tanja Hilton, Reinhard Neudörfer, Alexander Kauz (Platz 8) und Michael Schwarze. Die ersten vier werden vom Landesvorstand unterstützt. Der Landesausschuss erklärte auch seine Unterstützung.

Elwis Capece berichtete über die Antragslage zum Landesparteitag im Oktober. Die Anträge können auf der Homepage des Landesverbandes eingesehen werden.

Auf dem Landesparteitag wird der Landesvorstand neu gewählt. Kandidaturen für den geschäftsführenden Vorstand haben angemeldet: Sahra Mirow und Elwis Capece als Landesprecher:innen sowie Kathleen Kamprath als Landeschatzmeisterin. Als Stellvertreter:innen kandidieren: Aynur Karlikli, Luigi Pantisanao, Michel Brandt.

Der Landesausschuss dankte allen bisherigen Mitgliedern des Landesvorstands.

schäftigung mit den internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Darauf aufbauend kann eine Beurteilung der Handlungen der jeweils beteiligten Länder erfolgen. Was nutzt wem? sollte nicht vergessen werden! Nur dann ist eine Einschätzung des deutschen Kapitalismus im internationalen und europäischen Geschehen möglich. Hilfsmittel dazu sind die Werke von Marx/Engel und Lenin, aber auch von Luxemburg, Liebknecht und unsere eigenen Veröffentlichungen bzw. die Kurse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Beschäftigung damit ist am besten gemeinsam möglich. Im Juni 2024 sind Wahlen zum Europaparlament und in Baden-Württemberg zusätzlich Kommunalwahlen. Wichtig ist dabei die Betonung der sozialen Frage und des Gegensatzes, dass Geld für die Rüstung da ist, für die Kommunen aber nicht!

Karlsruhe: Veränderung beginnt vor Ort

Am 10. September wurde in Karlsruhe die Kommunalwahlliste beschlossen. Mit fünf weiblich gelesenen Personen auf den ersten Plätzen wird die Liste feministisch und kämpferisch angeführt: Franziska Buresch, Christina Zacharias, Anne Berghoff, Tanja Kaufmann und Serena Schmidt stellen sich mit 43 weiteren Kandidierenden u.a. aus den Gewerkschaften, der Klimapolitik und sozialen Bewegungen zur Wahl und senden ein deutliches Signal der Aufbruchstimmung, das sich auch auf Bundesebene beobachten lässt, denn es braucht jetzt dringender denn je eine starke LINKE auf allen Ebenen!

2023 war global gesehen der mit Abstand heißeste Sommer seit Beginn der Aufzeichnung, unser Klima implodiert schneller, als wir mit den extremen Wetterereignissen fertig werden können. Auch kommunal, jagen wir von einer Krise zur nächsten und der Masterplan der Ampel ist alles andere als revolutionär: Sparen, sparen, sparen. Denn wer es angesichts von Kinderarmut, unterfinanzierten Kommunen, maroden Schienen, Personalnot in Kitas und Schulen, verarmten Studierenden, zu niedrigen Bürgergeldsätzen und allgemein des zu langsamen Umbaus der gesellschaftlichen Umstände trotz des Klimawandels noch nicht mitbekommen hat: „Die Zeit der Wünsche“ ist laut Christian Lindner vorbei.

Diese Kürzungspolitik trifft auch den Kampf gegen rechts, was einfach nur unbegreiflich erscheint: Die Zahl der rassistisch, antisemitisch und queerfeindlich motivierten Gewalttaten nimmt deutlich zu, gleiches gilt für Antifeminismus und Ableismus. Die Ergebnisse der Mitte-Studie zeigen, dass der Mythos einer angeblichen bürgerlichen Mitte nichts weiter ist als genau das: ein Mythos. Das Schönreden des Titels, die Postulierung einer „distanzierten Mitte“, steht dabei stellvertretend für den Diskurs in Deutschland: die Gefahr von rechts, von Parteien wie der AfD, wird weiterhin verharmlost, während die Zahl derjenigen, die ungeniert von „wertvollem und unwertem Leben“ sprechen, zunimmt. Deutschland stürzt von einer Krise in die nächste und die Auffangnetze für Bürger:innen sind so löchrig wie eine angebliche Brandmauer nach rechts.

Kopf in den Sand oder Sand ins Getriebe?
Der Kampf gegen so viele, sich zuspitzende Krisen gleichzeitig scheint manchmal dem Kampf gegen Windmühlen zu gleichen. Deshalb gerade jetzt eine starke LINKE. Eine LINKE, die ungemütlich ist, die auf den Tisch haut, die weder auf Bundes-, Landes- noch auf

kommunaler Ebene auf Kuschelkurs geht. Eine LINKE, die nicht einfach nur von einer utopischen Gesellschaft redet, sondern tagtäglich dafür kämpft, sie Realität werden zu lassen. Die keine Stellvertreter:innenpolitik macht, sondern die Inhalte der Klimabewegung, von feministischen, antirassistischen, antifaschistischen und queeren Bewegungen,

In vielen Kommunen erzielten wir Erfolge gegen unsoziale Preiserhöhungen, insbesondere gegen die Erhöhung der Mieten. Wir beschreiten unsere Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen genauso wie unserer Widerstand gegen

„Der Kampf gegen so viele, sich zuspitzende Krisen gleichzeitig scheint manchmal dem Kampf gegen Windmühlen zu gleichen. Deshalb gerade jetzt eine starke LINKE. Eine LINKE, die ungemütlich ist, die auf den Tisch haut, die weder auf Bundes-, Landes- noch auf kommunaler Ebene auf Kuschelkurs geht.“

von Gewerkschaften und Sozialverbänden in ihren eigenen Reihen widerspiegelt, denn nur so können wir als echte Verbündete wahrgenommen werden und nachhaltig eine bessere Gesellschaft erkämpfen. Lasst uns diese LINKE sein.



Franziska Buresch



Christina Zacharias



Anne Berghoff



Tanja Kaufmann



Serena Schmidt



nalpolitik

ge. Privatisierungen wurden verhindert, e im Verkehrsbereich genauso. Gleichzeitig den nächsten Kommunalwahlen voran, n die bundesweiten Haushaltskürzungen

Die Fraktion DIE LINKE im Gemeinderat Karlsruhe kritisiert die im Rahmen der sogenannten Haushaltssicherung vorgeschlagenen Kürzungsmaßnahmen der Stadt Karlsruhe, die auch im Gemeinderat am 27. Juni besprochen werden sollen. Einige der geplanten Einsparungen, insbesondere die Kürzungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Klimaschutz stehen aus Sicht der Fraktion im Widerspruch zu zahlreichen Beschlüssen und eigentlichen Zielsetzungen des Gemeinderats.

So erklärt Stadtrat Lukas Bimmerle: „Dass die Stadtverwaltung nun Erhöhungen der Kita-Gebühren und Rasenmäher-Kürzungen bei Kulturinstitutionen statt notwendiger Zuschusserhöhungen plant, akzeptieren wir nicht. Auch die vorgesehenen Reduzierungen der Gelder für Klimaschutz halten wir für politisch desaströs. Anstatt den Weg zu einer sozialen und klimafreundlichen Stadt fortzusetzen, wird nun der Rückwärtsgang eingelegt. Fragwürdig sind diese Vorschläge, wenn wir sehen, dass Millionen Euro für ein Vorzeigeprojekt wie beispielsweise den Umbau und die teure Neupflasterung der Kaiserstraße ausgegeben werden, aber nun fundamentale soziale und kulturelle Leistungen infrage gestellt werden.“

Karlsruher Sparhaushalt auf dem falschen Weg

Nicht hinnehmbar ist für uns, dass die massive Sparrunde wichtige Investitionen in die städtische Infrastruktur und den Ausbau in die Verkehrswende beinahe stilllegt. Neue Fahrrad-

„Nicht hinnehmbar ist für uns, dass die massive Sparrunde wichtige Investitionen in die städtische Infrastruktur und den Ausbau in die Verkehrswende beinahe stilllegt.“

wege werden halbherzig und in schleppendem Tempo gebaut. Neue Straßenbahnstrecken, die notwendig sind, um höhere Nutzer*innenzahlen im öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen, entfallen völlig. Sparen könnten wir hingegen sehr gut beim weiteren Ausbau von Autostraßen.“

Spielraum für einen weiteren Ausbau sozialer und klimafreundlicher Stadtpolitik sieht die LINKE-Fraktion nur, wenn Mittel im Haushalt massiv umgeschichtet werden. Wir wenden uns gegen die vorgelegten Kürzungen mit dem Rasenmäher quer durch alle Ressorts und fordern klare Prioritäten im Haushalt - für eine soziale und ökologische, für eine solidarische Stadt Karlsruhe.

Lukas Bimmerle, Mathilde Göttel und Karin Binder

Müllabfuhr in Tübingen bleibt öffentlich

Auf Initiative der Linken im Gemeinderat und mit breiter Unterstützung der Gewerkschaften und aus der Bevölkerung wurde die Privatisierung der städtischen Müllabfuhr in Tübingen verhindert.

Beschlossen wurde mit 22 Ja-Stimmen bei 14 Gegen-Stimmen folgender interfraktionelle Antrag (eingereicht von SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke und FRAKTION). Gegen den Beschluss stimmten lediglich AL-Grüne und FDP. „Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis über die Sammlung und den Abtransport von Abfällen wird bis auf weiteres nicht gekündigt. Die KST wird beauftragt, das erforderliche Personal bereitzustellen und die notwendige Infrastruktur herzustellen. Hierbei ist auf Kosteneffizienz zu achten, um das Defizit gering zu halten.“

KST und Stadtverwaltung verhandeln mit dem Landkreis über die Möglichkeit einer längerfristig tragfähigen Zusammenarbeit bei auskömmlicherer Kostendeckung. Die Stadt holt ein unabhängiges Rechtsgutachten dazu ein.



LINKE lehnt Kindergartenbeitragsenerhöhung ab

Im Weinsberger Gemeinderat wurden die Kindergartenbeiträge wie in jedem Jahr erhöht. Wie in jedem Jahr lehnt DIE LINKE im Weinsberger Gemeinderat die Erhöhung ab. Juliana Frisch: „Frühkindliche Bildung sollte wie jede Bildung frei von Gebühren sein. Alle Kinder sollten entsprechend betreut werden können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.“ Bildung ist Landesaufgabe, so sollte eben auch die Gebührenfreiheit vom Land finanziert werden. Das passiert nicht, deshalb wollen DIE LINKEN eine soziale Staffelung nach dem Einkommen der Eltern. „800 Euro pro Monat für ein Kind im U3 und eins in der Ü3 Tagesbetreuung kann sich eben nicht jede/r leisten.“ so Frisch aus eigener Erfahrung weiter.

Gerade in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung ist ein guter Start in die Förderung unserer Kinder wichtig, Sprachförderung inklusive. Dazu braucht es auch genügend ausgebildetes Personal und gute Qualität, eine gesellschaftliche Großaufgabe. Wir wollen aber in Weinsberg mit kleinen Schritten starten.

Parking Day meets Sommerfest

Franziska Bursch und Christina Zacharias

Der 15. September war für die Linke Karlsruhe ein Großkampftag.

Der bundesweite Klimastreik fiel auf einen Tag mit dem Parking Day - dem Aktionstag, an dem Parkplätze im öffentlichen Raum kurzzeitig umgewidmet werden. Der Parking Day ent-



stand im Jahr 2005 und findet seit dem jährlich statt, denn in Deutschland gibt es rund 160 Mio. Parkplätze für circa 45,5 Mio. Pkw – das sind etwa 3,5 Parkplätze pro Pkw, was eine unglaubliche Verschwendung nutzbarer Fläche bedeutet. Für uns als Kreisverband war klar, wir wollen über den sozial-ökologischen Umbau der Stadt nicht nur reden, sondern ihn spürbar machen - deshalb wollten wir den Parking Day dazu nutzen, unsere Ideen für eine modere, solidarische und nachhaltige Stadt direkt in die Tat umzusetzen.

Doch unser Aktiventreffen wollte den dadurch entstehenden Raum außerdem nutzen, um endlich wieder ein Sommerfest auszurichten, sodass wir unter dem Motto „Bowler statt Kohle“ zum Parking Day meets Sommerfest einladen durften. Kurzerhand wurden die Parkplätze vor dem Büro in ein externes Wohnzimmer umgebaut, Gäste wie unsere Abgeordnete aus Mannheim, Gökay Akbulut, eingeladen und eine Fritteuse organisiert.

Während des Parking Days frittierten und servierten wir unseren Mitgliedern, Besucher:innen und Passant:innen ganze zehn Kilo Pommes Frites. Wir kamen mit alten Freund:innen und neuen Interessierten ins Gespräch, nutzten die Fläche, um auf Sofas den Sonnenuntergang zu genießen, kurdische Tänze zu tanzen, Kinder sicher spielen zu lassen und uns über politische Themen auszutauschen. Für uns war der Parking Day meets Sommerfest ein voller Erfolg, der zeigt, wie sinnvoll wir die Flächen der Städte nutzen können, wenn wir beginnen, unsere Räume selber zu gestalten. Verwandeln wir also unsere Utopien in die Praxis - dann scheint die Sonne ohn Unterlass!

In vielen Kommunen erzielten wir Erfolge bei der Bekämpfung von unsozialen Preiserhöhungen, insbesondere bei den Energiepreisen. Wir beschreiten unsere Vorbereitungen zu den nächsten Schritten genauso wie unserer Widerstand gegen die Klimakiller-Subventionen.

Diskussion zu Sozialticket und Deutschlandticket

Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. (Kompof)

Bei den zweimonatlichen Online-Treffen des Kompof werden die verschiedenen Erfahrungen aus den Kommunalparlamenten ausgetauscht. Dabei ist das Wichtige neben den Informationen zu Sachthemen auch die Anregungen aus den anderen Ecken Baden-Württembergs, um eigene Anträge oder Anfragen zu stellen. Beim letzten Austausch wurde das Thema Sozialticket und die Verknüpfungen zum Deutschlandticket besprochen. Der Vorteil dieser Verknüpfung ist, dass für die BezieherInnen bundesweite Mobilität möglich wird.

Inputs gab es aus Mannheim von Dennis Ulas und aus dem Landkreis Heilbronn von Florian Vollert. In Mannheim ist es gelungen das Deutschlandticket als Sozialticket für 30,50 Euro an BezieherInnen von SGB II und XII und AsylbLG einzuführen. In Heilbronn kostet das bisherige Sozialticket 20 Euro, eine Übertragung des bisherigen Verbundticket auf das Deutschlandticket ist in Arbeit und scheint so eingeführt zu werden.

Besonders erfolgreich war dazu der Kampf ums Sozialticket in Heidelberg, wie Bernd Zieger berichtete. Dort kostet das Ticket 9 Euro für den Monat. Andere KommunalpolitikerInnen berichteten aber, dass es bei ihnen kein Sozialticket gibt. Sie wollen die Erfahrungen der anderen für Anträge in ihren Gremien nutzen.

Unsere Forderungen des Abends waren.

- Jobticket für Beschäftigte der Städte und Landkreise für 9 Euro (Grundlage ist das Deutschlandticket)
- Sozialtickets für 19 Euro pro Monat auch auf Grundlage des Deutschlandtickets.

Natürlich nur dort, wo es nicht schon bessere Angebote gibt. Beim Oktober-Austausch werden wir Haushaltsanträge von links besprechen. Im November gibt es das Thema Altenpflege in den Kommunen als Input für unsere Jahreshauptversammlung.

49-Euro-Ticket retten!

**Klimakiller-Subventionen streichen
ÖPNV und Personal ausbauen!
Preis halten beim Deutschlandticket**

DIE LINKE.

lge. Privatisierungen wurden verhindert, e im Verkehrsbereich genauso. Gleichzeitig den nächsten Kommunalwahlen voran, n die bundesweiten Haushaltskürzungen

Sozial-ökologische Verkehrswende: Preiserhöhung das falsche Signal

Frederico Elwing, Linke-Stadtrat und TüBus-Aufsichtsrat

„Die Tarifierhöhung von 11,5% ist ein völlig falsches Signal, dass der

ÖPNV massiv teurer wird und schadet damit der dringend notwendigen sozial-ökologischen Verkehrswende,“ kritisiert Frederico Elwing, der auch Aufsichtsrat der TüBus GmbH ist.

„Die Tarifierhöhung belastet Gelegenheitsfahrgäste, also zum Beispiel Menschen, für die das Deutschlandticket für 34 Euro zu teuer ist. Die Vierer-Karten für Menschen mit Kreis-BonusCard (KBC) sind auch von der Tarifierhöhung betroffen.“

Für diese gäbe es eigentlich eine preiswerte Alternative: Das Deutschland-Ticket zum Preis von 15 Euro im Monat, wie es im Frühjahr 2023 im Gemeinderat beschlossen wurde. Auf Initiative der Linken gemeinsam mit SPD und Die Fraktion war das Deutschlandticket für Menschen mit KBC zum bisherigen Preis einer KBC-Monatskarte im Stadtverkehr beschlossen worden. DIE LINKE Tübingen kritisiert, dass der Haushaltsbeschluss bisher nicht umgesetzt wurde, während es jetzt bei den regulären Tickets sogar noch Preiserhöhungen gibt.

Gerlinde Strasdeit, Linke-Kreissprecherin und Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat kritisiert: „Wir können nicht nachvollziehen, warum die Verwaltungsspitze die Umsetzung des Haushaltsbeschlusses beim 15 €Ticket weiter verzögert. Wir haben in der Gemeinderatssitzung am 24. Juli öffentlich nachgefragt, wann das reduzierte Deutschlandticket endlich kommt. OB Palmer verwies auf die nichtöffentliche TüBus-Aufsichtsratssitzung am 17. Oktober. Das würde bedeuten, dass eine Umsetzung in Richtung Jahresende oder gar

Sozialticket bleibt in Heidelberg günstig!

Bernd Zieger, Stadtrat in Heidelberg

Seit 2007 haben wir als DIE LINKE in Heidelberg für ein Sozialticket im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gekämpft. Im Jahre 2014 wurde erstmals ein Sozialticket für Menschen mit Heidelberg-Pass eingeführt. Es gelang uns mehrmals, eine Verbilligung des Sozialtickets durchzusetzen. Bis August 2022 kosteten die Zeitkarten in drei Varianten zwischen 20 und 30 EUR im Monat. Die Stadt zahlt dabei jeweils die Differenz zum Normalpreis an den Verkehrsverbund. Seit wir als DIE LINKE im Gemeinderat vertreten sind, setzen wir uns für die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV's ein. Schon 2015 forderten wir hierfür die Erstellung eines Konzeptes. Im Jahr 2022 befürwortete auch der OB Würzner die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV.

Seit September 2022 gibt es in Heidelberg Monatskarten für Menschen mit Heidelberg-Pass und Kinder und Jugendliche bis 21 Jahren für 3 EUR. Das 3-EUR-Ticket in Heidelberg hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. Über 5.000 Menschen mit Heidelberg-Pass und fast 10.000 Jugendliche unter 21 nutzen diese Monatskarte. Damit hat sich die Nutzerzahl dieser Zeitkarten mehr als verdoppelt. Sehr gut ist auch, dass das 3-EUR-Ticket im Mai 2023 unbürokratisch in das Deutschland-Ticket umgewandelt wurde.

Leider entstand zuletzt der Eindruck, dass einige Fraktionen und Gruppierungen im Gemeinderat nie wirklich das Projekt des 3-EUR-Tickets unterstützen und dieses nur aus Opportunismus zur Zeit des OB-Wahlkampfes in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 befürwortet haben. Im Gespräch war eine Preiser-

auf nächstes Jahr verschoben wird. Deshalb fragen wir öffentlich: Wo liegt das Problem? Wieso die Geheimniskrämerei? Die Inhaber:innen einer KreisBonusCard verfügen in der Regel genau wie alle anderen Menschen über ein Konto und in den meisten Fällen auch über ein Smartphone. Der Nachweis der KreisBonusCard könnte genauso wie der Nachweis des Wohnsitzes beim Deutschlandticket für Tübingen gehandhabt werden.“

Fabian Everding, Linke-Kreissprecher kritisiert: „Wir Linke werden immer wieder von Betroffenen angesprochen, wann denn nun das reduzierte KBC-Deutschlandticket kommt, das der Gemeinderat im März beschlossen hat. Es ist traurig, dass ausgerechnet arme Menschen, für die 34 Euro im Monat viel Geld sind, bisher nicht vom Deutschlandticket profitieren können. Gerade in den Sommerferien wäre das eine Entlastung für viele mit geringem Einkommen und Familien gewesen! Leisbare Mobilität bedeutet soziale Teilhabe, deshalb setzen wir uns schon lange dafür ein, dass öffentlicher Nahverkehr für alle bezahlbar wird. Dass es monatelang keinen Termin für das 15 Euro-Ticket gibt, führt zu Unverständnis bei Beratungsstellen und sozialen Hilfen in Tübingen, bei denen Betroffene immer wieder erfolglos nachfragen.“

höhung der Monatskarte für Kinder und Jugendliche auf 19 EUR. Die FDP stellte sogar den Antrag, alle Vergünstigungen komplett abzuschaffen. Wir als LINKE wollten das 3-EUR-Ticket erhalten. Bei den Gesprächen zum Doppelhaushalt 2023 und 2024 haben wir erreicht, dass es nur einen moderaten Preisanstieg von 3 EUR auf 9 EUR gibt. Bis Ende 2024 gibt es die stark vergünstigte Monatskarte. Bei den nächsten Haushaltsgesprächen werden wir die Wiedereinführung des 3-EUR-Tickets fordern.



Beschluss des Tübinger Gemeinderats zum Radikalenerlass 1972

Der interfraktionelle Antrag von SPD, Linke und Fraktion erhielt am 24. Juli im Tübinger Gemeinderat eine deutliche Mehrheit. Ja: 23, Nein: 4, Enthaltung: 7. Verabschiedet mit den Stimmen der Antrag stellenden Fraktionen und der AL-Grünen. OB Palmer, CDU, FDP und TüListe stimmten dagegen bzw. enthielten sich. Der Gemeinderat Tübingen beschloss folgende Resolution:

Im vergangenen Jahr jährte sich zum 50. Mal der sogenannte „Radikalenerlass“. Er wurde 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Titel „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im Öffentlichen Dienst“ beschlossen. In der Folgezeit wurden etwa 11.000 Berufsverbots- und 2.200 Disziplinarverfahren eingeleitet und offiziell 1.256 Bewerberinnen und Bewerber nicht eingestellt sowie 265 Beamte entlassen. Auch für mehr als 30 Betroffene, die in Tübingen studiert, gelebt und gearbeitet haben, hatte der Erlass schwerwiegende Folgen. Einige der Tübinger Betroffenen haben bis heute aktiv an der Gestaltung der kommunalen Demokratie mitgewirkt und jahrelang in Ortsbeiräten, im Tübinger Gemeinderat und Kreistag mitgearbeitet. In Baden-Württemberg wurde der Beschluss „mit besonderer Härte“ (Ministerpräsident Kretschmann), mittels des sogenannten „Schliess-Erlasses“ vom 2. Oktober 1973 praktiziert. Der nach dem damaligen Innenminister Karl Schiess benannte Erlass zählt sich in diesem Jahr zum 50. Mal. Schon 2021 hat eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur gemeinsam einen Aufruf unterzeichnet: den Radikalenerlass generell offiziell aufzuheben, alle Betroffenen vollumfänglich zu rehabilitieren und zu entschädigen und die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufzuarbeiten. Der Gemeinderat der Stadt Tübingen schließt sich dem ausdrücklich an und fordert die baden-württembergische Landesregierung und den Landtag auf, den Forderungen der Betroffenen nach Rehabilitation und Entschädigung sowie Aufarbeitung und Entschuldigung nachzukommen.

Begründung:

Der sogenannte „Radikalenerlass“ hat der Demokratie und dem gesellschaftlichen Klima in der Bundesrepublik schweren Schaden zugefügt. Einige Menschen wurden in ihrer Existenz bedroht. Eine offene, tolerante, demokratische Gesellschaft braucht den uneingeschränkten Erhalt der Grundrechte. Nach nunmehr 50 Jahren ist es an der Zeit, das Kapitel Berufsverbote endgültig abzuschließen. Die Praxis der Berufsverbote wurde

Kommunalpolitik

1987 von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO bzw. ILO) und 1995 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als Unrecht verurteilt. Von 2012 bis 2021 haben die Landesparlamente von Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Berlin Beschlüsse zur Aufarbeitung gefasst, gegenüber den Betroffenen kollektiv Entschuldigungen ausgesprochen bzw. Rehabilitation zugesagt und zum Teil auch Entschädigungen angekündigt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (in einer ARD-Dokumentation im Januar 2022) und Innenminister Thomas Strobl (in einem Antwortschreiben im Februar 2022 auf eine SPD-Landtagsanfrage) hatten erklärt, den Abschluss eines an der Universität Heidelberg laufenden Forschungsprojekts zum „Radikalen- und Schiess-Erlass“ abwarten zu wollen. Die Ergebnisse dieser von 2018 bis 2021 mit finanzieller Unterstützung des Wissenschaftsministeriums durchgeführten Studie liegen seit Mai letzten Jahres in Buchform vor. Sie bestätigen: damals wurde politisch „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“ (S. 193). In rechtlicher Hinsicht ist die Praxis „als Einschränkung der Grundrechte (...) zu verurteilen“ (S. 475). Sie war von Anfang an als rechtswidrig einzustufen“, insbesondere weil sie „mit der ILO-Konvention Nr. 111 nicht übereinstimmt“ (S. 289). Viele der damals Betroffenen spüren die Auswirkungen der Berufsverbote durch Kürzungen bei ihren Ruhegehältern oder sogar Altersarmut bis heute. Ihre materiellen Nachteile müssen ausgeglichen werden. In Baden-Württemberg werden die berechtigten Forderungen der Betroffenen bedauerlicherweise seit Jahren abgelehnt. Ministerpräsident Kretschmann hat laut Medienberichten zuletzt bei einem Gespräch mit Betroffenen am 8. Februar im Staatsministerium erneut an dieser Ablehnung festgehalten. Die Historikerin Mirijam Schnorr kommt in der Heidelberger Studie zu dem Schluss: „ob die Betroffenen ihre Forderungen in naher Zukunft eingelöst wissen können, das zu entscheiden, ist freilich nicht die Aufgabe der Wissenschaft, sondern vor allem die des politischen Willens“ (S.193).

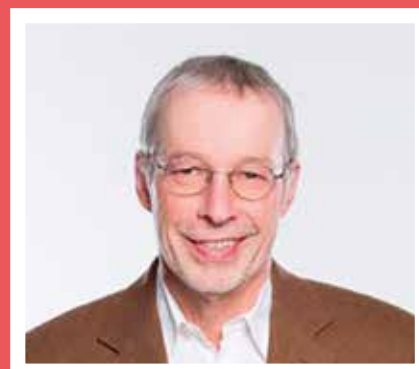


Die Zeitenwende kommt in den Kommunen an

Kommentar von Stadtrat Konrad Wanner in der Heilbronner Stadtzeitung zu Zeitenwende und sozialen Kürzungen:

Am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Scholz die Zeitenwende verkündet und der Bundestag ein Rüstungsprogramm von 100 Mrd Euro beschlossen. Gleichzeitig beharrt Finanzminister Lindner auf der Schuldenbremse. Die Folgen: z.B. bei Wohnen, Gesundheit und im öffentlichen Nahverkehr wird der Rotstift angesetzt. Die Krankenhäuser bekommen nicht genug Geld – Insolvenzen drohen. Das 49,-Euro-Ticket soll ab 2025 nicht mehr vom Bund mitfinanziert werden und ist gefährdet. Besonders gravierend: der Bund und das Land haben das Geld für Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau gestrichen. Geförderte Wohnungen können nicht mehr gebaut werden. Das Ziel der Stadtsiedlung, bis 2025 in Heilbronn 4500 Wohnungen anzubieten, ist gefährdet.

Und das in der Boomtown Heilbronn, das mit seinen prosperierenden Firmen sowie einer zunehmenden Zahl von Studierenden dringend bezahlbare Wohnungen braucht. Die militärische Zeitenwende wirkt sich direkt bei den Menschen aus. Geld für Rüstung fehlt bei den Menschen. Die Friedensbewegung führte am 3. Oktober einen bundesweiten Aktionstag durch: für den Stopp der Kriege, für den Stopp der Aufrüstung, für Verhandlungen. In Heilbronn fand am Dienstag 3.10. um 10.30 Uhr auf der Waldheide ein politischer Spaziergang statt.



Baden-Württemberg unter Spitzenreitern der Bildungsungleichheit

Elwis Capece, Landessprecher

DIE LINKE. Baden-Württemberg unterstützte die Forderungen des bundesweiten Bildungsprotesttags am 23. September, der von einem breiten Bündnis aus Eltern Schüler*innen und Lehrkräften ausgerufen wurde. In Baden-Württemberg sind unter dem Motto „Bildungswende jetzt“ am Samstag Demonstrationen in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Konstanz angemeldet.

Elwis Capece, Landessprecher der LINKEN. Baden-Württemberg, erklärte: „Wir schließen uns der Forderung nach einem 100 Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildung an, denn Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, die auch ausreichend finanziert werden muss. Fehlende Investitionen der letzten Jahrzehnte führen dazu, dass die Bildungsungleichheit wächst.

Der Bildungsweg wird in Deutschland viel zu oft durch die soziale Herkunft bestimmt. Baden-Württemberg gehört zu den Spitzenreitern der Bildungsungleichheit. Mit mehr als 1.100 Privatschulen führt das Bundesland den Privatisierungsboom im Schulsystem und damit die soziale Selektion im Bildungssystem an. Elite Schulen für Reiche und Bruchbuden für den Rest der Bevölkerung - damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben! Wir fordern eine inklusive Schule für alle.“

Das Vier-Punkte-Programm der Partei DIE LINKE „Entschlossen gegen den Bildungsnotstand“ kann hier heruntergeladen werden:

<https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/entschlussengegendedungsnotstand/>

Kitastrophe überwinden

Gerlinde Strasdeit, Linke-Fraktion im Tübinger Gemeinderat

Tübingen bildet 16 neue ErzieherInnen in praxisintegrierter Form (PiAs) aus. Ein richtiger Schritt! Dennoch fehlt weiter Personal in den städtischen Kitas, mit drastischen Folgen. Nur noch zwei von 43 kommunalen Einrichtungen öffnen an fünf Wochentagen bis 16.30 Uhr. Eltern reduzieren deshalb ihre Arbeitszeit oder müssen wie im letzten Jahrtausend täglich schauen, wie sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen. Kollege Drake von den AL/Grünen kann nicht erkennen, dass in den letzten 20 Jahren grobe Fehler gemacht wurden. Oh doch! Das Problem ist nicht vom Himmel gefallen. Verdi und GEW sind schon vor zehn Jahren Sturm gelaufen für mehr pädagogische Fachkräfte. Uns Linken wurde bei den Haushaltsberatungen im Gemeinderat der Vogel gezeigt, wenn wir höhere Ausbildungsquoten forderten. Der Rechtsanspruch kam und die Stadtbevölkerung wuchs, ohne den Bedarf ständig anzupassen. Um die Kitastrophe endlich in den Griff zu bekommen, braucht es eine Ausbildungs Offensive und eine Fachstelle Ausbildung. Das wäre besser, als 100 000 Euro ausgeben für eine fachfremde Werbeagentur. OB Palmer sollte das Problem zur Chefsache machen, statt Vorträge bei rechtslastigen Denkfabriken in Budapest zu halten.



Politische Bildung für die plurale Linke:

Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ist der große Träger linker politischer Bildung in der Bundesrepublik, der der Partei DIE LINKE nahesteht, aber unabhängig und eigenverantwortlich arbeitet. In unserer Bildungsarbeit sind wir dem geistigen Erbe Rosa Luxemburgs (1871-1919), ihren Ideen von Humanität, Antimilitarismus und eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus verpflichtet. Unsere Angebote (Veranstaltungen und Publikationen) wollen dem Pluralismus der Linken gerecht werden und widmen sich einem breiten Spektrum linker Themen. Wir wollen zur Selbstermächtigung politischer Akteur:innen und zur Stärkung der Kompetenzen politisch Aktiver beitragen.

Ein wichtiges Feld, in dem wir politisch Aktive begleiten und unterstützen ist die Kommunalpolitik. Zusammen mit dem Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg und der Kommunalakademie der RLS bieten wir Grundlagenseminare an – vom Lesen des kommunalen Haushalts bis zur kommunalen Wirtschaftspolitik. 2024 wollen wir einen Schwerpunkt auf die Verknüpfung von Landes- und Kommunalpolitik legen und Fachforen organisieren zu den zentralen Themen Gesundheit, Bildung, Wohnen und Verkehr. Darüber hinaus suchen wir Orte linker (kommunal-)politischer Praxis auf und organisieren den Austausch mit den dort Aktiven. Für 2024 ist etwa eine Bildungsreise nach Graz zum Thema „Das rote Graz? Erfolgsfaktoren linker Kommunalpolitik“ geplant.

Mit unserem Online-Salon zu Grundfragen linker Politik wollen wir solche Themen diskutieren, bei denen es im besonderen Maße unterschiedliche Perspektiven und Einschätzungen in der Linken gibt – etwa in der Haltung gegenüber der EU, der Ausgestaltung einer modernen Sozialpolitik (Grund-einkommen oder Grundsicherung) oder der Frage nach den Herausforderungen für linke Friedens- und Sicherheitspolitik

in der heutigen Zeit.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt unserer Arbeit wollen wir auch im kommenden Jahr wieder auf die Felder „Arbeit & Gewerkschaften“ sowie „Sozial-ökologischer Umbau“ legen. Den erfolgreichen „Gewerkschaftsratschlag“ in Karlsruhe wollen wir 2024 neu auflegen. Ebenso weitergehen wird die intensive Arbeit des „Transformationsrats für eine Verkehrswende in der Region Stuttgart“. Dieser soll Vorschläge für einen alternativen Pfad der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung entwickeln, in dem sowohl die Beschäftigteninteressen nach guter Arbeit und auskömmlichen Löhnen, wie die nachhaltige Sicherung unser natürlichen Lebensgrundlagen und die Verhinderung der drohenden Klimakatastrophe miteinander verbunden werden. Schließlich wollen wir mit den jährlichen durchgeführten „Theodor Bergmann-Lectures“ wieder mit einem aktuellen Thema an unseren 2017 im Alter von 101 Jahren in Stuttgart verstorbenen Mitstreiter, den Agrarwissenschaftler und kritischen Kommunisten Theodor Bergmann erinnern.

Wir laden alle Interessierten ein, nicht nur unsere Veranstaltungen zu besuchen, sondern auch eigene Ideen und Vorschläge für unser Bildungsprogramm einzubringen. Mit unseren Rosa-Luxemburg-Clubs bieten wir die Möglichkeit, sich vor Ort direkt in der Bildungsarbeit zu engagieren und eigene Ideen umzusetzen. Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen über die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg und der Rosa-Luxemburg-Clubs finden sich auf unserer Website [bw.rosalux.de](http://www.bw.rosalux.de).



Für ein Ende der Gewalt in Israel und Palästina

Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 11. Oktober 2023

Wir verurteilen die entsetzlichen Terror-Angriffe der Hamas auf Israel, bei denen über 1.200 Menschen getötet wurden, aufs Schärfste. Die zahlreichen Morde, der massive Raketenbeschuss und die Berichte über Entführungen sind schockierend. Das barbarische Massaker, dem 260 Teilnehmer:innen eines Musikfestivals zum Opfer fielen, ist ein Akt der Grausamkeit. In einem Kibbuz sind mehr als 100 Todesopfer geborgen worden. Immer noch werden weitere Leichen gefunden. Wir sind in Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen, und hoffen inständig, dass die Entführten bald wieder in Freiheit sind.

Das erklärte Ziel der Hamas ist die Zerstörung Israels und die Errichtung einer islamistischen Diktatur in Palästina. Unterstützt wird sie dabei von dem iranischen Regime, das mit brutaler Gewalt gegen die feministisch geführte Revolution im Iran vorgeht. Wir verurteilen den Antisemitismus und die Taten der Hamas. Es gibt keine Rechtfertigung für die Morde und Entführungen, für Angriffe auf die Zivilbevölkerung.

Aus der Geschichte des Holocaust, des Antisemitismus ist der Staat Israel eine historische Notwendigkeit, die niemals zur Debatte steht. Wir werden weiter jedem Antisemitismus hier entgegenzutreten, im Land der Täter. Das bleibt unsere Verantwortung, gerade in diesen Zeiten.

Mit ihren Angriffen auf Israel hat die Hamas auch die palästinensische Bevölkerung in große Gefahr gebracht. Uns besorgt, dass die Antwort der israelischen Regierung erneut zahlreiche Zivilist:innen töten wird und bereits getötet hat. Die meisten Menschen im Gaza-Streifen können nicht fliehen. Es droht eine massive Welle militärischer Gewalt und Angriffe, unter der in erster Linie die Zivilbevölkerung leidet. Dies betrifft auch die Palästinenser im Westjordanland und palästinensische Staatsbürger Israels. Dass sich diese Spirale der Gewalt immer weiterdreht, liegt im Interesse der Hamas.

Die Herrschaft der Hamas und ihre Unterstützung bei der palästinensischen Bevölkerung basiert auch auf dem Nährboden und den menschenunwürdigen Bedingungen, die die Besatzungspolitik bereitet. Siedlungsbau und Entrechtung, mangelhafte Infrastruktur und fehlende Perspektiven, häufig ungeahndete Schikane und Gewalt durch Sicherheitsbehörden tragen dazu bei, dass die Hamas sich als Befreier inszenieren kann – während sich ihre Akteure am Elend der palästinensischen Bevölkerung bereichern. Die aktuelle ultrarechte Regierung von Benjamin Netanyahu hat diese Entwicklung

befördert. Sie fördert den Bau von Siedlungen und hat eine vollständige Annexion des Westjordanlandes in Aussicht gestellt. Die seitens Israels angekündigte Total-Blockade auch von Wasser, Energie und Lebensmittellieferungen für über zwei Millionen Palästinenser:innen im Gaza-Streifen ist ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Das ist ein Nährboden für weiteren Terror. Solange Israelis und Palästinenser:innen nicht in Freiheit und Würde zusammenleben können, wird der Frieden und die Sicherheit aller Menschen in der Region immer bedroht sein. DIE LINKE steht für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als

Hauptstadt, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästina, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage der UN-Resolutionen.

Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für

„Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung einsetzen, die nicht zulassen wollen, dass Hass die Oberhand gewinnt, und die an eine Zukunft glauben, in der alle Menschen in der Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben.“

eine friedliche Lösung einsetzen, die nicht zulassen wollen, dass Hass die Oberhand gewinnt, und die an eine Zukunft glauben, in der alle Menschen in der Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben.

Eine Kürzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete lehnen wir ab. Diese Mittel dienen in erster Linie dazu, die nötigste Infrastruktur und das notwendigste zum Leben sicherzustellen. Die Vergabe wird geprüft und erfolgt projektbezogen. Eine Streichung würde vor allem die Zivilbevölkerung treffen und nicht die Hamas schwächen.

Wir sind entsetzt darüber, dass Menschen auch hierzulande die Terrorakte der Hamas unterstützen, sich mit den Angreifern solidarisieren. Angriffe auf die Zivilbevölkerung sind grundsätzlich zu verurteilen. Für Antisemitismus darf es keinen Platz geben.

Es darf nicht zugelassen werden, dass die Angriffe der Hamas auf Israel für innenpolitische Zwecke hierzulande missbraucht werden. Als DIE LINKE setzen wir uns immer und grundsätzlich gegen Doppelbestrafungen mit dem Mittel des Aufenthaltsrechts ein. Strafbares Verhalten muss mit den Mitteln des Strafrechts aufgeklärt und geahndet werden, egal, welche Staatsbürgerschaft eine Person hat.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich in der aktuellen Situation für Deeskalation einsetzt und den Weg zu einer friedlichen Lösung aktiv begleitet.

Ihre guten Geschäftsbeziehungen zum Hamas-Unterstützerstaat Katar muss die Bundesregierung nutzen, um auf ein sofortiges Ende der Terroraktionen gegen die israelische Bevölkerung und eine bedingungslose Freilassung aller Geiseln hinzuwirken.

Sie muss auf die israelische Regierung einwirken, dass diese die Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit Lebensmitteln, Wasser, Energie und Medikamenten entsprechend der Verpflichtung im humanitären Völkerrecht nicht behindert.

Menschenrechtsgruppen und Friedensorganisationen in der Region brauchen entschiedene Unterstützung, um gegen gewaltbereite und autoritäre Kräfte bestehen zu können.



Friedenspolitisches Selbstverständnis

Beschluss des Landesparteitages eingebracht durch die LAG Frieden

Für die LINKE Baden-Württemberg ist Friedenspolitik kein Thema unter vielen sondern zentraler Teil ihres Selbstverständnisses. Durch Diskussionen und klare Positionierungen innerhalb und außerhalb der Partei können und müssen wir uns der gesellschaftlichen Militarisierung entgegen stellen. Die folgenden zehn Punkte sind für uns eine Orientierung im Umgang mit kriegerischen Angriffen, Aufrüstung und Konflikten sowie mit der von Kanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“. Wir setzen uns ein für eine solidarische, zivile und deeskalierende Politik.

1. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts: Wir kritisieren Missachtung des Völkerrechts unterschiedslos. Egal ob die Verantwortlichen Russland, NATO, Türkei, Deutschland oder Saudi-Arabien heißen. Wir ignorieren das Sterben und Leiden von Menschen nicht, egal wo sie leben und welche Hautfarbe sie haben.
2. Wir verteidigen keine kriegsführende Partei. Angriffskriege bleiben Angriffskriege auch wenn die Angreifer auf Vorgeschichten verweisen können. Dennoch lohnt es sich zu verstehen, welche Interessen mit Kriegen verfolgt werden. Die Dynamik von Konflikten verstehen zu wollen macht auch niemanden automatisch zum Verbündeten der jeweiligen Angreifer. Das sollten wir einander nicht vorwerfen - solange damit keine Rechtfertigung von Gewalt verbunden ist. Die Suche nach friedlichen und nachhaltigen Lösungen wird kaum möglich sein ohne jeweils den gesamten Konfliktverlauf im Blick zu haben.
3. Militärbündnisse sind keine kollektiven Sicherheitssysteme. Sicherheitssysteme schließen auch potentielle Gegner mit ein. Das ist bei der NATO nachweislich nicht der Fall. Die NATO wurde als Militärblock gegründet und ist dies bis heute. Somit war, ist und bleibt die NATO kein Partner für Frieden. Nur weil Putins Angriffskrieg eindeutig schlecht ist, wird die NATO nicht auf einmal gut. Unser LINKES Ziel eines kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands mag im Moment schwierig zu vermitteln sein. Es bleibt aber dennoch richtig, wenn wir die Hoffnung auf eine gesamt-europäische Friedensordnung nicht dauerhaft aufgeben wollen.
4. Rüstung tötet, auch ohne eingesetzt zu werden und auch noch lange nach Kriegen. Jede Waffe findet ihren Krieg. Wer meint, Waffen verbleiben an den jeweils gewünschten Orten zu den jeweils gewünschten Zielen, verschließt die Augen vor der Realität. Sie wandern nicht nur von einem Kriegsgebiet zum nächsten, sondern sind auch ein innenpolitisches Problem. So arbeitet die organisierte Kriminalität hierzulande immer noch mit Waffen aus dem Jugoslawienkrieg. Deswegen dürfen wir keinen Zweifel aufkommen lassen, Rüstung ist und bleibt ein Problem. Rüstungsproduktion genauso wie Rüstungsexporte – egal wohin. Wir setzen uns dafür ein den massiven Ausbau der Rüstungsindustrie zu stoppen und werden das Ziel der Rüstungskonversion weiterverfolgen.
5. Wer Panzer, Kriegsflugzeuge und Kriegsschiffe baut, braucht dafür Stahl und andere wertvolle Rohstoffe. Stahl entsteht in Hochöfen. Hochöfen verbrauchen unvorstellbare Mengen an Energie und setzen entsprechende Mengen an CO2 frei. Die Durchführung aber auch die Vorbereitung von Kriegen zerstören die Lebensgrundlage von Menschen und Natur. Zudem fehlen die Milliarden die jetzt in die Rüstung investiert werden, für den dringend nötigen sozialökologischen Umbau. Wir können entweder die Klimakatastrophe bekämpfen oder aufrüsten. In anderen Worten: Wer mindestens 2 Prozent des BIP für Rüstung ausgibt, der hat das 1,5 Grad-Ziel aufgegeben.
6. Die sicherheitspolitische Zeitenwende, die von Scholz und seiner Ampelregierung verfolgt wird, führt uns in eine Ära des massiven Sozialabbaus. Schon jetzt sehen wir, dass jenseits des Militäretats überall der Rotstift angesetzt wird. Statt die Pflege zu verbessern wird dort der Bundeszuschuss gekürzt, statt Krankenhäuser zu retten werden sie



- geschlossen und für eine solide Kindergrundsicherung fehlt das Geld. Die Ampel beschließt ein Aufrüstungsprojekt nach dem anderen. Wer jetzt Panzer, Kampfhubschrauber und Kriegsschiffe bestellt, der geht häufig Zahlungsverpflichtungen für zehn oder fünfzehn Jahre ein. Die Sonderkreditlinie von 100 Milliarden, aus der das im Moment finanziert wird läuft aber 2026 aus. Ab dann müssen entsprechend der momentanen Planungen und für das 2-Prozent-Ziel der NATO mindestens 20 Milliarden zusätzlich aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden. Wobei schon absehbar auch diese Summe nicht reicht für die Aufrüstungspläne. Diesen Aufrüstungswahnsinn und den damit verbundenen sozialen Kahlschlag müssen wir stoppen und zwar so früh wie möglich.
7. Im Jahr 2011 wurde die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt, um Ressourcen für eine weltweit agierende Einsatzarmee freizusetzen. Die Ausbildung der Wehrpflichtigen hatte zu viel Personal und Geld gebunden. Eine einfache Mehrheit im Bundestag kann die Wehrpflicht wieder einführen. Da diese aber „nur“ männliche Jugendliche betrafte, geistert nicht zufällig die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht immer häufiger durch die politische Landschaft. Mit der Zwangsverpflichtung junger Menschen sollen personelle Lücken gestopft werden - beim Militär und im Sozialsystem. Die Verpflichtung soll allen gelten, männlich, weiblich und divers. Das ist jedoch kein gesellschaftlicher Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Mit einer allgemeinen Dienstpflicht werden junge Menschen erfasst, eingeordnet und entsprechend der Verwertungslogik vorbereitet darauf entweder Kanonenfutter oder billige Arbeitskräfte in einem ausgebluteten Sozial- und Gesundheitssektor zu werden. Lasst uns deswegen klar Stellung beziehen gegen eine Dienstpflicht und für einen gut ausgestatteten öffentlichen Sektor. Die Freiheit sich dem Kriegsdienst zu entziehen kann auch international ein wichtiger Schritt zum Frieden sein. Es ist unerträglich, dass junge Männer die sich der Rekrutierung in Russland entziehen, sich nicht darauf verlassen können hier Zuflucht zu finden.
 8. Eine immer mächtigere Rüstungsindustrie stärkt auch

deren politischen Einfluss. Die Rüstungsindustrie gehört zu den Wirtschaftssektoren mit der höchsten Korruptionsgefahr. Schließlich geht es um öffentliche Gelder in Milliardenhöhe und entsprechend hohe private Gewinne. Die ist eine Gefahr für die Demokratie. Rüstungslobbyismus hat schon heute zu viel politischen Einfluss. Je mehr Gelder in die Rüstung fließen umso stärker wird dies zu einer Gefahr – auch hierzulande. Beim Bundesamt für Beschaffung wurden aktuell in 450 Fällen die eigenen Regeln zur Korruptionsbekämpfung gebrochen. Bei noch mehr Rüstungsprogrammen und seit letztem Jahr gelockerten Regeln (Beschleunigungsgesetz) wird die politische Macht der Rüstungsindustrie deutlich wachsen – wenn wir uns nicht klar dagegenstellen. Auch deswegen ist es gut, dass sich die LINKE in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich gegen die Ansiedlung von Rheinmetall ausgesprochen hat.

9. Es gibt Alternativen zur globalen Eskalation, zur Aufrüstungsspirale und zur militärischen Konfrontation. Solange es uns nicht gelingt, die globalen Ausbeutungsverhältnisse durch eine faire internationale Kooperation zu überwinden, wird der Weg zu einer globalen Friedensordnung extrem schwierig. Wie wir wissen, trägt der Kapitalismus den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Dennoch gibt es Schritte zur Deeskalation, die schon heute möglich sind. Dazu gehört die bereits erwähnte Stärkung regionaler Strukturen für Sicherheit und Zusammenarbeit, dazu gehören neue Generationen von globalen Abrüstungsverträgen; der Atomwaffenverbotsvertrag genauso wie Regelungen zum Stopp von Killerdrohnen oder von Autonomen Waffensystemen. Aber auch auswärtige Kulturpolitik und al-

les was darüber hinaus Brücken baut – von Mensch zu Mensch: Gelder für den Friedensdienst aber auch Gelder für den internationalen Studierendenaustausch; eine ausreichend finanzierte humanitäre Hilfe und Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit um mindestens die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) zu erreichen. Doch leider fehlt hier die nötige finanzielle Ausstattung – damit werden wir uns nie abfinden.

10. Die LINKE darf keinen Zweifel aufkommen lassen, dass sie eine, ja DIE Friedenspartei ist. Leider verkauft sich im Bundestag gerade eine andere Partei relativ erfolgreich als Friedenspartei. Die so genannte Alternative für Deutschland betreibt dabei einen phänomenalen Etikettenschwindel. Auch wenn die AfD bei der Frage der Politik gegen Russland aus nationalistischen Erwägungen heraus weniger konfrontativ ist als die Ampelregierung (vielleicht auch wegen ihrer Bewunderung für Putins reaktionäre Gesellschaftspolitik?), so ist sie doch eine durch und durch militaristische Partei, die bei der Durchsetzung ihrer reaktionären politischen Ziele vehement auf ein starkes deutsches Militär setzt. Die AfD hat in den Reihen ihrer Bundestagsabgeordneten zahlreiche Militärs und Rüstungslobbyisten und agiert bei den Debatten um die Aufrüstung der Bundeswehr als Scharfmacherin. Es ist pervers, wenn die AfD aber auch andere nationalistische und reaktionäre Kräfte versuchen die Idee des Friedens als Vehikel für ihre Politik zu verwenden. Wirkliche Friedenspolitik ist internationalistisch und solidarisch und dafür steht im parteipolitischen Spektrum des Bundestags nur DIE LINKE. Das stellen wir selbstbewusst und deutlich in unseren Positionen, Aktionen und Bündnissen unter Beweis.

Fabrikbesetzung auf italienisch

von Léon Borgemeister, KV Freiburg

5:30 Uhr morgens. Drei Genossen – deutlich übermüdet – steigen aus dem Auto und stehen endlich vor der Fabrik. Aber statt vom Werkschutz kontrolliert zu werden und eine Frühschicht einzulegen, werden wir freundlich im Barcontainer von drei Arbeitern vor dem Eingang der Fabrik begrüßt. Wir genehmigen uns noch jeweils ein «Bicicletta» zu trinken, bevor wir nach über 8 Stunden Fahrt endlich ein paar Stunden Schlaf bekommen. Ein Arbeiter führt uns zu den Büroräumen der Fabrik; Feldbetten und aufblasbare Matratzen liegen schon bereit. Man zeigt uns sogar die einzige (!) warme Dusche der Fabrik. Wir sind überrascht, denn bei unserem letzten Besuch hieß es noch, es gäbe hier generell kein Warmwasser um Kosten zu sparen. Sind wir mittlerweile Teil der «Familie», weil man uns wiedererkennt? Egal, Zeit zu schlafen – es ist bereits 7 Uhr und ab 12 Uhr soll das Programm für die «Working Class Bike Days» beginnen.

Aber was führt uns drei verrückte «tedeschi» dazu Freitag nachts zu einer Fabrik in der Toskana aufzubrechen?

Die Antwort ist traurig und schön zugleich: Am 8. Juli 2021 erhielten die Mitarbeiter von GKN Driveline Florenz alle ihre Kündigung. Dass dies nicht einfach hingenommen wird, ist klar. Gewerkschaftsmitgliedschaft, Streiks und Protest sind im Betrieb schon länger mehr gängige Praxis als Ausnahme. In der Situation zeigt sich, dass die Kündigungen in ihrer aktuellen Form nicht haltbar sind, kommen werden sie vermutlich trotzdem, nur zeitverzögert. Die Gewerkschaft FIOM will einen Sozialplan erarbeiten und durchsetzen. Das reicht den Kollegen aber nicht. Die Jobs sollen gerettet werden. Eine dauerhafte Betriebsversammlung wird einberufen, die inzwischen über zwei Jahre andauert. Ihr Slogan: *Insorgiamo! Wir erheben uns!*

Was den Arbeitskampf in der GKN besonders ausmacht: der Kampf um den Erhalt mehrerer hundert Arbeitsplätze wird hier in enger Verbindung mit einer sozial-ökologischen Transformation gedacht. Das „colletivo di fabbrica“ sieht sich als Teil einer größeren Bewegung. Und so beteiligen sich die Arbeiter an einer Demo gegen den Neubau eines NATO-Stützpunktes und unterstützen den Streik in einem naheliegenden Möbelhaus. Im ehemaligen Büro der Betriebsräte entdecken wir auch Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung.



2 Genossen im Auto eines Arbeiters bei der Demo gegen den Ausbau des Nato Flughafen Stützpunktes

Und ganz besonders zeigt sich die Zusammenarbeit mit der Klimagerechtigkeitsbewegung. Immer wieder ruft auch *fridays-forfuture* dazu auf, das *colletivo di fabbrica* zu unterstützen, auch die Arbeiter beteiligen sich aktiv am globalen Klimastreik.

Der ökologische Umbau wird dabei auch konkret in der Fabrik mitgedacht: Seit mehr als zwei Jahren steht der Betrieb hier still und die Maschinen stehen unberührt da. Aber längst ist es nicht mehr das Ziel, wieder unverändert mit der Produktion von Autoteilen fortzufahren. Stattdessen möchten die Arbeiter eine Genossenschaft gründen und die Produktion umstellen: Auf Lastenräder und Solarzellen.

Für erstere gibt es bereits Prototypen und genau die sind Grund unseres Besuches. Im Rahmen der „working class bike days“ sollen die Modelle der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Daneben gibt es eine Reihe an Workshops und Diskussionen – leider ist fast alles nur auf italienisch, sodass wir nicht besonders viel verstehen.

Europäische Solidarität

Aber wir sind nicht die einzigen internationalen Gäste: auch

aus Großbritannien, Österreich und Spanien sind Genoss:innen angereist, um sich solidarisch mit den Streikenden zu zeigen. Solidarität, die die Arbeiter dringend benötigen. Aktuell ist nicht klar, ob der geplante Umbau gelingt. Es ist nicht klar, ob die Besetzung überhaupt länger als bis Ende des Jahres Bestand haben wird. Die Unterstützung der Bevölkerung ist groß, am Einkaufszentrum hängt ein Solidaritätsbanner der dortigen Belegschaft und selbst der Bürgermeister des Ortes hat ein Dekret erlassen, das die Zufahrt zur Fabrik mit LKWs verbietet und verhindert so das Ausräumen der Produktionshallen.

Dario, der Betriebsrat, klingt dennoch pessimistisch. Gerade sehe es schlecht aus für das Weiterbestehen der GKN, aber trotzdem ist die Hoffnung groß. Die Arbeiter machen trotzdem einfach weiter: sammeln Vorbestellungen für die Lastenräder und suchen nach Unterstützer:innen für die Genossenschaft. Auch wenn sie scheitern sollten, die Bewegung wird von dieser Erfahrung international lernen. Wir müssen dabei an die Worte des verstorbenen Genossen Theo Bergmann denken: „Dann fangen wir von vorne an.“

Am Tag unserer Abreise verabschiedeten wir uns von vielen Arbeitern aus der Fabrik und bedanken uns für die Gastfreundschaft. Dabei bedankt sich quasi jeder vor allem bei uns. Man weiß es zu schätzen, dass Genossen aus dem Ausland zu Besuch kommen um sich vor Ort ein Bild über die Kämpfe hier zu machen. Ein Hauch von Solidarität liegt in der Luft.

Noch sind wir aber nicht ganz fertig mit unserer Reise. Wir erhalten im Rathaus in Florenz noch eine exklusive Rundführung von der linken Stadträtin Antonella Bundu. Mit einem weiteren Genossen bildet sie dort eine kleine Fraktion. Antonella war auch bereits von Beginn an Unterstützerin der Besetzung

Keine Waffenlieferungen und Verhandlungen jetzt

Der Heilbronner Friedensrat organisierte einen Friedenspolitischen Spaziergang über die Waldheide zum Tag der Deutschen Einheit zum Thema verpasste Friedenschancen nach 1990. Statt einer zivilen Friedensarchitektur in Europa durch



Die E-Cargobike Prototypen des Fabrikkollektivs

der Fabrik von GKN. Dank guter Bündnisarbeit haben es das Collettivo, Fridays for Future Italien und Leute wie Antonella bereits im September 2021 geschafft 40.000 Menschen auf die Straße zu bringen um ihre Solidarität mit den Beschäftigten zu zeigen.

Solidarität ist ein gutes Stichwort. Die Kollegen bei GKN sammeln aktuell Geld um eine Anschubfinanzierung ihrer Genossenschaft zu leisten und um Druck auf den Staat für bessere Finanzierungskredite auszuüben. Ziel sind zunächst eine Millionen Euro. Auf der Website des Collettivo kann man aktuell Genossenschaftsanteile buchen für jeweils 1000 Euro. Das Geld wird nur dann abgehoben, wenn das Ziel von einer Million Euro tatsächlich erreicht wird. Im Laufe des Jahres werden alle Infos auch auf Englisch erreichbar sein:

<https://insorgiamo.org/>

die Ausweitung der OSZE Bemühungen wurde mit der NATO-Osterweiterung weiter auf Konflikt gesetzt. Die Auseinandersetzung gipfelte nun im russischen Angriff auf die Ukraine. Interessant auch die Beiträge zur Geschichte der Friedensbewegung gegen Atomraketen



auf der Waldheide, Frauen in der Friedensbewegung, aktuelle Kriege und steigende Aufrüstung, Bericht vom Verdi Bundeskongress und dem Netzwerk Frieden in Verdi. Zum Schluss artikuliert eine Heilbronner Lehrerin, die dringende Notwendigkeit das Bildungssystem zu retten, statt in immer neue Waffensysteme zu investieren. Lehrermangel und Unterrichtsausfall prägen die aktuelle Schullandschaft. Ein großer Teil der Schülerschaft droht aus den Augen der Gesellschaft zu geraten. Für DIE LINKE waren die Heilbronner Stadträte Konrad Waner und Dr. Erhard Jöst, der Weinsberger Stadtrat Florian Vollert und unsere APO-Beauftragte Gise Schulz dabei.

Ausländerbehörde Stuttgart: unmenschliche Zustände sofort beenden!

Interview mit unserem Stadtrat Luigi Pantisano

Als Stadtrat äußerte sich Luigi Pantisano deutlich in der Presse. Er ist in Waiblingen als Kind italienischer Einwanderer aufgewachsen und sitzt für die LINKE in unserer siebenköpfigen Gemeinderatsfraktion Die FrAKTION.

Luigi, Deine Kritik an den Zuständen in der Stuttgarter Ausländerbehörde in der Presse kam sehr emotional und glaubwürdig rüber.

Sicher hängt dies mit eigenen Erfahrungen zusammen. Mit 14 Jahren musste ich selber zum ersten Mal zur Ausländerbehörde in Waiblingen, wo ich geboren und auf die Schule gegangen bin. Zur Ausländerbehörde musste ich, weil ich erstmalig eine eigene Aufenthaltserlaubnis beantragen musste. Im Amt in der Schlange, und das ist nun genau 30 Jahre her, standen vor mir zwei ältere Frauen mit Kopftuch. Sie waren türkische Staatsbürgerinnen. Sie waren sogenannte Gastarbeiterinnen der ersten Stunde. Obwohl sie verständlich Deutsch sprachen, gebrochen ja, aber verständlich, denn ich habe sie ja auch verstanden, wurden sie angeschrien, dass sie in Deutschland leben und Deutsch zu sprechen haben. Diese Ablehnungskultur besteht leider bis heute in den Ausländerbehörden fort.

Du gehst sogar noch weiter und behauptest, das sei ein struktureller staatlicher Rassismus!

Ja, wir haben eine Gesetzgebung, die sich gegen Migration und oft direkt gegen Migrant:innen richtet, gegen Geflüchtete und selbst gegen jene, die in Deutschland geboren sind. Die Bürokratie ist auf Abschreckung ausgelegt. Es sind ja Menschen, die oft schon lange in Stuttgart leben und Stuttgarter:innen sind. Es dürfte eigentlich gar keine solchen Schlangen geben. Keine Einteilung in Menschen, die links ins Bürgerbüro dürfen und rechts, die in die Ausländerbehörde müssen. Es muss Schluss mit dieser diskriminierenden Politik sein. Aber statt etwas daran zu verändern, wird es in Stuttgart immer schlimmer.

Wenn das seit Jahren so ist, warum hat der Gemeinderat nichts unternommen und Beschlüsse für mehr Personal gefasst?

Der Gemeinderat stellt seit Jahren unzählige Anträge zur Verbesserung der Situation: mehr Personal, bessere Entlohnung der Beschäftigten, Lotsen-Stellen. Vor 15 Jahren hätte es noch genug Bewerber:innen gegeben. Aber alle Hilferufe verhallten bei der Stadtspitze weitestgehend. Man muss es doch einmal beim Namen nennen: Wir hatten acht Jahre lang den CDU-Kämmerer Föll, der die Stadtverwaltung kaputtsparte, mit Unterstützung durch den Grünen Oberbürgermeister Kuhn und ihren jeweiligen Fraktionen.

Der Karren ist aber jetzt sozusagen im Dreck, gibt es überhaupt eine schnelle Lösung?

Ich möchte nochmals auf die Dramatik der Zustände zurückkommen. Inzwischen stellen sich viele schon am Vortag in die Schlange und übernachten vor der Behörde. Immer wieder auch Familien mit Kindern. Jeden Tag. Das ist unwürdig für Stuttgart, unwürdig für Menschen, die hier arbeiten oder hier Schutz suchen. Und welche Schicksale sich dahinter verbergen.



Beispielsweise versuchte eine Erzieherin mehrere Tage in der Schlange, einen Termin zu erhalten. Eine studierte Pädagogin, über 50 Jahre alt, mit einem australischen Pass. Ist hier geboren und lebt seit Jahrzehnten in Deutschland. Kann perfekt Deutsch. Sie riskierte ihren Job, wenn sie nicht bald eine Verlängerung ihrer Arbeitserlaubnis bekommen würde. Da frage ich mich, welchen Sinn die ganzen Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung bringen, wenn wir hier lebende Erzieher:innen so behandeln?! Ein weiteres Beispiel ist ein junger Mann, Informatiker, der eine Übertragung des studentischen Visums hin zu einer Arbeitserlaubnis benötigt. Leider hat er bis heute keinen Termin bekommen und hat deswegen von seinem neuen Arbeitgeber direkt eine Kündigung bekommen.

„Inzwischen stellen sich viele schon am Vortag in die Schlange und übernachten vor der Behörde. Immer wieder auch Familien mit Kindern. Jeden Tag. Das ist unwürdig für Stuttgart, unwürdig für Menschen, die hier arbeiten oder hier Schutz suchen. Und welche Schicksale sich dahinter verbergen.“

Es ist eine Abschottungspolitik gegenüber Stuttgarter:innen mit Migrationsgeschichte und gegenüber den neu ankommenden Geflüchteten. Was Nopper, Strobl, Kotz und alle anderen CDU-Politiker in Stuttgart aktuell betreiben ist – ich sage es klar und deutlich – Rassismus. Ja und auch SPD und Grüne machen im Bund und der EU bei dieser Abschottungspolitik mit. Das alles spielt der faschistischen AfD in die Hände. Es genügt nicht nur hier in Stuttgart solidarisch zu sein. Solidarität endet nicht an den Grenzen Stuttgarts – sonst ist jegliche Solidarität nur eine Heuchelei.

Bleibt aber dennoch die Frage: Was tun? Wenn man die Nachrichten anschaut, die Zahl der Flüchtenden aus Kriegsgebieten, vom Klima bereits zerstörten Zonen, aber auch aus wirtschaftlicher Not, wird noch steigen!

Ja, was tun? Zunächst einmal überlegen, warum Menschen fliehen müssen! Europäische Staaten haben über 500 Jahre Länder und Menschen in Afrika, Asien und ganz Amerika kolonialisiert. Menschen wurden getötet, versklavt und ausgeraubt. Die natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen werden bis heute für unser kapitalistisches Wirtschaften ausgebeutet. Diese Geschichte hat die Wirtschaftsstrukturen zerstört und Kriege, die bis heute andauern, ausgelöst. 500 Jahre Kolonialisierung kommen jetzt als Bumerang zurück. Und wieder handelt die Politik nach der Devise „Europa first!“ – das ist der rassistische Geist der Migrationspolitik und der Asylgesetze.

Und die Klimakatastrophen, die Millionen in die Flucht treiben? Diese Katastrophen sind ebenfalls ein Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise, des Raubbaus von Ressourcen weltweit auch für den Bau von Porsches und Mercedes. Von

diesem Raubbau haben wir bisher meist gut gelebt. Das rächt sich jetzt.

Du willst also sagen, wir sind eigentlich in der Bringschuld, die Politik muss sich ändern und wir brauchen eine wirkliche Willkommenskultur? Aber die Menschen brauchen Soforthilfen.

Ich möchte erinnern: Stuttgart ist offizieller Partner im Bündnis „Städte Sicherer Häfen/Seebrücke“. Dadurch bekundet Stuttgart nachdrücklich seine Bereitschaft, aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich aufzunehmen. Im April 2020 hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen. Die Situation ist nicht einfach, aber wo ein Wille da ist, da gäbe es schon längst Lösungen. An Geld fehlt es nicht. Oberbürgermeister Nopper weigert sich beharrlich, diesen Beschluss umzusetzen.

Es braucht jetzt schnelle Verbesserungen, die Nächte werden kalt. Wir haben eine Debatte im Gemeinderat beantragt und konkrete Vorschläge zur Verbesserung gemacht. Es braucht Sofortmaßnahmen, damit niemand mehr vor der Behörde übernachtet muss. Es braucht Lotsen der Stadt, die schon früh und bevor sich eine Schlange bildet, aufklären und zumindest diejenigen nach Hause schicken, die gar nicht anstehen müssten. Es braucht bessere Informationen, auch für Arbeitgeber:innen, es braucht einen Warteraum im Warmen, Sitzgelegenheiten, Getränke und Toiletten. Und die Stadt hat eine Autonomie. Sie muss nur den Mut haben, bürokratische Schikanen außer Kraft zu setzen.

Übrigens ist mir wichtig, klar zu stellen: Meine Kritik richtet sich nicht an die Kolleg:innen in der Ausländerbe-

Integration kann gelingen

Andreas Linder, Kreisrat der Tübinger Linken im Schwäbischen Tagblatt

Im Kreistag berichteten Landrat Walter und Finanzdezernent Walz im April – nur mündlich – angesichts der hohen Flüchtlingszahlen über den aktuellen Stand bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten im Landkreis. Tenor: Die Situation ist angespannt, aber es gibt noch Plätze. Wir müssen keine Hallen belegen. Die haupt- und ehrenamtlich Tätigen haben viel zu tun, aber insgesamt läuft es gut und ja, „wir schaffen das“. Beifall vom gesamten Kreistag.

Wenige Wochen später stehen dann politische Maximalforderungen in einer Resolution und Pressekampagne des Landkreistags BW „zur Steuerung und Begrenzung der Fluchtmigration und zur finanziellen Unterstützung der Kommunen“. Dieses am 22. Juli veröffentlichte Papier sehen wir nicht als Sommerloch-Füllstoff, sondern als massives politisches Statement – dem deutlich widersprochen werden muss. Obwohl Landrat Walter in seiner Funktion als Landkreistagspräsident beteuert, dass „wir Landkreise zu unserer humanitären Verantwortung stehen“, sprechen die Forderungen eine andere Sprache. Die EU-Pläne zur verstärkten Abwehr an den Außengrenzen sollen „rasch und vollständig“ umgesetzt werden. Das Asylrecht soll „überprüft“ werden. Sozialrechtliche Standards sollen abgebaut werden, auch für die Ukrainer und Ukrainerinnen. Eine Arbeitspflicht soll eingeführt werden.

Was würde die Umsetzung dieser Forderungen zur Überwindung der Probleme der Kommunen helfen? Was hilft es gegen Fluchtursachen? Klimakollaps und Fluchtursachen sind zwei Seiten derselben Medaille. Das wollen viele noch

Erklärung der fluchtpolitischen Sprecher:innen:

Wir verteidigen das Recht auf Asyl.

DIE LINKE.

- Umstellung auf **Sachleistung** ist **Entmündigung!**
- **Sozialleistungen** als Pull-Faktor sind ein **Mythos!**
- **Nein zu Arbeitszwang** und **Arbeitsverboten!**
- **Ja zum Abbau bürokratischer Hürden!**
- **EU-Reformvorschläge** zum GEAS sind **keine Lösung!**

hörde, sondern an Ordnungsbürgermeister Maier und OB Nopper, die gemeinsam diese ablehnende Haltung gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten in die Öffentlichkeit tragen und die Last auf den Beschäftigten abladen. An dieser Stelle nochmals vielen Dank an Alle, die trotz allem noch durchhalten und diesen Job machen.



nicht wahrhaben. Der altbekannte „Abschotten-Ablehnen-Abschieben“-Ansatz und das Sägen an menschenrechtlichen Standards wird bei den nächsten Wahlen vielleicht ein paar Leute, die zur AfD neigen, das Kreuzchen woanders machen lassen – ansonsten aber der AfD auf den Leim gehen.

Wir brauchen sachliche und pragmatische Maßnahmen für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten. Doch dazu hat der Landkreistag nichts zu bieten. Eine gleichzeitig veröffentlichte Studie zu diesem Thema, an der sogar Mitarbeiter des Kreises beteiligt waren, findet keine Erwähnung. Tenor der Studie: Die Kommunen können viel, wenn sie wollen. Zum Beispiel eine Beschäftigungsoffensive starten. Ein Abbau bestehender Arbeitsverbote würde dafür mehr helfen als eine Arbeitspflicht und das Infragestellen von Bleiberechtsgesetzen.

Von der Fortschrittskoalition zum Kürzungsbündnis



von **Gökay Akbulut, MdB**

Vor zwei Jahren stellte die Ampel-Regierung ihren Koalitionsvertrag vor, der einige gute Punkte enthielt. Während den diesjährigen Haushaltsverhandlungen wurde schnell klar, dass diese längst Makulatur sind. Geplant ist ein Haushalt der sozialen Kälte. Es sind drastische Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, bei Arbeitsmarktmaßnahmen, Wohngeld, BAföG, Demokratieförderung, Umweltschutz und bei den Jugendverbänden vorgesehen - selbst beim Katastrophenschutz soll es Einsparungen geben. Eine vollständige Liste aller Kürzungsmaßnahmen würde den Rahmen dieses Artikels deutlich sprengen.

Lediglich die Bundeswehr soll 17 Milliarden Euro mehr bekommen, womit der größte Rüstungshaushalt in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen ist. Für Panzer ist Geld da, für Kinder und Bildung nicht! Geht man den Koalitionsvertrag für den Bereich Kinder, Jugend und Familien durch, reiht sich

ein gebrochenes Versprechen an das nächste.

„Wir werden den Basis- und Höchstbetrag beim Elterngeld dynamisieren.“

Bei der hohen Inflation der letzten Jahre würde eine Dynamisierung eine Erhöhung bedeuten. Stattdessen wird der Rotstift angesetzt und gekürzt.

„Die Plätze in den Freiwilligendiensten werden wir nachfragegerecht ausbauen“

Der Kabinettsentwurf für den Haushalt 2024 sieht eine massive Kürzung der Haushaltsmittel für die Freiwilligendienste vor. Was dazu führen wird, dass etwa jeder dritte Freiwilligenplatz gestrichen wird. Auch bei der internationalen Jugendarbeit wurde eine Stärkung angekündigt - aber mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf ist eine Streichung von Stellen unvermeidbar.

Die Handschrift dieses Spardiktats ist unverkennbar die des Bundesfinanzministers und FDP-Vorsitzenden Christian Lindner. Doch auch Grüne und SPD sind letztlich für diese katastrophale Weichenstellung mit verantwortlich. Das Hin und Her um die Finanzierung der Kindergrundsicherung verdeutlicht die Zusammenarbeit im Kürzungsbündnis Ampelkoalition. Aus den angekündigten 12 Milliarden Euro werden, trotz dem scharfen Protest von Sozial- und Kinderverbände lediglich 2.4 Milliarden. Mit „Bauchschmerzen“ und moralischen Bedenken schwenken Grüne und SPD letztlich auf die Linie der FDP ein.

Gegen Armut hilft Geld! Geld, welches die Ampelkoalition statt in eine Kindergrundsicherung - die den Namen auch verdient - lieber Unternehmen zur Verfügung stellt. So sollen durch das „Wachstumschancengesetz“ 6 Milliarden Euro an Unternehmen ausgeschüttet werden.

Während prominente Wirtschaftswissenschaftler*innen eine Investitionswende fordern, wird ein rücksichtsloser und kurzsichtiger Sparkurs umgesetzt. Als „Fortschrittsregierung“ angetreten, wurde die Ampel zu einer Koalition der gebrochenen Versprechen und zu einem Kürzungsbündnis.

Umsteuern für bezahlbares Wohnen! Miethai-Tour im Juli

Von **Sahra Mirow, Landessprecherin**

Mit unserem Miethai im Gepäck haben wir Anfang Juli unsere Positionen für ein Umsteuern in der Wohnungspolitik und eine sozial gerechte Wärmewende auf die Straße getragen. Im Zentrum unserer Miethaitour standen kleinere und mittlere Städte, in denen wir bei der kommenden Kommunalwahl neue Mandate erringen und unsere jetzigen ausbauen wollen.

Unsere Forderungen:

- Mieter:innen schützen: Modernisierungsumlage abschaffen!
- Sozialwohnungen schaffen: Landeswohnbaugesellschaft gründen!
- Vermögenssteuer wiedereinführen: Reiche und Konzerne endlich gerecht besteuern!

Dabei haben wir viele Gespräche mit Mieter:innen geführt und die Menschen gefragt, was sie machen würden, wenn sie weniger Miete zahlen müssten. Bei den Gesprächen wurde deutlich, dass die Schmerzgrenze für die meisten schon längst erreicht ist. Immer mehr Menschen zahlen weit mehr als ein Drittel ihres Haushaltseinkommens für die Miete. Da bleibt immer weniger zum Leben übrig. Auf unsere Frage sagten daher viele: Dass sie, wenn die Miete sinken würde, ihren zweiten Job nicht mehr bräuchten, endlich etwas mehr Freizeit hätten und vielleicht auch mal in den Urlaub fahren könnten.

Wir setzen uns daher von der Kommune bis in den Bundestag dafür ein, dass bezahlbarer Wohnraum politische Priorität



wird. Wir unterscheiden uns dabei von allen anderen Parteien, da wir fordern, dass mit Wohnraum keine Profite gemacht werden dürfen. Wohnraum muss in öffentliche Hand.

Baden-Württemberg gehört zum bundesweiten Schlusslicht beim sozialen Wohnungsbau. Auf 1.000 Mieterhaushalte kommen lediglich 20 Sozialwohnungen. Das Land liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt von über 40 Sozialwohnungen auf dem fünft letzten Platz. Für 9 von 10 berechtigten Haushalten bedeutet das, dass sie keine Aussicht auf eine Sozialwohnung haben. Das Land lässt die Kommunen im Regen stehen. Daran hat auch das neue Wohnungs- und Bauministerium bislang nichts geändert. Die gewaltige Auf-

gabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, können die Kommunen nur mit Unterstützung der Landesregierung meistern. Deshalb fordern wir vom Land mehr Geld für Wohnen und verknüpfen damit drei zentrale Ziele. Das Land muss eine Landeswohnbaugesellschaft gründen, die selbst baut und Kommunen ohne städtische Wohnbaugesellschaft beim Bau unterstützt. Die Landeswohnraumförderung muss aufgestockt werden. Der Anteil der Landesfördermittel muss mindestens so hoch sein wie die Fördermittel des Bundes. 30.000 Sozialwohnungen müssen im Jahr geschaffen und erhalten werden, damit der Bedarf an bezahlbaren Wohnraum gedeckt wird.

Das sind zentrale Forderungen unseres 5-Punkte-Plans für bezahlbares Wohnen in Baden-Württemberg. Im kommenden Jahr werden wir das Thema mit dem Kommunalwahlkampf verknüpfen und den Volksantrag MIETEN RUNTER starten.

Als Landesverband haben wir einen eigenen aufblasbaren Miethai und das nötige Equipment. Möchtet ihr, dass der Miethai auch in eure Stadt kommt? Dann meldet euch gerne in der Landesgeschäftsstelle am besten per Mail unter lgs@die-linke-bw.de

MIETEN RUNTER: 5 Punkte-Plan für bezahlbares Wohnen in Baden-Württemberg

Mehr Geld für Wohnen

- Landeswohnbaugesellschaft gründen: Landeswohnbaugesellschaft muss selber bauen und kleinere Kommunen, die keine städtische Wohnbaugesellschaft haben, beim Bau unterstützen
- Wohnraumförderung: Anteil der Landesfördermittel mindestens so hoch wie Fördermittel des Bundes
- 30.000 Sozialwohnungen im Jahr zusätzlich schaffen und erhalten

Klimagerechtes und barrierefreies Wohnen

- Landesbauordnung nachschärfen

Nachbericht „Crashkurs Wohnpolitik“ in Freiburg

Von Mirko Boysen

Crashkurs Wohnpolitik: Theorie und Praxis mit Filippo Capezzone

15 der 30 teuersten Städte Deutschlands befinden sich in Baden-Württemberg. Menschen bleibt seit Jahren immer weniger von ihrem Gehalt, sobald sie ihre Miete überweisen. Gerade geringer verdienende Haushalte geben anteilig besonders viel Geld fürs Wohnen aus. Dass die Miet- und Wohnsituation in Deutschland gelinde gesagt untragbar ist und die soziale Frage unserer Zeit aufwirft, ist uns allen seit langem bewusst. Und doch ist es keine leichte Aufgabe, sich in der komplexen Welt des kapitalistischen Wohnungsmarktes zurechtzufinden, geschweige denn die richtigen Antworten und Angebote für Mieter*innen zu erarbeiten.

Mit seinem „Crashkurs Wohnpolitik“ am 30. September führte Filippo Capezzone, Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, in einem Eintagesseminar am 30.09. in Freiburg etwa 30 Wohnaktivist*innen und interessierte Mieter*innen in die theoretischen und praktischen Grundlagen rund ums Thema Wohnen im Kapitalismus ein.

Nach einer grundsätzlichen Begriffserklärung erarbeiteten die Teilnehmenden anhand eines wohntheoretischen Textes des marxistischen Humangeographen Bernd Belina die Grund-



Der Miethai bei unseren Aktionen im Einsatz, hier in Heidelberg

- klimagerechtes Bauen muss der Standard werden, das wollen wir fördern
- Verbindlichkeit für barrierefreie Wohnungen konkretisieren
- Keine Umlage von Modernisierung und Sanierung auf Mieter:innen

Aktive Bodenvorratspolitik

- Mittel für Bodenfond erhöhen
- Kommunen beim Flächenerwerb unterstützen
- Kommunen fördern, die Flächen grundsätzlich nur in Erbpacht vergeben
- Kein Verkauf von Grund und Boden

Wohngemeinnützigkeit und Mietendeckel

- Druck auf die Bundesregierung erhöhen: Für neue Wohngemeinnützigkeit und bundesweiten Mietendeckel
- In Baden-Württemberg: Förderung von Baugenossenschaften nach der Devise: „Baugenossenschaften sind unsere Partner, der freie Markt ist Konkurrent“

Spekulation mit Wohnraum beenden

- Leerstandskataster
- Leerstand und Zweckentfremdung konsequent verfolgen
- Housing First: Menschen aus der Wohnungslosigkeit holen

probleme der Produktionsweise von Wohnraum und deren Vermarktung im Kapitalismus. Es folgte eine geschichtliche Kontextualisierung der Entwicklungen der bundesdeutschen Wohnpolitik und deren Auswirkungen auf den hiesigen Wohnungsmarkt. Schließlich zeigte Capezzone Möglichkeiten auf, wie eine mögliche Mobilisierung von Mieter*innen im Kampf gegen gierige Wohnungsunternehmen wie Vonovia und eine Sensibilisierung im Sinne linker Wohnpolitik, allen voran durch praktische Ansätze wie Stadtteilarbeit und Beratungsangebote, aussehen kann.

Was er den Anwesenden Aktivist*innen dabei deutlich macht: der Kampf gegen die Ausbeutung und Schikane von Mieter*innen bedarf Geduld und einen langen Atem. Der Blick nach Österreich, wo die KPÖ besonders in Graz seit Jahrzehnten erfolgreiche, aber aufreibende und zeitaufwendige Kümmererpolitik mit Fokus auf dem Thema Wohnen leistet, stellt diesen Aufwand, aber auch die möglichen Erfolge eindrucksvoll dar.

Bei einem abschließenden Planspiel konnten sich die Teilnehmenden über gesammelte Erfahrungen in der politischen Arbeit zum Thema austauschen und sich gegenseitig für den weiteren Kampf gegen horrenden Mieten und die daraus erfolgende Umverteilung von unten nach oben motivieren und vernetzen.

Baustelle Wohnungspolitik

von *Christian Buschhaus*

Informationsveranstaltung der LINKEN Marbach-Bottwartal in Steinheim

Im letzten Jahrzehnt ist das Wohnen für einen wachsenden Teil der Menschen in Deutschland zu einem großen Problem geworden. Steigende Mieten und Bodenpreise zeigen, dass der Markt offensichtlich nicht in der Lage war, das elementare Recht auf ein gesichertes und finanziell zumutbares Wohnen zu verwirklichen. Gerade dafür kämpft seit knapp zwei Jahren die Mietenkampagne der LINKEN.

Am 27. September hat der Ortsverband Marbach-Bottwartal zu einer Veranstaltung über Wohnungspolitik ins TSG-Heim Steinheim eingeladen. Der Ortverbandsvorsitzende Walter Kubach informierte im ersten Teil über die aktuelle Entwicklung: Die Verdoppelung der Mietpreise in Deutschland in den letzten 30 Jahren, der Anstieg der Immobilienpreise um über 60% seit Beginn des Jahrtausends hat schon vor 2022 dazu geführt, dass ca. 15% Haushalte mit mehr als zwei Fünfteln ihres Einkommens die Belastungsgrenze für das Wohnen überschreiten. Diese Situation hat sich durch die Verteuerung der Energiepreise weiter verschärft. Wegen der Inflation und steigenden Zinsen müssen selbst Familien mit relativ hohem Einkommen den Traum von den eigenen vier Wänden aufgeben. Die ungleichen Chancen auf dem Wohnungsmarkt spiegeln die zunehmende Ungleichheit der Lebensbedingungen in Deutschland wider.

Durch eine verfehlte Wohnungspolitik (Privatisierung von Wohnungen, Abbau des Sozialen Wohnungsbaus, Abschaffung des Gesetzes zur Wohngemeinnützigkeit) hat die Regierungspolitik der vergangenen Jahre die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt mit verursacht. Die Möglichkeit wurde aus der Hand gegeben, das Wohnen sozial zu gestalten. 2023 wird die aktuelle Ampel-Regierung mit knapp 200 000 neuen

Wohnungen ihr Ziel von 400 000 weit verfehlen.

In der anschließenden Diskussion beschäftigten sich die Teilnehmenden mit den Ursachen der steigenden Miet- und Bodenpreise und der Frage, welche politische Lösungen es gibt.

Oft wird die Bodenspekulation für die steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich gemacht. Tatsächlich ist die Spekulation nur dann möglich, wenn die Nachfrage nach Wohnraum das Angebot übersteigt. Dies führt zu Mietpreissteigerungen. Dadurch lassen sich auch höhere Bodenpreise für Investoren mit Profit verwerten.

Eine soziale Wohnungspolitik muss bei bezahlbaren Mieten ansetzen.

Diese müssen sich an den Bedürfnissen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der unteren Einkommensklassen orientieren. Städte wie Wien (60% der Wohnungen in öffentlicher Hand), Ulm (40%), Singapur (80%) haben einen großen Teil des Wohnraums dem Markt entzogen. Das hat zu deutlich niedrigeren Mieten und zu weniger Bodenspekulation geführt. DIE LINKE stützt sich mit ihren wohnungspolitischen Forderungen auf solche Erfahrungen und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse: Wohnungspolitik muss nachhaltig sein; die öffentliche Hand muss die Verfügung über einen großen Anteil des Grund und Bodens zurückgewinnen, etwa durch Vorkaufsrechte, Erbbaurecht, Bodenbevorratung, gegebenenfalls auch durch Vergesellschaftung nach Artikel 15 des Grundgesetzes.

Derartige Modelle wurden in Deutschland schon vor 50 Jahren, z. B. von Hans-Jochen Vogel (SPD), vorgeschlagen – ohne Erfolg. Heute ist DIE LINKE die einzige Partei, die eine solche Politik konsequent vertritt und sich damit klar gegen marktliberale Ideologien und fremdenfeindliche Scheinlösungen rechter Demagogen abgrenzt.

Auftakt #wirfahrezusammen

von *Kim Sophie Bohnen, KV Heidelberg*

Die sozial-ökologische Verkehrswende ist für uns LINKE schon lange ein anvisiertes Ziel. Der Verkehrssektor dient als wichtiger Hebel, um die Klimakrise zu bewältigen und einen klimafreundlichen und kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr für alle Menschen zu schaffen. Die aktuelle Situation sieht vor Ort jedoch oft folgend aus: Ausfälle vieler Verbindungen, Personalmangel sowie Überstunden und geringe Verdienste. So kann das nicht bleiben! Für eine sozial-ökologische Verkehrswende braucht es mehr Kolleg*innen in den Betrieben, für uns ist aber klar: nur mit höheren Löhnen und guten Arbeitsbedingungen.

Für die 87.000 Beschäftigte im Kommunalen Nahverkehr wird bundesweit 2024 über ihre Arbeitsbedingungen verhandelt. Als LINKE stehen wir an der Seite der Beschäftigten und wollen mit ihnen und der Klimabewegung für eine gerechte Verkehrswende kämpfen.

Die Kampagne #Wirfahrezusammen inkludiert Klimaaktivist*innen, ÖPNV-Beschäftigte und ver.di miteinander. Um möglichst viel Unterstützung in der Zivilgesellschaft für das Anliegen der Beschäftigten zu gewinnen, startete die Sammelaktion der Mehrheitspetition am Tag des globalen Klimastreiks, am 15. September. Auch

in Baden-Württemberg waren Genoss*innen von uns aktiv bei der Sammelaktion dabei: Allein in Heidelberg und Stuttgart waren die Sammelaktionen, unterstützt von Genoss*innen vor Ort, überaus erfolgreich – mit über 1800 gesammelten Unterschriften! Bundesweit wurden seit dem globalen Klima-



mastreik 21.415 Unterschriften für die Petition gesammelt – ein klares Zeichen für die Notwendigkeit und breite Unterstützung für eine gerechte Verkehrswende! Auch auf dem Landesausschuss oder einigen Regionalkonferenzen haben wir Unterschriften gesammelt. Die LINKE unterstützt bundesweit die Kampagne. Ob vor Ort in den Gruppen organisieren und den Kontakt mit den Beschäftigten halten, Unterschriften sammeln helfen, in und um die eigene Mitgliedschaft hinaus, oder durch Haustürgespräche oder Sammeltage Aufmerksamkeit für die Tarifrunde schaffen. Auch ohne aktive Ortsgruppe von #wirfahrezusammen gibt es zahlreiche Möglichkeiten für die LINKE, die Beschäftigten im Nahverkehr zu unterstützen. Als Bündnispartner*innen, durch parla-

mentarische Unterstützung vor Ort oder inhaltlicher Alternativen, ist die Kampagne für uns LINKE in Baden-Württemberg, das Land der Automobilindustrie, ein wichtiges Instrument, um Bündnisse zu schmieden und die Beschäftigten mit unseren Möglichkeiten zu unterstützen.

"Wir fahren zusammen" Globaler Klimastreik mit FFF, ver.di und DIE LINKE in Heilbronn

200 Menschen demonstrierten am 15. September in Heilbronn für eine Politik, die dem Klimawandel begegnet. BusfahrerInnen und ihre Gewerkschaft ver.di waren ebenfalls dabei und sprachen auch zu den Anwesenden. Eine Busfahrerin, Mona Berndt, ist auch Mitglied der Linken, genauso wie Gise Schulz, die im Orga-Team der Demo mitwirkte. Auf der Bühne sprach Naturfreund und linker Regionalrat Johannes Müllerschön über eine bevorstehende Veranstaltung der Naturfreunde mit ihrem Vizepräsidenten Mamdou Mbodji zum Thema Klimaschutz. Die Forderung nach besserem ÖPNV vertrat auch der linke Stadtrat Konrad Wanner, so eine bessere Taktung der Stadtbusse und die Einführung eines 365 €Tickets. Er forderte den Stopp des Gaskraftwerks, dass in Heilbronn gebaut und mit bis zu 100% Fracking Gas betrieben werden soll und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die ganze Rede kann auf der Homepage der Gemeinderatsgruppe nachgelesen werden: DIE LINKE. Heilbronn - im Gemeinderat (linke-bw.de)



Über 120 Menschen beim SIEDEKESSEL

Klimafestival der LINKEN Stuttgart von Dennis Klora, KV Stuttgart

Darüber, dass wir uns im Kampf um unseren Planeten nicht auf die Ampel und Konzerne verlassen können, herrscht in weiten Teilen der Klimagerechtigkeitsbewegung inzwischen Einigkeit. Deshalb müssen es wir Menschen selbst in die Hand nehmen und Veränderung von unten erstreiten – doch was heißt das konkret? Welche Theorien geben uns eine Leitlinie? Und was für Strategien versprechen Erfolge?

Um Antworten auf diese Fragen zu entwickeln, organisierten wir von der LINKEN Stuttgart Anfang September das Klimafestival SIEDEKESSEL. Dabei stellte das Festival auch den vorläufigen Endpunkt unserer lokalen ÖPNV-Kampagne @365stuttgart dar, bei der wir über 13.000 Unterschriften für einen weitreichenden Nulltarif sammeln konnten. Die vielen Erfahrungen bei der Organisation und Durchführung der Kampagne wollten wir uns an diesem Tag einfließen lassen – und dabei auch das Feiern des Erreichten nicht vergessen.

Das Festival wollten wir bewusst nicht in einem der üblichen politischen Räume veranstalten, sondern es mitten in die Stadt hineinragen. Die Wahl fiel auf eine kleinere Kunstgalerie am Rand der Stuttgarter Stadtmitte. Da das Wetter mitspielte, konnte ein Großteil des Programms sogar draußen auf der Straße umrahmt von Altbauten stattfinden.

Den Start machte mittags das Eröffnungspodium. Hierbei erklärte eine Aktivistin – und seit kurzem auch LINKE Genossin – die Kampagne #wirfahrenzusammen, bei der die Klimabewegung gezielt mit ÖPNV-Beschäftigten und ver.di zusammenarbeitet. Den Gegenentwurf formulierte ein Aktivist der Letzten Generation Stuttgart, ehe ein LINKE Genosse mit seinen Erfahrungen zur lokalen ÖPNV-Kampagne die Debatte abrundete. Es folgten theoretische Inputs zur Frage von Klassenkampf und Klimakrise (vorgelesen vom SDS-Genossen Joshua Graf), einem linken Green New Deal (Bernd Rieinger) und dem Streikansatz Bargaining

for the common good (Michael Feindert). Im Anschluss berichteten Aktivist:innen aus Lützerath und von „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ von ihren praktischen Ansätzen, während der Salzburger KPÖ-Landtagsabgeordnete Christian Eichinger Einblicke in deren Erfolgsrezept gab.

Gespannte Blicke gab es, als am Abend mit Andreas Kemper, eine echte Bekanntheit über die Zusammenhänge von Klimakrise, Männlichkeit und Rechtsextremismus referierte. Daraufhin berichtete MdB Gökay Akbulut über die Lage in der Türkei und ihre vor Kurzem erfolgte Verhaftung. Ein fulminanter Abschluss gelang der Autorin Özge Inan mit einer Lesung aus ihrem Debütroman „Natürlich kann man hier nicht leben“. Leseempfehlung!

Schlussendlich konnten wir als LINKE an diesem Tag über 120 Personen der Klimagerechtigkeitsbewegung mit sozialen Akteur:innen, Gewerkschafter:innen und noch unorganisierten Stuttgarter:innen zusammenbringen. Für uns wurde so greifbar, dass DIE LINKE nicht nur eine zentrale Akteurin und treibende Kraft im Aufbau einer starken sozial-ökologischen Bewegung sein muss, sondern es mit einem guten Plan auch sein kann.



Kommunalpolitische Eckpunkte

Die Kommunalpolitischen Eckpunkte wurden auf unserem Landesparteitag ausführlich vorgestellt und diskutiert. Auch einige Änderungsanträge wurden von den Delegierten verabschiedet. Mit diesem hohen Maß an innerparteilicher Demokratie bilden sie unseren programmatischen Rahmen für die kommenden Kommunalwahlen. Sie sollen eine Hilfestellung und Unterstützung für alle unsere Kandidaturen sein, welche sie gerne im Ganzen oder in Auszügen für ihr Kommunalwahlprogramm verwenden können.

Politik für Menschen statt für Profite. Für eine starke LINKE

Kommunalpolitik betrifft uns alle. Direkt vor unserer Haustür – und oft auch dahinter – werden die gesellschaftlichen Konflikte sichtbar: Wenige werden immer reicher, während sich viele für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. An allen Orten, die das gesellschaftliche Leben aufrechterhalten, spürt man das fehlende Personal: In Krankenhäusern und Pflegeheimen, an Schulen und in den Kitas, im Nahverkehr und im Einzelhandel und das sind noch lange nicht alle. Die Krisen häufen sich immer mehr: Corona-Pandemie, Krieg in Europa, Inflation, Strom- und Gaskrise, die Folgen des fortschreitenden Klimawandels und eine größer werdende Schere zwischen Arm und Reich.

Das Scheitern der Ampelkoalition, besonders beim Thema Klimaschutz, und der Aufschwung der AfD zeigen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Große Teile der Bevölkerung – bis weit in die Mittelschicht – erleben durch systematische Verarmung einen umfassenden Angriff auf ihre Lebensqualität. Die Absenkung der Reallöhne, Zwangsarbeit für Bürgergeld-Bezieher:innen nach sechs Monaten, Angriff auf die Renten, Blockaden bei der Kindergrundsicherung und armutssicheren Mindestlohn, Steuerentlastung für Superreiche, steigende Preise überall und zugleich eine Verschlechterung der Qualität von Wasser und Böden führen zu Verunsicherung und Zukunftsangst. Dazu kommen auf die Kommunen neue oder bisher vernachlässigte Aufgaben hinzu durch Sturzfluten, Dürren und Hitzewellen.

Wir als DIE LINKE sind überzeugt: Wir brauchen unterschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Mehrheit und eine grundsätzliche Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Wir brauchen eine ökologische Wende, die mit sozialer Sicherheit einhergeht. Nur so kann die notwendige breite Akzeptanz für einen weitreichenden Klimaschutz erreicht werden. Mit dem aktuellen Bericht des Club of Rome „Eine Erde für alle“ (2022) ist es wissenschaftlich belegt, dass die globale Bekämpfung der Armut eine Bedingung der Sicherung unserer Lebensbedingungen bedeutet. Die Sicherung der Lebensqualität mit der Daseinsvorsorge und der Natur (Wasser, Böden, Wälder, Luft) beginnt in den Kommunen.

Linke Kommunalpolitik heißt deswegen einzutreten für soziale Interessen, nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle in der Gemeinde und im Landkreis, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Diese drei Dimensionen entsprechen den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen – den Sustainable Development Goals (SDGs). Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich dazu verpflichtet dies bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das Handeln der Bundes- und Landesregierung steuert allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. Die meisten Menschen, die sich gemeinnützig und sozial engagieren, tun dies auf kommunaler Ebene. Sie tun dies im Sportverein, bei der Flüchtlingsarbeit, antifaschistischen und Friedensgruppen oder in den Sozial- und Umweltverbänden. Hier findet das öffentliche Leben statt.

DIE LINKE verbindet die Arbeit in Kommunalparlamenten mit Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter:innenpolitik im Parlament machen, sondern gemeinsam vor Ort etwas bewegen. Linke Kommunalpolitik heißt daher, den Interessen benachteiligter Gesellschaftsgruppen Gehör zu verschaffen, demokratische Teilhabe für alle einzufordern und gemeinsam eine nachhaltige sozial-ökologische Entwicklung in allen Gesellschaftsbereichen zu erkämpfen. DIE LINKE leistet Widerstand gegen das vermeintlich alternativlose „Weiter so!“ Unser Ziel heißt demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand bleiben oder privatisierte Betriebe rekommunalisiert werden. Bürger:innen müssen bei allen wichtigen Entscheidungen einbezogen werden. Das kapitalistische System mit seiner Profitlogik ist direkte oder indirekte Ursache der vielfältigen Krisen. Deshalb verbinden wir den Kampf gegen Verschlechterungen und für konkrete Verbesserungen mit der Perspektive der Überwindung des Systems und machen diese Verbindung in unserer täglichen Arbeit deutlich. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!

1. Mieten Runter!

Die Hälfte der bundesweit 30 teuersten Städte beim Wohnen liegt in Baden-Württemberg. Die Schmerzgrenze ist längst überschritten, dennoch steigen die Mieten weiter an. Gleichzeitig schießen die Preise für Lebensmittel und Energie durch die Decke, während jede Lohnerhöhung hart erkämpft werden muss.

Alle Parteien reden von bezahlbarem Wohnraum und sorgen mit ihrer Politik dafür, dass es immer weniger Wohnraum gibt, der für Gering- und Normalverdiener:innen bezahlbar ist. Für DIE LINKE ist klar: die Mieten müssen wieder sinken! Wohnen darf nicht den Konzernen überlassen werden, deren Hauptinteresse es ist, für ihre Aktionär:innen die höchstmögliche Rendite rauszuholen. Insbesondere in den größeren Städten, aber nicht nur da, wird die Miete dadurch kaum noch bezahlbar für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. In zahlreichen baden-württembergischen Städten zahlen Pflegekräfte, Busfahrer:innen oder Verkäufer:innen bis zur Hälfte des Einkommens allein für die Miete. Die frühere rot-grüne Landesregierung hat 2012, 21.500 Wohnungen der LBBW den Immobilienhain ausgeliefert. Heute gehören diese Wohnungen dem größten Immobilienkonzern Deutschlands VONOVIA. Diese Wohnungen müssen durch Enteignung zurück in die öffentliche Hand. Entsprechend dem Berliner Volksbegehren fordern wir die Überführung aller Immobilienkonzerne mit Wohnungsbeständen über 3.000 Wohnungen in kommunales Eigentum und ihre demokratische Verwaltung durch gewählte Vertreter:innen von Mieter:innen, Beschäftigten und der Kommune. Die Spekulation mit Immobilien hat zu einem hohen Leerstand geführt. Anstatt Geflüchtete und Wohnungslose in Behelfsunterkünften unterzubringen, muss dieser Leerstand sofort durch Beschlagnahme genutzt werden.

Als DIE LINKE Baden-Württemberg haben wir daher die Kampagne „Mieten Runter“ gestartet. Wir kämpfen gemeinsam mit den Mieter:innen, Mieterinitiativen und Wohnungsinitiativen für eine soziale Wohnungspolitik, die Wohnen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreift. Daher setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für eine neue Wohngemeinnützigkeit ein, um Wohnen dem profitorientierten Markt zu entziehen und damit wieder bezahlbar zu machen.

Parallel zu unserem Einsatz in den kommunalen Gremien werden wir einen Volksantrag auf den Weg bringen, der die Landesregierung dazu auffordert, die Wohnungsfrage endlich konsequent anzugehen.

DIE LINKE fordert:

- Mieten runter: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften dürfen die Mieten nicht weiter erhöhen, sondern müssen diese absenken. Mit kommunalen Wohnungsgesellschaften dürfen keine Gewinne gemacht werden.
- Keine Profite mit der Miete: stattdessen den sozialen, barrierefreien und kommunalen Wohnungsbau deutlich ausweiten.
- Vorrang für Soziales: mindestens 50% Sozialquote bei allen neuen Wohnbauprojekten. Sozialwohnungen dürfen nicht nach wenigen Jahren wieder aus der Bindung fallen.
- Keine Ausweisung von Bauland ohne vorherigen Kauf der Grundstücke durch die Kommunen.

- Die Kommunen müssen auf eigenen Grundstücken nach dem Modell des Wiener Gemeindebaus preisgünstige Wohnungen bauen.
- Wohnen in die öffentliche Hand: wir wollen kommunale Vorkaufsrechte stärken und kommunale Wohnungsbestände ausweiten, z.B. durch Entwicklungssatzungen.
- In allen Landkreisen und kreisfreien Städten muss es kommunale Wohnungsbaugesellschaften geben.
- Kein Ausverkauf von Grund und Boden: Flächen nur noch in Erbpacht vergeben. Das Land muss die Kommunen beim Flächenerwerb unterstützen.
- Der Abriss von Gebäuden mit erhaltenswerter Bausubstanz muss gestoppt werden. Es muss verstärkt im Bestand gebaut werden.
- Leerstand muss konsequent verfolgt werden. Spekulativer Leerstand von Wohnungen und Gewerberäumen muss entschädigungslos enteignet werden.
- Für baureife Grundstücke mit Baugenehmigung muss ein Baugebot notfalls durch Enteignung durchgesetzt werden.
- Wohnprojekte unterstützen: Das Land muss die Mittel der Landeswohnraumförderung deutlich aufstocken und die Fördersätze so erhöhen, dass gemeinwohlorientierte Wohnprojekte damit arbeiten können. Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Wohnungsinitiativen wie das Mietshäuser Syndikat wollen wir kommunal fördern. Das Fördervolumen muss so angehoben werden, dass der Verfügungsumfang nicht schon im Frühjahr ausgeschöpft ist, sondern das ganze Jahr verfügbar ist.
- Die Landesbauordnung wollen wir nachschärfen für mehr barrierefreie Wohnungen und klimagerechtes Bauen.
- Spekulation auf Wohnraum und gewerbliche Vermietungen als Ferienwohnungen wollen wir unterbinden. Dafür fordern wir eine konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots.
- Ein Leerstandsregister in den Kommunen einführen.
- Die Grundsteuer für baureife, aber unbebaute Grundstücke wollen wir deutlich erhöhen gegenüber der Grundsteuer für bebaute Grundstücke.
- „Fachstellen Wohnungssicherung“ müssen in jeder Kommune installiert werden, um Wohnungsverluste zu vermeiden. Wir wollen „Housing First“-Projekte als weiteren Baustein der Wohnungslosenhilfe unterstützen.
- Städtische Wohnbaugesellschaften sollen Wohnkontingente bereitstellen für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt werden.
- Stärkung von ökologischen Bauweisen/-stoffen durch Holz oder Lehm anstelle von Beton/ Zement und Verpflichtung von Recycling (Beton ist zusammen mit Stahl für mehr als 13 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich).
- Ausweitung des barrierefreien und altersgerechten Wohnungsbaus sowie Mehrgenerationenhäuser.

2. Vorfahrt für Soziales und gute Arbeit

In Zeiten steigender Preise und horrender Mieten wird es bei vielen am Monatsende knapp. Die Corona-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, nun kommen enorme Preissteigerungen hinzu. Lebensmittel und Energie wird immer mehr zum Luxus. In der Folge nimmt Armut und besonders auch Kinderarmut zu. In Baden-Württemberg waren im Jahr 2021 etwa 400.000 Kinder unter 18 Jahren von Armut betroffen oder bedroht.

Die von der Bundesregierung aufgesetzten Entlastungspakete reichen bei Weitem nicht aus und entlasten und erreichen mitunter ohnehin schon bevorzugte Haushalte, anstatt weitaus stärker förderungsbedürftige Bevölkerungsgruppen. Auf echte Entlastung vom Land warten wir noch immer. Die Städte und Gemeinden sind daher besonders gefragt, denn die öffentliche Daseinsvorsorge findet hier statt. Es wird endlich Zeit, dass das Land die Kommunen hierfür ausreichend finanziert.

Als im Zuge der Corona-Pandemie freiwillige Leistungen der Kommunen gestrichen werden sollten, haben sich unsere Mandatsträger:innen vor Ort dagegen eingesetzt. Wir haben Sozialtickets und mehr sozialen und barrierefreien Wohnungsbau erkämpft. In Zeiten zunehmender sozialer Spaltung brauchen wir mehr soziale Angebote, nicht weniger!

Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, die allen Menschen Teilhabe und Mitbestimmung ermöglicht.

DIE LINKE fordert:

- Gebührenfreie Kitas, kostenfreie und gesunde Mittagessen an allen Kitas und Schulen sowie freie Schüler:innentickets, auch für Azubis und Meisterschüler:innen.
- Mehr sozialer, kommunaler und barrierefreier Wohnungsbau.
- Keine Zwangsumzüge und auch keine Strom-, Wasser- und Gassperren. Es darf nicht sein, dass Menschen umziehen oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen, weil sie zu wenig Geld haben.
- Wir haben bereits in vielen Kommunen die Einrichtung von Nothilfefonds erreicht und wollen, dass diese in allen Kommunen eingerichtet werden.
- Sozialtickets für Menschen und Familien mit geringem Einkommen.
- Soziale Hilfs- und Beratungsstrukturen ausbauen und Beschäftigte fair bezahlen. Die sozialen Angebote in den Städten und Gemeinden dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.
- Mehr öffentlich geförderte und fair entlohnte Beschäftigung für Erwerbslose. Dabei ist es nicht nur, aber besonders für Alleinerziehende wichtig, dass die Arbeit mit der Kinderbetreuung vereinbar ist.
- Freier Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Schwimmbädern, Sportangeboten und Museen. Öffentliche Dienstleistungen müssen stärker an gesellschaftliche Bedürfnisse und neue technologische Möglichkeiten angepasst werden.
- Als Zwischenschritt zum freien Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen muss ein Sozialpass in allen Kommunen eingeführt werden, der Familien und Menschen mit wenig Einkommen weitreichende Vergünstigungen bietet.
- Kulturförderung stärker an sozialen und inklusiven Aspekten ausrichten.

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie für alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen oder anderen finanziellen Möglichkeiten zugänglich sind. Dazu gehören Energie und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserversorgung, Wohnungswirtschaft, Öffentlicher Verkehr (ÖPNV), Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung ebenso wie Gesundheit und Telekommunikation.

Die Versorgungssicherheit hat hier immer Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen oder gar Gewinnerwartungen. Wir wollen diese Bereiche perspektivisch und dauerhaft der Markt- und Profitlogik entziehen. Dieser stellen wir das Gemeinwohlinteresse entgegen und rücken es in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Aufgaben.

Kommune als Vorreiterin für gute Arbeit

Kommunale Arbeitgeber tragen Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Gestaltung für deren Einkommen und Löhnen. Sie müssen einen großen Beitrag leisten, um prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Kommunen (Städte) und deren Eigenbetriebe haben die geltenden Branchentarifverträge einzuhalten.

Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung lehnen wir grundsätzlich ab. Ist dies nicht in allen Fällen möglich, gelten die oben genannten Vorgaben. Der öffentliche Beschäftigungssektor muss deutlich ausgebaut werden. Die Kommunen haben sicherzustellen, dass die einzuhaltenden Kriterien regelmäßig überprüft werden – auch bei den Eigenbetrieben und kommunalen Beteiligungsgesellschaften. Wenn eine Kommune Aufträge an soziale Betriebe und Träger vergibt, müssen sie ihre Beschäftigte nach Tarifvertrag bezahlen.

Wir fordern die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Wasser, Strom, Gas, medizinische Versorgung, Krankenhäuser und ÖPNV – all dies darf nicht weiter privatisiert werden. (Re-)Kommunalisiert können diese Leistungen von Kommunen und Landkreisen selbst erbracht werden. Es geht besser ohne Gewinnabsicht und Profitmaximierung. Wir fordern existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze für alle. Der Mindestlohn für Beschäftigte bei den Kommunen und Landkreisen muss mindestens 15 Euro betragen.

Der Öffentliche Dienst als Pionier für attraktive Arbeitsbedingungen

Als LINKE setzen wir uns für gute Arbeit ein, die zum Leben passt. Der Öffentliche Dienst soll dabei durch die Einführung einer 30-Stunden bzw. 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit gutem Beispiel vorangehen. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Arbeitszeitmodelle auf kommunaler Ebene zusammen mit den Beschäftigten und ihren betrieblichen Interessenvertretungen entwickelt werden. Als einen weiteren Schritt fordern wir, wo dies möglich ist, entsprechende Experimente auf kommunaler Ebene. Hierzu ist eine enge Kooperation mit den Personalrats- und Betriebsratsgremien sowie den Gewerkschaften notwendig. Sachgrundlose Befristungen darf es bei Beschäftigungsverhältnissen in öffentlicher Hand nicht geben.

Fachkräftemangel ist auch im Bereich der kommunalen Beschäftigung zu spüren. Dies geht auf Dauer zu Lasten der Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und führt bei den Beschäftigten zunehmend zu einer wachsenden Arbeitsbelastung. Um hier gegenzusteuern, fordern wir eine vorausschauende Personalplanung und Personalentwicklung.

Ausbildungsplätze müssen auf allen kommunalen Ebenen (auch den kommunalen Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften) über den Eigenbedarf hinaus angeboten werden – insbesondere für Jugendliche, die auf dem sogenannten ersten Ausbildungsmarkt (Arbeitsmarkt) Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Damit übernimmt die öffentliche Hand, auch unter dem Blickwinkel der Inklusion, die gebotene gesellschaftliche Verantwortung.

DIE LINKE fordert:

- Keine Beschäftigung außerhalb eines Tarifvertrages.
- Dort wo keine Tarifbindung besteht, muss diese hergestellt werden.
- Kommunale Arbeitgeber müssen das Angebot für gute und sozial abgesicherte Arbeitsplätze erhalten und ausbauen. Kommunale Arbeitgeber gehören alle in den Arbeitgeberverband (VKA/KAV) des Öffentlichen Dienstes.
- Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro und verlangen, dass dies bei kommunalen Beschäftigten sofort umgesetzt wird. Tarifabschlüsse, die die Kommunen betreffen, müssen ohne Abstriche erfüllt werden.
- Keine Auftragsvergabe ohne Tarifvertrag.
- Bei Auftragsvergabe sollen nur Firmen berücksichtigt werden, die ihrerseits Tarifverträge einer DGB-Gewerkschaft anwenden und dies auch von Subunternehmen und Zuliefer:innen fordern (Vorlage bei Vertragsabschluss und Stichproben).
- Keine weitere Privatisierung bei Wasser, Strom, Gas, medizinische Versorgung, Krankenhäuser und ÖPNV – sondern Rekommunalisierung.

3. Lebenswerte Kommunen – ökologisch und sozial

Wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie wollen wir leben und arbeiten? Dies sind die zentralen Fragen der Stadtentwicklung. Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksichtigen und dazu beitragen, den Klimawandel zu begrenzen. Die Temperaturzunahmen erfordern eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden- und Dachbegrünungen, aber auch innerörtliche Grünflächen, Naherholungsgebiete, mehr Bäume, wo immer möglich, insbesondere bei Rückbau von Fahrspuren als Entsiegelungsmaßnahme. Öffentliche Trinkwasserbrunnen helfen beim Umgang mit sommerlicher Hitze – für Menschen und Tiere und ganz besonders für diejenigen, die keinen festen Wohnsitz haben. Wasser kann grundsätzlich dabei helfen Kommunen klimaresilient zu machen, etwa durch die Renaturierung und Offenlegung von Gewässern innerhalb von Siedlungsgebieten. Als LINKE setzen wir uns für eine klimagerechte Mobilitätswende ein.

Jeden Tag werden in Baden-Württemberg fünf bis sechs Hektar Wiesen, Wälder und Felder zugepflastert, dabei hat sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, den Flächenverbrauch kurzfristig auf 2,5 Hektar pro Tag zu reduzieren. Wir kämpfen in den Kommunen gegen Flächenfraß und Versiegelung von immer mehr Landschaft. Wir unterstützen den vom NABU und anderen Verbänden initiierten Volksantrag „Ländle leben lassen“ mit der Forderung nach maximalem Flächenverbrauch von 2,5 Hektar pro Tag.

Kommunale Politik muss sich an den internationalen Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung ausrichten – auch aus globaler Solidarität. Dabei orientieren wir uns unter anderem an dem Weltnaturabkommen von Montreal 2022 (30% Gebietsfläche als Schutzgebiet ausweisen), den SDG17 für 2030 und der Rio-Erklärung 1992. Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung verbindet qualifizierten Städtebau mit urbaner Dichte und der Schaffung innerörtlicher Parks, Grünflächen, zugänglicher Bach- und Flussufer, Ruhe- und Erholungsräumen. Stadtentwicklung muss sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Wir wollen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen. Dazu müssen Städte und Gemeinden wieder mehr Grundstücke in kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssatzungen zu erlassen. Stadtentwicklung darf nicht privaten Investor:innen überlassen werden, sondern muss demokratisch mit den Bewohner:innen gestaltet werden – dafür steht DIE LINKE.

Klimagerechtigkeit und soziale Sicherheit sind die Herausforderungen unserer Zeit. Die bisherige Politik hat hier versagt. Wenn wir jetzt nicht umfassende Veränderungen anstoßen, wird unsere Erde unbewohnbar werden. Wir wissen, dass der Klimawandel uns alle betrifft und der sozial-ökologische Umbau uns alle braucht. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimaerhitzung und zum Erreichen der Klimaneutralität müssen in Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Das darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die ohnehin wenig Geld zur Verfügung haben.

Bei Fridays-for-Future-Demonstrationen gehen bundesweit Millionen Menschen auf die Straße. Wir bringen ihre Forderungen in die kommunalen Parlamente. Wir unterstützen die Forderung, Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu machen. Nachdem die Proteste von Fridays for Future bagatellisiert wurden, wird nun die Letzte Generation von Regierenden kriminalisiert und sogar in Vorbeugehaft genommen. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage und es wird dem gewaltfreien Vorgehen der Gruppe nicht gerecht. Diese Kriminalisierung lehnen wir ab. Es handelt sich hierbei um eine Umkehrung der Verhältnisse – nicht die, die für Klimaschutz demonstrieren sollen kriminalisiert werden, sondern die, die Klimaschutz verhindern, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Wir kämpfen für Klimagerechtigkeit und einen Systemwandel („System Change, not Climate Change“) vor Ort durch den Umstieg auf nachhaltige Mobilität, durch Sanierungen und klima-neutralem Bau von Gebäuden, durch den Erhalt und Ausbau der bestehenden Grün- und Landschaftsräume, durch Begrünung von versiegelten Flächen, von Fassaden und Plätzen. Dazu müssen alle bisherigen und zukünftigen Beschlüsse in Städten und Gemeinden unter Klimavorbehalt gestellt werden.

DIE LINKE fordert:

- Aktive Bodenvorrats- und Liegenschaftspolitik aller Kommunen – Grundstücke und Immobilien in kommunale Hand.
- Klimaneutrale Kommunen bis 2035.
- Klimaschutzmanager:innen in allen Kommunen.
- Fassaden und Dachbegrünungen finanziell fördern.
- Innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete auf- und ausbauen.

- Kein Einsatz von Glyphosat und Bienen- und Insektenfördernde Bepflanzung.
- Kommunale Waldbestände als wichtige Kohlenstoffspeicher schützen.
- Gemeinwohlorientierte Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen.
- Stadtentwicklung der kurzen Wege, für Menschen und Natur.
- Kein Abriss von Bestandsgebäuden – Sanierung vor Neubau.
- Klimagerechter Bau von Gebäuden.
- Flächenverbrauch reduzieren und bis 2030 auf bilanzierte Netto-Null.
- Photovoltaikanlagen und Solarthermie primär auf versiegelten Flächen und nicht in Konkurrenz zu landwirtschaftlicher und ökologischer Nutzung von Freiflächen.
- Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien.
- Förderung genossenschaftlicher und lokaler Energieversorger.
- Ausbau der Nahwärmeprojekte auf ökologischer Basis.
- Echte Mobilitätswende landesweit.
- Wir lehnen eine Kriminalisierung der Letzten Generation ab.

Die Chancen des ländlichen Raums nutzen

Der ländliche Raum, der in Baden-Württemberg vom Einzugsbereich der großen Städte und Metropolen bis in landwirtschaftlich geprägte Gebiete reicht, ist vielfältig. Diese Vielfalt braucht ökologische und soziale Lösungsansätze für die Stärkung der Kommunen und Dörfer des Flächenlands Baden-Württemberg. Im ländlichen Raum werden Krankenhäuser sukzessiv geschlossen, stillgelegte Bahnstrecken nicht reaktiviert und das alltägliche Einkaufen wird in Einkaufszentren außerhalb der Innenstädte oder fernab der Dörfer verlegt. Bildungseinrichtungen sind für viele Kinder und Jugendliche nur noch mit dem ÖPNV zu erreichen. In den Schulferien und an Wochenenden wird dieser häufig noch weiter ausgedünnt. Die gesundheitliche Versorgung gerät in Schieflage, da es an medizinischen Fachkräften auf dem Land fehlt. Die Schließung von Dorfkeipen, Gaststätten und Einrichtungen des Einzelhandels haben sich seit der Pandemie beschleunigt.

Die jeweiligen Bedürfnisse müssen mit den Menschen vor Ort erörtert werden, um gemeinsame Lösungswege mit den Kommunen zu erarbeiten. So haben ökologisch sinnvolle Projekte, wie energieunabhängige Gemeinden, kommunale Energieversorger, Grundversorgung und eine echte Mobilitätswende auf dem Land Erfolg. Wir fordern sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und landesweit finanzierte Konzepte für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg. Eine ökologische Wende schließt die Stärkung einer nachhaltigen Landwirtschaft mit ein. Dazu können Kommunen ihren Beitrag leisten. Die Verpachtung öffentlichen Lands soll nach Gemeinwohlkriterien erfolgen, mit denen ökologischer Landbau, Artenvielfalt, Tierwohl und gute Arbeit in der Landwirtschaft gefördert werden. Die Kommunen können dabei insbesondere Betriebe, die nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft bewirtschaftet werden, stärken.

DIE LINKE fordert:

- Ausbau des ÖPNV mit guter Taktung und Streckenausbau auch am Wochenende. Jeder Ort soll zumindest einmal in der Stunde angefahren werden (Schweizer Modell).
- Reaktivierung von Bahnstrecken und barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe und Bushaltestellen.
- Konzepte zur Belebung von Innenstädten fördern.
- Gesundheitliche Versorgung in kommunale Trägerschaft und Ausbau von medizinischen Versorgungszentren.
- Ausbau von sicheren Radverkehrs- und barrierefreien Fußwegen.
- Stationäre Car Sharing Angebote in Kommunen stärken.
- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement landesweit fördern.
- Raum für Kultur und Handwerk schaffen.
- Zugang von Familien durch bezahlbaren Wohnraum, wohnortnahe Betreuungs- und Bildungsangebote ermöglichen.

4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital

Die Mobilitätswende ist ein entscheidender Faktor, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und damit die notwendige Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. In Zahlen ausgedrückt werden in der EU jährlich fast 900 Millionen Tonnen CO₂ durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Straßenverkehr ausgestoßen. Den allergrößten Teil verursacht hierbei der privat genutzte PKW.

Die hoch gesteckten Klimaziele sind nur im Gleichgewicht von ökologischen und sozialen Maßnahmen erreichbar. Arbeiter:innen am Fließband oder in der Pflege müssen sich die Klimawende auch leisten können. Gute Mobilität darf nicht vom Geldbeutel, Alter oder Wohnort in der Stadt oder auf dem Land abhängen.

Für eine linke, sozialökologische Mobilitätswende ist somit ein Systemwechsel in drei Bereichen notwendig: erstens in der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, zweitens bei der Finanzierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und drittens in der Automobilwirtschaft.

Städte und Gemeinden müssen in Zukunft zu Städten der kurzen Wege umgebaut werden. Alle notwendigen Dinge des Lebens sollten in wenigen Minuten erreicht werden: 5 Minuten zu Fuß, 10 Minuten mit dem Rad und 15 Minuten mit Bus oder Straßenbahn. Wohnen, arbeiten, einkaufen rücken zusammen. Innenstädte werden zu autofreien Zonen umgebaut, lebenswert mit mehr Platz für Kinder und ältere Menschen. Fahrspuren werden für den Rad- und Busverkehr umgewidmet. Ein generelles Tempolimit von 30 km/h innerorts reduziert Luftschadstoffe und erhöht die Sicherheit für Jung und Alt.

Der öffentliche Nahverkehr bildet das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilitätswende. Das Angebot muss massiv ausgebaut werden, vor allem in ländlichen Regionen. Sonst ist ein Umstieg vom privaten Auto hin zum ÖPNV kaum möglich.

Das alles ist machbar, insbesondere wenn Land und Kommunen eine Nahverkehrsabgabe nach französischem Vorbild einführen. Dort wird knapp die Hälfte der Kosten des ÖPNV über eine Abgabe finanziert, die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit miteinbezieht. Der nicht durch eine Nahverkehrsabgabe finanzierte Teil muss durch eine höhere Besteuerung von Vermögens- und Einkommensmillionären finanziert werden. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht.

Mit einer klimagerechten Mobilitätswende können viele neue und zusätzliche industrielle Jobs entstehen. Wenn wir den Umstieg zu mehr Bus, Bahn, Fern- und Güterverkehr auf der Schiene schaffen, dann eröffnet sich ein großes wirtschaftliches Potenzial. Es braucht mehr S-Bahnen, Regional- und Fernzüge, E-Bussysteme, neue Leitsysteme, Schienen, Werkstätten, Lastenräder und E-Bikes. Es wird deutlich, dass eine Mobilitätswende, die soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen umsetzt, auch weiterhin viele Arbeitskräfte und Personal braucht.

Stuttgart 21 schafft ein Verkehrs-Nadelöhr und sabotiert so die Verkehrswende im ganzen Land. Die jahrelange Bauzeit führt zu erheblichen Einschränkungen im gesamten Bahnverkehr. Die Züge aus Konstanz und Singen (Gäubahn) werden über mehrere Jahre den Stuttgarter Hauptbahnhof nicht mehr direkt anfahren können. DIE LINKE lehnt dieses Projekt weiterhin entschieden ab.

Digitalisierung vor Ort sozial gerecht gestalten!

Die digitale Transformation der Gesellschaft durchdringt inzwischen alle Lebensbereiche und nimmt eine immer schnellere Entwicklung. Die Digitalisierung muss immer zuerst den Bürger:innen dienen und die Lebensqualität aller verbessern. Daher muss in der Kommune zunächst ein barriere-

und diskriminierungsfreier Zugang für alle gewährleistet werden. Wir sehen den flächendeckenden kommunalen Ausbau des Breitbands und der digitalen Infrastruktur als eine Grundlage für eine gleichberechtigte und demokratische, digitale Gesellschaft.

Digitale kommunale Verwaltung

Wir möchten die Digitalisierung nutzen, um langwierige Verwaltungsprozesse schneller zu gestalten und die Nutzungsfreundlichkeit der Verwaltungsangebote erheblich zu verbessern. Für unser Konzept einer sozial gerechten Digitalisierung, sind Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität besonders wichtig. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger zu jeder Zeit die Kontrolle über ihre eigenen Daten behalten müssen und die kommunale Infrastruktur vor Hackerangriffen geschützt sein muss. Auch die Entscheidung, nicht digital mit der Verwaltung zu kommunizieren oder keine Daten digital zu übermitteln, darf für Niemanden zu einem Nachteil führen.

DIE LINKE fordert:

- Mobilitätsgarantie in Städten, Gemeinden und Dörfern im Land umsetzen.
- Nulltarif im Öffentlichen Nahverkehr. Wenn wir für unsere Forderung keine Mehrheit in Gemeinderäten und anderen Gremien bekommen, unterstützen wir auch Zwischenschritte in Richtung unserer Ziele.
- Nahverkehrsabgabe für Unternehmen zur Finanzierung des Nahverkehrs. Wir wollen Modelle für einen Mobilitätspass prüfen.
- Ausbau von Fußwegen und Radwegen. Erhöhung der Investitionen in den Radverkehr.
- Autofreie und damit lebenswerte Innenstädte.
- Barrierefreier Ausbau des ÖPNV und der Haltestellen. Die seit Januar 2002 geltende gesetzliche Vorgabe muss endlich umgesetzt werden.
- Rückbau und Umnutzung von Straßen – beispielsweise für Rad- und Busspuren.
- Kostenloser Internetzugang in allen öffentlichen Gebäuden und Betrieben.
- Flächendeckender Ausbau von Breitband und digitaler Infrastruktur als öffentliche Aufgabe.
- Kommunale Verwaltungen im Kontakt mit Bürger:innen digitalisieren.

5. Bildungsgerechtigkeit schaffen!

Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Doch nicht alle haben denselben Zugang zu Bildung. Viel zu oft bestimmt in Deutschland die (soziale) Herkunft den Bildungsweg. Das darf so nicht sein! Obwohl das Land an erster Stelle verantwortlich für die Bildungspolitik ist, haben auch die Kommunen einen Spielraum, wenn es um Bildung geht. Diesen müssen Kommunen nutzen, um der Bildungsungerechtigkeit vor Ort entgegenzuwirken.

Kinderbetreuung ausbauen, Personalmangel bekämpfen!

Die Kommunen in Baden-Württemberg kommen der Pflichtaufgabe der Bereitstellung von Kindertagesbetreuungsplätzen bisher nicht vollständig nach. Es besteht ein eklatanter Mangel an pädagogischen Fachkräften und am Ausbau von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege. Das kann nicht – wie gerade von der Landesregierung beschlossen – durch Maßnahmen wie Erweiterung der Gruppengröße oder ungelernete Mitarbeiter:innen zur Erfüllung der Aufsichtspflicht gelöst werden. Die frühkindliche Erziehung und Bildung braucht gute pädagogische Fachkräfte, die für ihre wichtige gesamtgesellschaftliche Arbeit besser bezahlt und anerkannt werden. In die Ausbildung von Erzieher:innen und ihre Weiterbildung muss noch stärker investiert werden.

DIE LINKE fordert:

- Rahmenbedingungen ausbauen und Ausbildungsvergütung in der pädagogischen Ausbildung flächendeckend einführen.
- landesweiter Ausbau von Teilzeitausbildungsstellen und der praxisintegrierten Ausbildungen. Bessere Ausbildung für die Aufgaben der Inklusion.
- Ausbildungsoffensive landesweit starten.
- Vereinfachte Anerkennung von ausländischen pädagogischen Abschlüssen zur schnelleren Integration in die pädagogische Praxis.
- Anpassung des Personalschlüssels in allen Gruppen.
- Ausweitung der Integration von Kindern mit Beeinträchtigung in Regelkindergärten mit Zusatzkräften für die Eingliederungshilfe.
- Bedarfspläne der Kommunen mit allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege abstimmen.
- Sprachförderung in jeder Kindertagesstätte und Grundschule sichern.
- Entlastung von Familien durch angepasste und abgestimmte Betreuungsangebote, auch in den Schulferien, Teilhabe und Mitbestimmung aller Kinder sicherstellen und fördern.
- Mehr Geld für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bildung und Erziehung von Kindern in Baden-Württemberg.
- Gebührenfreie Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung, -pflege und Grundschulen.

Schule für alle!

Mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems werden Ungleichheiten weiter zementiert statt sie abzubauen. Deshalb strebt DIE LINKE einen Wandel zu einem solidarischen Schulsystem an, in dem alle Schüler:innen gemeinsam und voneinander lernen. Schulen müssen nachhaltig zu Orten des Lernens und Lebens mit attraktiven Ganztagsangeboten und kostenfreiem Mittagessen weiterentwickelt werden. Daher betrachten wir den Ausbau von inklusiven Gemeinschaftsschulen als unerlässlich, denn sie erlauben, dass jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert wird. Die Corona-Pandemie hat außerdem gezeigt: zu den verletzlichsten Menschen unserer Gesellschaft gehören Kinder und Jugendliche. Damit sie mit Problemen und Konflikten nicht allein gelassen werden, ist eine flächendeckende und qualifizierte Schulsozialarbeit an allen Schulen nötig.

Dabei ist auch die Bekämpfung des Lehrkräftemangels unerlässlich für den Wandel zu einem solidarischen Schulsystem, da dieser vor allem Grundschulen und Sekundarstufe 1 betrifft.

Schulbildung muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen. Deshalb wollen wir den Privatisierungsboom, den das Schulsystem nun seit geraumer Zeit durchlebt, stoppen. Mit mehr als 1.100 Privatschulen liegt Baden-Württemberg weit vor allen anderen Bundesländern. Immer größere Bildungsaufgaben wurden aus dem öffentlichen Schulsystem ausgelagert und privatisiert. Für die Lehrkräfte hat das weitreichende Folgen, sie werden schlechter entlohnt und erleiden erhebliche Einbußen bei der Rente. In einer gerechten Gesellschaft müssen alle Kinder die gleichen Bildungschancen im Leben bekommen. Wir lehnen Eliteschulen für Reiche daher ebenso wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ab.

Gute Bedingungen für Schüler:innen und Lehrkräfte bedeuten auch, den immensen Sanierungsstau an den Schulen konsequent anzugehen. Es kann nicht sein, dass den Schülerinnen und Schülern im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt oder die Toiletten nicht begehbar sind. Die Kommunen sind hier als Schulträger in der Verantwortung. Dafür ist angesichts der enormen Baukostensteigerungen auch substanzielle finanzielle Unterstützung vom Land notwendig.

An allen Bildungseinrichtungen muss sichergestellt sein, dass alle Barrieren abgebaut werden und sie grenzenlos zugänglich für Schüler:innen mit Behinderungen sind. (Sonderpädagogisches) Betreuungspersonal, das den Schüler:innen mit Behinderungen die Teilhabe am Regelunterricht ermöglicht, muss immerzu berücksichtigt werden, denn wahre Inklusion darf nie spalten oder ausgrenzen.

Hochschulen und Studierende

Studierende bestimmen in vielen Hochschul- und Unistädten in Baden-Württemberg das öffentliche Bild der Stadt. Die besonderen Bedarfe von Studierenden, etwa die Bereitstellung günstigen Wohnraums mit nur kurzer Wohndauer, müssen in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden. Die

Schaffung von Freiräumen für Studierende ist nicht nur Aufgabe der Hochschulen, sondern auch der Städte, in denen diese leben. Selbstverwaltete studentische Wohnprojekte und entsprechende kulturelle Angebote sollten deshalb von städtischer Seite unterstützt werden. Gleichzeitig leben etliche Studierende in schwerer finanzieller Not. Psychische Probleme sind häufig eine Folge studentischer Armut. Studierende mit finanziellen Problemen müssen bei kommunalen Vergünstigungen stärker berücksichtigt werden.

Digitalisierung der Bildung

Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen. Digitale Bildung ist mehr als nur technische Ausstattung. Sie muss ein wichtiger Bestandteil von Bildungs- und Lernprozessen sein, damit alle befähigt werden, verantwortungsvoll und kompetent mit diesen Technologien umzugehen. Dabei sollten digitale Technologien als Hilfsmittel betrachtet werden, nicht als Selbstzweck.

Es ist wichtig, dass bei der digitalen Bildung Pädagog:innen die Hauptrolle spielen, nicht IT-Konzerne oder Lobbyist:innen. Damit mehr Menschen Zugang zu Bildung haben, muss Wissen für alle zugänglich sein. Offene Bildungspraxis bedeutet, dass Materialien frei verfügbar und Lizenzen frei sind sowie Datenschutz und Sicherheit berücksichtigt werden. Offene Bildung bedeutet Teilhabe und Mitbestimmung durch Transparenz und gemeinsames Lernen. Im Zuge der Digitalisierung möchten wir die Bedeutung von „Open Science“ stärken und fördern.

6. Stadt für alle – feministisch, antirassistisch, queer und inklusiv

Die Hälfte von allem: feministische Perspektive in Stadt und Land

Wenn Frauen* streiken, steht die Welt still. Frauen* leisten den überwiegenden Teil aller Arbeiten, die notwendig sind, um eine Gesellschaft am Laufen zu halten. Ob in der Pflege, bei der Erziehung unserer Kinder, im Ehrenamt oder in der Sorgearbeit – ohne die oftmals unbezahlte Arbeit von Frauen* steht die Welt still. Corona hat dies nochmal besonders deutlich gezeigt: in der Regel waren es Frauen*, die Homeschooling, Home-Office und Hausarbeit gleichzeitig schulterten und damit multiplen Belastungen ausgesetzt waren.

Gleichzeitig hat die Gewalt gegen Frauen* zugenommen. Jede dritte Frau* erfährt in ihrem Leben mindestens einmal körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Dennoch fehlt es vielerorts an ausreichend Plätzen in Frauen- und Kinderhäusern. Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen* stehen viel zu oft unter Finanzierungsdruck.

Frauen* verdienen in Baden-Württemberg durchschnittlich 23 % weniger als Männer und sind deutlich stärker von Altersarmut betroffen. Besondere Probleme haben Alleinerziehende Frauen*. Sie arbeiten oftmals im Niedriglohnbereich, sind Teilzeit beschäftigt und die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet. Auch bei der Repräsentation von Frauen* in den kommunalen Gremien schneidet Baden-Württemberg besonders schlecht ab.

Wir wollen das ändern. DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung aller Geschlechter ein. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten gemeinschaftlich organisieren und die hier herrschende Geschlechtertrennung überwinden. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die Geschlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Unser Ziel sind geschlechtergerechte Städte und Gemeinden und ein Ende der Gewalt gegen Frauen*!

Wir wollen „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine gut ausgebaut soziale Infrastruktur für die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner bieten. In Wohnortnähe brauchen wir mehr Kitas, Stadtteil-, Familien- und Gesundheitszentren, Pflegestützpunkte, Jugend- und Obdachlosentreffs etc. In Pflege und Gesundheit zeigt sich, dass private profitorientierte Betreiber die Versorgung nicht sicherstellen können. Wir wollen Pflege, Bildung und Gesundheit in der Hand sozialer oder öffentlicher Träger, die demokratisch gemäß den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer organisiert sind.

DIE LINKE fordert:

- Kitas ausbauen und gebührenfrei stellen, flexible Betreuungszeiten, genug Personal und gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher.
- Politische Ämter und Mandate müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden. In den Verwaltungsebenen müssen alle leitenden Stellen zumindest zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden.
- Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen.
- eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter (gender mainstreaming).
- Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer Beratung, günstigem Essen, Kitas, Pflege- und Gesundheitsangeboten zu starten.
- Frauen* in Not dürfen wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlenden Plätzen nicht abgewiesen werden. Die Istanbul-Konvention muss endlich umgesetzt werden. Frauen- und Kinderhäusern sowie Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen* müssen bedarfsgerecht finanziert und ausgebaut werden.
- Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung ausbauen, Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern erhalten.
- Schwangerschaftsabbrüche an allen kommunalen Kliniken.
- Alle Kommunen, die das noch nicht getan haben, sollen die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene“ von 2006 verabschieden.

Solidarität statt Hass: gemeinsam antirassistisch!

Unsere Stadt hat Platz – nur nicht für Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir tolerieren keine Diskriminierung und Ausgrenzung auf Grund von vermeintlichen körperlichen Besonderheiten und ausgedachten Unterschieden und stellen uns aktuell besonders denen vehement entgegen, die versuchen Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte als Bedrohung darzustellen.

Kein Mensch ist illegal!

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kommunen alles in ihrer Macht liegende tun, um Menschen in Not und Menschen, die vor Hunger oder Krieg fliehen, zu helfen, zu unterstützen und willkommen zu heißen. Wir stehen hinter der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten und unterstützen Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts und antifaschistischen Aktivitäten, wie beispielsweise die Bewegung „Seebrücke“ und „Sicherer Hafen“. Kommunen sollten jede Mitwirkung an Abschiebungen konsequent verweigern.

Der Prozess der Teilhabe beginnt bereits bei der Unterbringung von geflüchteten Personen. Die Kosten dafür dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden! Geflüchtete und ihre Familien müssen so schnell wie möglich in Wohnungen untergebracht werden. Ferner muss die Unterbringung von Menschen (queere Geflüchtete und Frauen*), die Diskriminierungen ausgesetzt sind und auf besondere Schutzräume angewiesen sind, Vorrang haben.

Sie und andere traumatisierte und von Gewalt betroffene Menschen brauchen ein Unterstützungsnetz und Angebote, die ihren Anliegen gerecht werden. Dazu gehört der gesicherte Zugang zu Übersetzer*innen, Sprach- und Integrationsangeboten.

Teilhabe und Partizipation

Auf unterschiedliche Art und Weise erleben Menschen mit Rassismuserfahrungen Diskriminierung, so auch auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Vor allem kommunale Einrichtungen – von Jobcenter bis zu Schwimmbädern – dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe benachteiligen. Deshalb setzen wir uns in kommunalen Einrichtungen für anonymisierte Bewerbungsverfahren ein. Außerdem sollen kommunale Beratungs- und Informationszentren flächendeckend etabliert und gestärkt werden, die kulturspezifisch und unter Berücksichtigung der Diskriminierungserfahrungen agieren.

Wir sehen und wertschätzen das Engagement und die Partizipation migrantischer Vereine und Selbstorganisationen. Ihnen sollen Räume und Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die sie für ihr Engagement benötigen. Der Austausch zwischen ihnen und der Kommune muss gestärkt werden. Aufklärungs- und Begegnungsprojekte wie etwa Zeitzeug:innengespräche sowie interkulturelle Veranstaltungen sind von der Kommune zu unterstützen und zu fördern. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Internationalen Wochen gegen Rassismus können Kommunen mit der Durchführung von Aktionswochen lokale Initiativen miteinander vernetzen und gemeinsam Bildungs- und Kulturangebote schaffen. In Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen können Schüler:innen, Fachpersonal und die Öffentlichkeit fortgebildet werden.

Queere Kommunen: Gewalt gegen Queer ein Ende setzen!

Noch immer erleiden viele queere Menschen Diskriminierung und Gewalt. Laut Bundeskriminalamt stiegen die Taten in den letzten Jahren stark an. Damit Kommunen mehr für die Belange queerer Menschen tun können, ist die Einrichtung einer Queerbeauftragten erforderlich. Eine solche Stelle kann vielfältige Aufgaben erfüllen und die Präsenz dieses Themas in der Stadtgesellschaft verbessern, z.B. über Beratung an Schulen. Darüber hinaus können Kommunen mit eigenen Plakataktionen und anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit die Belange queerer Menschen unterstützen und sichtbar machen. Außerdem setzen wir uns für die erleichterte Stiefkindadoption ein. Die Jugendämter in den Kommunen haben hier beispielsweise einen Handlungsspielraum und die rechtliche Grundlage, das sogenannte Anerkennungsjahr nicht einzufordern.

Unterstützung für queere Zentren!

Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen finanziell abgesichert werden und können in queeren Zentren umgesetzt werden. Queere Zentren sind selbstverwaltete Einrichtungen, die Angebote von und für die queere Community an einem Ort bündeln und sowohl als Safe Space (sicherer Ort) dienen als auch eine Wahrnehmung nach außen haben sollen. Queere Zentren oder Anlaufstellen brauchen wir vor allem auch im ländlichen Raum.

Queere Geflüchtete schützen!

Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Auch queere Menschen werden vielerorts verfolgt und müssen um ihr Leben bangen.

Wir wollen, dass flächendeckend Fachstellen für queere Geflüchtete eingerichtet werden. Dort können sie sich zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für queere Geflüchtete. Die Erstaufnahmestellen müssen speziell für das Thema sensibilisiert werden, um Diskriminierung zwischen den Geflüchteten vorzubeugen.

Inklusion: Barrieren abbauen, Zugänge schaffen!

DIE LINKE weiß um die Barrieren, die Menschen mit Behinderungen viel zu oft die Teilhabe in allen Lebensbereichen verwehren. Diese gilt es ausnahmslos abzuschaffen! Deshalb müssen der öffentliche Raum und Freizeit- und Bildungsangebote barrierefrei ausgebaut werden. Doch auch der Weg hin zu diesen Angeboten darf nicht vergessen werden. Dafür ist der barrierefreie Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur unerlässlich.

DIE LINKE fordert:

- In jedem Landkreis, in jeder kreisfreien Stadt in Baden-Württemberg müssen Beiräte für Menschen mit Behinderung eingerichtet werden nach dem Grundprinzip „Nichts über uns ohne uns“. Daneben sollen hauptamtliche Beauftragte für Menschen mit Behinderung eingerichtet werden, die eng mit dem Beirat zusammenarbeiten.
- die Berücksichtigung der Anliegen von Menschen mit Behinderungen und ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung zu achten. Dazu gehören auch der Abbau von Barrieren beim Zugang zu Information und flächendeckende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen.
- Die Kommunen müssen endlich einen zeitnahen Plan zur Herstellung eines barrierefreien ÖPNV entwickeln und umsetzen. Notwendig sind aber auch ausreichend Parkplätze für Menschen mit Behinderungen, Blindenleitsysteme, Beschilderungen, stufenlose Zugänge, leichtgängige Türen, Rampen, ebene Wege und Fahrstühle.
- Überall da, wo Kommunen Einfluss auf den Wohnungsbau haben, bei Bau in eigener Regie, bei Unternehmen in kommunaler Trägerschaft, kommunalen Genossenschaften und bei Zuschussvergabe müssen sie für Barrierefreiheit sorgen. Dies gilt insbesondere auch bei Umbauten.
- Barrierefreiheit in den Schulen. Kommunen müssen alles daran setzen, dass der Anspruch auf Assistenz von Schüler:innen auch erfüllt wird.
- Die Einrichtung von Arbeitsplätzen in den Kommunen, die geeignet sind, dass Menschen mit Behinderung, die sonst keine Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben, dort als kommunale Beschäftigte arbeiten können. Die Kommunen sollen dabei insbesondere großen Unternehmen vor Ort als Vorbild dienen.

Gutes und würdevolles Leben im Alter

Die Altersarmut in Deutschland nimmt massiv und rasant zu. Dies ist eine Folge der Agenda-2010-Politik der ehemaligen Schröder-Bundesregierung aus SPD und Grüne. Keine nachfolgende Regierung hat das korrigiert. Auch die sogenannte Grundsicherung und bisherige Mindestrente schützen nicht vor Altersarmut. Wir wollen nicht nur auf der Bundesebene durch eine Erhöhung der Mindestrente vor Altersarmut schützen, sondern in den Kommunen nötiges tun, um allen durch gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Niemand darf in Armut leben, erst recht nicht in so einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg.

DIE LINKE fordert:

- Kostenloser Eintritt in alle Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Museen, Zoos, Schwimmbäder, Büchereien usw.
- Bis zur Einführung des kostenfreien Nahverkehrs ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Senior:innen bezahlbar ist. Für Menschen in der Grundsicherung muss der ÖPNV kostenfrei sein.
- Ein attraktives Freizeitprogramm für Senior:innen in allen Wohnquartieren, um eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen.
- Eine Wohnortnahe Versorgung. Dazu gehören die Geschäfte für den täglichen Bedarf. Die Ansiedelung bisher fehlender Geschäfte muss von Seiten der Kommunen bei jeder Bauplanung und in der Quartiersentwicklung gefördert werden.
- Die Pflege von alten Menschen nicht privaten, profitorientierten Unternehmen zu überlassen. Die Kommune muss alternative Pflegemodelle, z. B. genossenschaftliche Pflegedienste, aktiv unterstützen.
- Angebote mit Hilfen zum selbstbestimmten und zur eigenständigen Bewältigung des Alltags fördern, z.B. über Senior:innentreffs und kommunale Pflegestützpunkte.
- Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum wie „Schwätzbänke“ insbesondere im Rahmen der sozialen Quartiersentwicklung, die generationenübergreifend ansprechend sind.
- Altersgerechte Städte schaffen: barrierefreier Umbau des öffentlichen Raum, mehr Bänke zum Ausruhen und Verweilen. Ausweitung von Beschattung als Hitzeschutz und Zugang zu Trinkwasserbrunnen,
- den Bau von wesentlich mehr altersgerechten Wohnungen und den barrierefreien Umbau bestehender Wohnungen.
- Die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.
- Die Einrichtungen von Senior:innenbeiräten, die bei allen Belangen gehört werden müssen, die Senior:innen betreffen.

7. Kultur und Sport für alle

Kultur ist Vielfalt

Genauso vielfältig wie Kultur ist, ist ihr Publikum. Es umfasst alle Generationen und kulturelle Hintergründe. Kultur hilft uns, neue Perspektiven für unser Leben und gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. Deshalb wollen wir möglichst vielen Menschen die Teilhabe an kulturellen Angeboten jedweder Art ermöglichen. Vorausgesetzt sind eine barrierefreie Nutzung von Kulturangeboten und der produktive Dialog zwischen Kulturschaffenden und der Öffentlichkeit.

Musikvereine, Theatervereine oder Tanzgruppen – sie alle sind genauso Teil des kulturellen Lebens wie etablierte Kulturinstitutionen oder soziokulturelle Initiativen.

Arbeitsverhältnisse für Künstlerinnen und Künstler müssen abgesichert werden. Der begrüßenswerte Tarifabschluss im NV Bühne muss bei allen darstellenden Künstler:innen ankommen, auch bei den frei arbeitenden. Dafür brauchen die kommunalen Träger die nötige Unterstützung.

DIE LINKE fordert:

- Kulturräume stehen unter starkem Druck durch steigende Mieten und Nutzungskonkurrenz. Hier braucht es einen Bestandsschutz und das Akquirieren neuer Räume. Durch die Überführung in gesellschaftliches Eigentum kann eine Unabhängigkeit von privaten Eigentümern und Investoren erreicht werden.
- Im ländlichen Raum muss die Versorgung mit kultureller Infrastruktur gewährleistet sein. Kunst und Kultur, sowie breiten- und soziokulturelle Teilhabe sind Ankerpunkte für die Attraktivität des ländlichen Raumes. Diesen gilt es durch das Ermöglichen von gleichwertigen Lebensverhältnissen zu stärken. Dabei spielen Kunst und Kultur eine essenzielle Rolle. Kulturelle Teilhabe in einem breiten Verständnis trägt zu funktionierenden Quartieren sowie einem attraktiven ländlichen Raum bei und fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Selbstverwaltete Produktionshäuser und genossenschaftliche Modelle müssen intensiver gefördert werden. Langfristige Verbandsstrukturen müssen durch einen soliden Ausbau von hauptamtlicher Arbeit gestärkt werden.
- Kulturelle Bildung muss gefördert werden, das ist ein wichtiger Teil von Chancengerechtigkeit. Der Eintritt zu öffentlich finanzierten Bibliotheken und Museen muss für alle kostenfrei sein.
- Um allen Menschen den Zugang zur Kultur zu ermöglichen, müssen finanzielle Schwellen abgebaut werden. Kulturelle Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels sein, dafür müssen günstige, barrierefreie, auch dezentrale und wohnortnahe Angebote geschaffen werden.
- Das „Clubsterben“ in vielen Städten ist ein Problem und schmälert das Angebot, gerade auch für junge Menschen. Hier wollen wir im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten entgegenwirken.
- „Kultur für Alle“: Strukturelle Benachteiligungen aufgrund der sozialen und ethnischen Herkunft, der Klasse, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, einer Religion oder Weltanschauung müssen abgebaut werden. Kultureinrichtungen müssen gesellschaftliche Diversität repräsentieren. Vielfalt im Kulturbereich wirkt sich schließlich auch auf das Programm aus, so werden neue Perspektiven und kreative Impulse geschaffen. Auf diese Weise können neue Zugänge zu Kultur geschaffen und Besucherinnen und Besucher dazugewonnen werden.
- Verbesserung des kulturellen Angebots an Schulen, zum Beispiel durch die Möglichkeit für jedes Kind ein Instrument zu lernen. Als erster Schritt: Verbesserten Zugang der Vereine zu den Schulen.

Sport

Sport bringt Menschen zusammen und schafft Teilhabe. Sportvereine leisten nicht nur einen Beitrag zur öffentlichen Gesundheit, sie sind Teil der Jugendarbeit und der Gemeinwesenarbeit für alle Generationen. Vereine sind oftmals wichtige Verbündete für antirassistische Arbeit und Integration. Wie sich das Sportangebot vor Ort gestaltet wird aber durch die finanziellen Möglichkeiten der Kommune und der Vereine bestimmt. Ob also die Sporthalle, die Skaterbahn oder der Bolzplatz in einem guten Zustand und auch für alle nutzbar sind, hängt auch von der Prioritätensetzung ab. Viel zu oft steht der Spitzensport zu Lasten des Breitensports an erster Stelle. Das sehen wir an der Sportförderung in Bund und Land, die am Breiten- und Schulsport spart. Hier braucht es endlich ein Umdenken. Statt einer zunehmenden Kommerzialisierung des Sportes brauchen wir gute Sportangebote in der Fläche für alle Menschen – inklusiv, sozial und ökologisch.

DIE LINKE fordert:

- Schaffung und Erhaltung wohnortnaher öffentlicher Sportstätten.
- Multifunktionale Sportflächen, die generationen- und geschlechterübergreifend inklusive Angebote ermöglichen und auch außerhalb von Schulen und Vereinen genutzt werden können.
- Sanierungsstau bei Sporthallen und -flächen endlich beenden.
- Lokale Vereine und ihre Ehrenamtlichen unterstützen.
- Sport bezahlbar für alle: vergünstigte und beitragsfreie Mitgliedschaften für Menschen mit wenig Einkommen.
- An allen (Grund-)Schulen muss der Schwimmunterricht sichergestellt werden. Die Kommunen sollen Bäderkonzepte entwickeln und keine Schwimmbäder schließen.
- Überflüssige zeitliche Einschränkungen (z.B. Mittagsruhe) für die Nutzung von Spiel- und Sportstätten zurücknehmen.

8. Gesundheit ist keine Ware – Pflegenotstand bekämpfen

Es steht schlecht um unsere Krankenhäuser. Immer öfter sind die Beschäftigten gezwungen, für bessere Arbeitsbedingungen und eine anständige Bezahlung zu streiken. Doch statt aus der Corona-Pandemie zu lernen, will die grün-schwarze Landesregierung weiterhin Krankenhäuser schließen – und das aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen.

Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe. Aber unter dem Vorwand der Zentralisierung und Professionalisierung wird die Gesundheitsversorgung gerade in den ländlichen Kreisen abgebaut.

DIE LINKE lehnt diese Politik ab. Wir streiten für den flächendeckenden Erhalt von Krankenhäusern und für eine bessere Personalausstattung. Wir unterstützen die lokalen gewerkschaftlichen Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen und in der Altenpflege. Der Mangel an Pflegekräften bedeutet nicht nur Überlastung und Stress für die Beschäftigten, sondern auch konkrete Gefahren für Patientinnen und Patienten.

In vielen Kommunen fehlen tausende Pflegeplätze. Es gibt zu wenig Pflegeeinrichtungen und wenige Alternativen wie beispielsweise Pflege WGs. Wir fordern eine kommunale Pflegeplanung zur Schaffung von dezentralen Pflegeplätzen und die Einführung von Quoten mit einem Pflegeplatzanteil im Wohnungsbau. Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft können wesentlich zur Versorgungssicherheit beitragen.

DIE LINKE fordert:

- Keine Krankenhausschließungen! Wir wollen die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in der Fläche erhalten.
- Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern im Sinne kommunaler Daseinsvorsorge anstatt profitorientierten Privatkliniken.
- Ein Haus, ein Tarif: keine Auslagerungen von wichtigen Bereichen wie Küche und Reinigung an Service-Gesellschaften!
- Gesundheitsversorgung für alle und in allen Regionen sicherstellen.
- Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte schaffen zur Ansiedlung im ländlichen Raum.
- Ausbau von integrierten Lösungen wie medizinische Versorgungszentren, Hebammenstützpunkte und -kooperationen.
- Kommunale Pflegestationen: quartiersbezogene und wohnortnahe mobile Pflege für alte und kranke Menschen und Menschen mit Behinderung.
- Gründung von Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft.

9. Reichtum umverteilen – Wirtschaft und Finanzen von links

Die verfassungsrechtlich garantierte erforderliche Finanzausstattung der Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben wird seit Jahrzehnten unterlaufen. Dies betrifft insbesondere integrale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Sicherung. Der Investitionsstau in Baden-Württemberg geht in die Milliarden und nimmt drastisch zu. Dabei nehmen die Herausforderungen zu – ob Corona, Krieg oder Klimawandel.

Massive Investitionen in den (sozialen) Wohnungsbau, Schulen und Kindergärten, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, den Ausbau erneuerbarer Energien, der Erhaltung von Krankenhäusern und Schwimmbädern, die Integration Geflüchteter und in die Digitalisierung sind notwendiger als je zuvor.

Gemeinden sollen zur Finanzierung dieser Aufgaben und Schließung von Haushaltslöchern nicht in einen Wettbewerb um Gewerbeansiedlung und niedrige Gewerbesteuern genötigt werden. Als DIE LINKE wollen wir dringend umsteuern hin zu einer sozial gerechten Steuerpolitik. Die zuletzt kurzfristig beschafften 100 Milliarden für die Bundeswehr zeigen, dass genug Geld da ist. Bund und Land müssen die Kommunen so ausstatten, dass notwendige Zukunftsinvestitionen getätigt werden können und dürfen nicht weiter davor zurückschrecken, auch hohe Einkommen und Millionen-Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Die von der LINKEN geforderte Millionärssteuer kommt direkt den Ländern und Kommunen zugute. Statt Unterbietungswettbewerb bei der Gewerbesteuer wollen wir diese durch eine einheitliche Gemeindefinanzierungssteuer ersetzen, die als originäre Kommunalsteuer direkt den Kommunen zugutekommt.

Wir stehen für mehr regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen eine ökologische und ressourcenschonende Produktion von Gütern vor Ort ausbauen statt lange Anfahrtswege und Ausbeutung von Mensch und Natur. Kompakte Siedlungsstrukturen mit integrierten Betrieben sowie Verarbeitungsbetrieben für landwirtschaftliche Produkte verbinden Akteure und reduzieren Verkehr.

Wir fördern die soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft. Wir als DIE LINKE wollen die Kommunen (Städte) als Wirtschaftsstandort stärken. Dazu verfolgen wir einen eigenen Politikansatz. Für uns ist es die wichtigste Aufgabe einer kommunalen Wirtschaftspolitik, die Lebensbedingungen der Bürger:innen zu verbessern und nicht die Profitinteressen einzelner Unternehmen in den Vordergrund zu stellen. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung betreiben, die an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet ist. Davon können alle Menschen in der Kommune profitieren.

Linke kommunale Wirtschaftspolitik hat nicht die weitere Expansion/Ansiedlung von Unternehmen und Großstrukturen in der Fläche als Maßstab für Wohlstand. Wohlstand ist nur bei Einhaltung der Belastungsgrenzen für die lokalen und globalen Ökosysteme möglich.

Wir wollen mit den Gewerkschaften, gemeinwohlorientierten Unternehmen, Genossenschaften und anderen sozialen Unternehmen in einen Dialog über alternative Ansätze der Wirtschaftsförderung eintreten.

Mit unserer solidarischen Regionalpolitik wird die Frage der Industriestandorte solidarisch ausverhandelt und verteilt und nicht in Konkurrenz durch Länder und Kommunen entschieden. Regionen außerhalb Baden-Württembergs sollen nicht mit hiesiger Ansiedlungsstrategie entleert, Wohnraumdruck durch Gewerbeansiedlung nicht unnötig erhöht werden. Damit wird auch zum Flächensparziel beigetragen.

10. Demokratie und Frieden

Direkte Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte

Kommunale Demokratie ist mehr als Wahlen alle fünf Jahre. Wir wollen, dass Bürger:innen auch darüber hinaus mitbestimmen können wie sich ihre Kommune entwickelt. Voraussetzung dafür sind transparente Entscheidungswege und ein klares Bewusstsein für Informationsfreiheit.

Doch viele kommunale Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten und Verwaltungen unter Hinzuziehung von teuren Beraterfirmen getroffen. Das untergräbt die Demokratie.

Die LINKE fordert:

- Bürger:innen öfter und auch verbindlicher einzubeziehen, zum Beispiel durch Bürger:innenhaushalte. Gerade bei kostenintensiven Großprojekten und bei Vorhaben kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser, Verkehrsverbünde und Stadtwerke braucht es Möglichkeiten der Partizipation, auch die der Selbstverwaltungsorgane.
- Transparenz in allen kommunalen Gremien, denn Demokratie lebt von Beteiligung. Die Aufsichts- und Verwaltungsräte müssen, soweit gesetzlich möglich, öffentlich tagen. Es muss einen öffentlichen Austausch darüber geben, wie die städtischen Betriebe ihre inhaltlichen Schwerpunktsetzungen legen.
- Das Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft hier leben und hier gemeldet sind – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
- Für kommunale Gremien wie Stadtteil- oder Bezirksbeiräte, Jugend- und Migrationsbeiräte und Beiräte von Menschen mit Behinderung müssen die Mitwirkungsrechte gestärkt werden. Wo es diese Gremien noch nicht gibt, setzen wir uns für ihre Einführung ein.
- Ausweitung von Bürger:innenanträgen und -entscheiden auch auf die Landkreisebene.
- Die Direktwahl der Landrät:innen.
- Verbindliche Einführung von Mieterbeiräten in kommunalen Wohnungsgesellschaften
- Die Kommunalparlamente müssen hauptamtliche Inklusionsbeauftragte wählen und mit eigenem Budget versehen. In kleineren Gemeinden wollen wir zumindest ehrenamtliche Inklusionsbeauftragte.
- Verträge mit der öffentlichen Hand müssen grundsätzlich offengelegt werden.

Kommunale Friedenspolitik

DIE LINKE lehnt Kriege als Mittel der Politik ab. Deshalb spricht sie sich auch klar gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine aus. Wir fordern Asyl und dauerhaftes Bleiberecht mit dezentraler Unterbringung aller Geflüchteten. Durch diese Forderung muss der kommunale Wohnungsbau massiv ausgebaut werden. Geflüchtete sollen auch psychologische Unterstützung und Betreuung erhalten, dafür müssen mehr kommunale Stellen geschaffen werden.

Die Bundeswehr hat in Schulen, Jobcentern, auf Messen und in kommunalen Einrichtungen nichts zu suchen. Wir wollen stattdessen Friedensinitiativen einladen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Bildungsmessen, die in kommunalen Liegenschaften stattfinden, gemäß der UN-Kinderrechtskonvention, Armeen keine unter 18-Jährigen werben dürfen. Werbung für den Dienst an der Waffe und den Einsatz in Kriegen ist kein Beitrag zur Völkerverständigung. Wir treten dafür ein, dass sich Kommunen international und im Rahmen der Initiative „Cities for Peace“ (Städte für den Frieden) in zivilen Hilfsprojekten engagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der ICAN Städteappell in den Kommunen verabschiedet wird, damit der Druck auf die Bundesregierung stärker wird, den Atomwaffenverbotvertrag der UNO zu unterzeichnen. Lebendige Städtepartnerschaften können Brücken bauen und sollten entsprechend gepflegt und gefördert werden.

Keine Weitergabe von Daten Minderjähriger an die Bundeswehr, damit diese Kinder nicht einfach kontaktieren kann. Kommunale Förderungen und Beteiligung an Projekten, die der Rüstung und militärischen Zwecken dienen, lehnen wir ab. Deswegen setzen wir uns für kommunale Zivilklauseln ein. Rüstungsexporte lehnen wir generell ab.

Unsere Mandatsträger setzen sich dafür ein, dass bei dem zentralen Volkstrauertag nicht den Tätern (Soldaten), sondern den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht wird. Dies soll nicht an glorifizierenden Kriegerdenkmälern stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass dezentrale Deserteursdenkmäler errichtet werden. Außerdem unterstützen wir lokale Initiativen, die sich mit lokaler antifaschistischer Gedenkarbeit beschäftigen (wie z.B.: schulische Projektwochen und Stolpersteininitiativen).

Wir setzen uns für Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Gebäuden ein, die nationalsozialistisch, kolonial und rassistisch belastet sind.

Inklusion statt Sonderwelten

Konferenz

17. Februar 2024

ab 11 Uhr



mit Martin Schirdewan, Margit Glasow,
Florian Grams und vielen weiteren

Stuttgart

Kultur- und Bürgerhaus
Feuerbach

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Bildung beginnt in der Kita!

Kitastrophe beenden!

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

 www.die-linke-bw.de

Mit der neuen inhaltlichen und personellen Klarheit, die wir als Partei gewinnen konnten, haben wir auch die Erfahrung gemacht, bundesweit, hunderte von Neueintritten zu erhalten. Eine Situation, die auch weiterhin anhält und die ihr auch vor Ort nutzen könnt. Sprecht bewusst Interessierte und Umfeld an. Für eine gemeinsame, progressive und solidarische LINKE.



Ein guter Tag
um in **DIE LINKE.**
einzutreten!